

Wolfgang Roters · Gerhard Seltmann · Christoph Zöpel

# RUHR

Vorurteile – Wirklichkeiten – Herausforderungen



Eine Studie im Auftrag der Stiftung Mercator



Wolfgang Roters · Gerhard Seltmann · Christoph Zöpel

# **RUHR**

Vorurteile – Wirklichkeiten – Herausforderungen

Stand: Juni 2019



# INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort der Stiftung Mercator .....	5
Vorwort der Autoren.....	6
Einleitung .....	7
<b>TEIL I ENTWICKLUNGSLINIEN .....</b>	<b>9</b>
Die Entwicklung des Ballungsraumes Ruhr und ihre prägende Vorgeschichte.....	9
1. Vorgeschichte: Der Weg zu einer montanindustriellen Agglomeration in der Region zwischen Ruhr, Emscher und Lippe.....	9
2. Die Entwicklung des „Ruhrgebiets“ nach dem Krieg bis 1956/57 .....	20
3. Beginn der Krise der Montanindustrie 1957 bis 1966.....	23
4. Veränderungen der bundesstaatlichen Wirtschaftsstrukturpolitik .....	25
5. Landespolitisches Handeln 1967 bis 1979.....	27
6. Beginnende Abkehr von der Industrieregion 1979 bis 1999.....	30
7. „Ruhrbanität“ – angekommen in der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft .....	32
<b>TEIL II SELBST- UND FREMDEINSCHÄTZUNG VON RUHR – KOMMUNIKATIONEN ÜBER DAS „RUHRGEBIET“ UND SEINE STÄDTE .....</b>	<b>39</b>
1. Was über das „Ruhrgebiet“ gesprochen wird, bestimmt sein Image.....	39
2. Kulturräume als Bezug für Identität und Image .....	39
3. Montanindustriell geprägte Identitäts- und Imagebestimmung bei zunehmender Wirklichkeitsveränderung .....	40
4. Image – fremdbestimmt und selbstbestimmt .....	43
5. Demoskopische Studien zum Fremd- und Selbstbild.....	43
6. Rankings – Vergleiche mit anderen Ballungsräumen .....	48
7. Vergleiche in der allgemeinen publizierten Kommunikation .....	53
8. Kampagnen .....	54
9. Ungelöste Herausforderungen – weitere Wege.....	55
<b>TEIL III VORURTEILE UND WIRKLICHKEITEN.....</b>	<b>57</b>
1. Schrumpfender Ballungsraum .....	57
2. Überfremdeter Ballungsraum.....	59
3. Raum ohne Arbeit .....	60
4. Raum der Arbeiter.....	62
5. Raum der verarmten Städte.....	63
6. Raum ohne Zusammenarbeit.....	65
7. Raum im Stau .....	67
8. Raum ohne Wissen.....	69
9. Raum ohne Gründer.....	71
10. Raum ohne Kultur .....	72
11. Raum ohne Grün .....	73
12. Raum ohne Raum .....	75
13. Raum ohne Gäste .....	78
<b>TEIL IV HERAUSFORDERUNGEN .....</b>	<b>79</b>
1. BIP, Einkommen und Arbeitsmarkt .....	79
2. Soziale Segregation .....	83
3. Kommunalfinanzen .....	86
4. Hochschulfinanzierung .....	87
5. Wirtschaftsbezogene Forschung und Innovation .....	90
6. Wirtschaftsförderung.....	98
Verzeichnis der Grafiken und Tabellen .....	100
Impressum .....	102

**Wolfgang Roters**

Studium der Rechts- und Staatswissenschaften und der Soziologie; Promotion zum Dr. iur.; Kommentare zum Grundgesetz und zur Gemeindeordnung NRW.

1978/79 Forschungsreferent an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer; ab 1980 Tätigkeit im Städtebauministerium NRW, davon ab 1989 bis 2002 Ministerialdirigent und Leiter der Abteilung Stadtentwicklung; Gründungsvorsitzender der Stiftung Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur; 2002 bis 2004 Geschäftsführer der Entwicklungsgesellschaft Zollverein; danach Generalkurator des Museums für Architektur und Ingenieurkunst NRW.

**Gerhard Seltmann**

1980 bis 1989 Referent und Referatsleiter im Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung NRW; im Anschluss stellvertretender Geschäftsführer der IBA Emscher Park GmbH in Gelsenkirchen. Von 1995 bis 2000 Geschäftsführer der EXPO 2000 Sachsen-Anhalt GmbH in Dessau, danach Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium Sachsen-Anhalt. Ab 2003 Inhaber von GseProjekte – Büro für Regionalentwicklung – in Dinslaken.

**Christoph Zöpel**

1978 bis 1980 Minister für Bundesangelegenheiten des Landes NRW und 1980 bis 1990 Minister für Stadtentwicklung in NRW; verantwortlich für die denkmalrechtliche Unterschutzstellung der Zeche Zollverein 1986 sowie 1989 die Initiierung der IBA Emscher Park; 1990 bis 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages und 1999 bis 2002 Staatsminister im Auswärtigen Amt. Seit März 2016 Berater des Präsidenten der Sozialdemokratischen Partei Europas, Sergei Stanishev, für Zentral- und Osteuropa; Honorarprofessor an der TU Dortmund, Professor an der GJU Amman; Lehraufträge an der Ruhr-Universität Bochum und der TU Berlin; seit Juni 2017 Vorsitzender des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Landschaftsschutz.

## VORWORT DER STIFTUNG MERCATOR

Der Raum zwischen Ruhr, Emscher und Lippe – ein Kulturraum seit Jahrhunderten – ist von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis ins ausgehende 20. Jahrhundert für rund 150 Jahre ein von Kohle und Stahl massiv geprägtes Industriegebiet gewesen. Das war dieser Raum vorher nicht und das ist dieser Raum heute bereits nicht mehr. Was ihn zwischen Wesel und Hamm und zwischen Recklinghausen und Ennepe-Ruhr-Kreis überhaupt zu einem unterscheidbaren Raum mit einer gewissen eigenen Identität macht, ist eine gar nicht leicht zu beantwortende Frage. Die Bezeichnung des Raums als „Ruhrgebiet“ beantwortet die Frage, indem sie jene 150 Jahre währende „Kohle und Stahl“-Episode auf einen bild- und assoziationsmächtigen Begriff bringt. Dieser Begriff „Ruhrgebiet“ ist aber doppelt falsch. Er ist zum einen falsch, weil er Assoziationen weckt, die allenfalls noch Bruchstücke der Realität wiedergeben. Er schneidet die Region von dem ab, was sie war, und er trifft nicht, was sie ist und werden kann. Der Begriff „Ruhrgebiet“ ist zum Zweiten selbst für jenen Zeitraum von rund 150 Jahren falsch, für den er maßgeblich Geltung beansprucht. Ein „Ruhrgebiet“ mit identitätsstiftender Wirkung hat es, seit der Begriff in den 1930er-Jahren aufkam, erst in den ausgehenden 1960er-Jahren gegeben, als das schon zu Ende ging, was der Begriff bezeichnen wollte: einen montanindustriellen Industrieraum.

Warum ist es wichtig, auf diese Zusammenhänge einzugehen? Warum ist es wichtig für die Stiftung Mercator?

Begriffe, Konzepte und Interpretationen prägen nicht nur unsere Vorstellungen. Sie schaffen in gewisser Weise Realitäten. Sie behaupten und verfestigen die Wirkungsmacht jener Vorstellungen, Assoziationen, Bilder und Vorurteile, die mit ihnen einhergehen. Die Macht der Begriffe, Konzepte und Interpretationen schafft und begrenzt Realitäten. Sie schafft und begrenzt das, was möglich ist oder angestrebt werden kann oder tatsächlich verändert werden muss. Darum ist es alles andere als egal, wie wir den Raum beschreiben, in dem wir wirken wollen. Darum auch hat die Stiftung Mercator die Initiative der drei Autoren der vorliegenden Studie – Wolfgang Roters, Gerhard Seltmann und Christoph Zöpel – gern unterstützt, den Raum Ruhr in veränderter Form und mit verändernder Absicht neu zu vermessen. Das Ergebnis wird hier zur Debatte gestellt.

Die Stiftung Mercator ist der Region Ruhr durch besonderen Auftrag der Stifterfamilie eng verbunden und hat dieser Verbundenheit in den vergangenen zwei Jahrzehnten durch engagierte Projekte und Kooperationen Ausdruck verliehen. Im Wandel der Region Ruhr treten Herausforderungen besonders prägnant auf, die die Stiftung auch weit über die Region hinaus beschäftigen: die Energie- und Mobilitätswende etwa oder das Zusammenleben in einer heterogener werdenden Gesellschaft. Konzentriert hat sich die Stiftung Mercator in ihrem Handeln vor allem auf jene zwei Dimensionen, die unerlässlich sind für jede gedeihliche Fortentwicklung: auf Bildung und Wissenschaft. Und sie hat sich dabei leiten lassen von einem großen und oftmals so schwer zu nutzenden Vorteil dieser Region: der Möglichkeit zur Kooperation in einem von Menschen dicht besiedelten und mit Institutionen dicht besetzten Raum. Diesem Ansatz werden wir auch weiterhin verbunden bleiben.

Wolfgang Rohe – Geschäftsführer Stiftung Mercator

## VORWORT DER AUTOREN

Es gibt durchaus keinen Mangel an wissenschaftlichen Arbeiten, demoskopischen Studien, Rankings und Handlungsempfehlungen zu der Region, die gemeinhin als das „Ruhrgebiet“ bezeichnet wird.

Wenn man jedoch deren Ergebnisse über Jahre systematisch verfolgt, dann drängt sich der Eindruck auf, dass sich eine Art „selbstreferenzielles System“ herausgebildet hat, dessen zentrale Module ständig wiederholt und für dessen grundsätzliche Einschätzungen immer wieder dieselben Belege benutzt werden. Die Folge ist, dass ergänzende, gegenläufige oder womöglich gegensätzliche Fakten gar nicht erst recherchiert werden und demgemäß keine Berücksichtigung finden. Auf diese Weise entstehen festgefügte Meinungen in der Wissenschaft, in Medien und im politischen System aller Ebenen, die letztlich nur auf einem beschränkten Faktenbild basieren.

Wir möchten deshalb mit dieser Studie dazu beitragen, das Faktenwissen über die Agglomeration Ruhr – die „Stadt der Städte“ – anzureichern, und zugleich dazu anregen, gedankliche Perspektivwechsel in der Diskussion über die Gegenwart und Zukunft des drittgrößten Ballungsraums in der Europäischen Union zu vollziehen.

Wir bedanken uns bei der Stiftung Mercator, die uns diese Arbeit ermöglicht und den Erarbeitungsprozess engagiert begleitet hat. Unser Dank gilt auch dem Landesbetrieb Information und Technik (IT.NRW), der Universitätsallianz Ruhr, dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), der Stadt Dinslaken und der Arbeitsagentur NRW, die uns mit Informationen und Datenauswertungen unterstützt haben.

Wolfgang Roters

Gerhard Seltmann

Christoph Zöpel

## EINLEITUNG

Wer das „Ruhrgebiet“ verstehen will, muss bei seiner Geschichte beginnen. Es ist die Geschichte einer über viele Jahrzehnte hinweg fremdbestimmten Region. Zu dieser Geschichte gehört, dass die zentralen Entscheidungen über den Aufbau der Montanindustrie und die damit verbundenen wirtschaftlichen, sozialen, bildungs-, umwelt- und siedlungsraumbezogenen Konsequenzen außerhalb der Region getroffen wurden.

Dies gilt auch noch für die ersten Phasen des Niedergangs der Montanindustrie – bis ab den 1960er-Jahren das Land Nordrhein-Westfalen mit eigenen Initiativen von der Gründung der ersten Universitäten bis zur IBA Emscher Park zusätzlich zu den nachsorgenden montanorientierten Maßnahmen eigene, zukunftsgestaltende Strategien auf den Weg gebracht hat. Die nächsten Schritte haben die kommunalen Gebietskörperschaften, der Regionalverband Ruhr und die Emschergenossenschaft, ab dem Jahr 2000 selbst vollzogen: durch Formulierung eigenständiger Perspektiven und die Entwicklung international wahrgenommener Projekte von der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 über den Umbau des Emschersystems bis zur IGA 2027.

Sinnbildlich dafür steht die Diskussion über die bewusste und notwendige Abkehr vom Begriff „Ruhrgebiet“ – von einem sprachlichen „Versorgungsfall“ analog einem „Zonenrandgebiet“ oder einem „Beitrittsgebiet“ hin zur „Metropole Ruhr“, dem technischen Begriff „Agglomeration Ruhr“ oder der international gebräuchlichen Bezeichnung „Ruhr“. Diese Entwicklungslinien zeichnet Teil I der Studie nach und arbeitet auch heraus, mit welchen Spätfolgen Ruhr heute noch umgehen muss.

Teil II reflektiert die verschiedenen Bereiche der Kommunikation über die Metropole Ruhr und macht Vorschläge zu Eckpunkten einer langfristig angelegten, regionalen Kommunikationsstrategie.

Die Analyse einer Zeitreihe von Umfragen zur Selbst- und Fremdeinschätzung von Ruhr verdeutlicht, dass sich die durch politische und administrative Gestaltungskraft herbeigeführten Veränderungen in der Wirklichkeit – von umfassenden Bildungsangeboten, neuen Stadtqualitäten und weitläufigen Erholungsräumen bis hin zu erheblich erweiterten wirtschaftlichen Arbeitsbereichen – zunehmend in der Wahrnehmung niederschlagen: zunächst bei jüngeren Menschen; zeitlich versetzt bei den älteren. Zunächst in der Selbsteinschätzung; zeitlich verzögert in den Fremdeinschätzungen.

Hingegen bleiben statistikbasierte Rankings und darauf basierende Entwicklungsprognosen mit ihren entsprechenden öffentlichen Wirkungen auf absehbare Zeit ein kommunikatives Problem für die Metropole Ruhr. Die Auswertung von statistischen Daten zu BIP, Einkommen, Arbeitslosigkeit oder Armut dokumentiert nach wie vor den langen Wellenschlag der einschneidenden wirtschaftlichen Veränderungen und damit den verbliebenen Aufholbedarf der Agglomeration Ruhr. Ein etwas differenzierteres Bild ergibt sich in sektoralen Rankings, die sich zum Beispiel mit Aktienindizes oder Stundenlöhnen befassen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass, anders als bei den Umfrageergebnissen über diese Herangehensweise, die Erfolge des regionalen Veränderungsprozesses noch nicht oder nur unzureichend erfasst werden.

Aber auch jenseits von Rankings hat die Metropole Ruhr ein teils selbst erzeugtes Wahrnehmungs- und Kommunikationsproblem: Vorurteile überdecken Wirklichkeiten.

Es ist eben objektiv nicht zutreffend, dass öffentliche Institutionen untereinander oder mit privaten nicht zusammenarbeiten. Vielfältige und wirksame Beispiele beweisen das Gegenteil; doch die Behauptung an sich bleibt lebendig als eine wohlfeile „Problemerkklärung“. Es ist ebenso falsch, die Agglomeration Ruhr als „Stauregion“ zu charakterisieren. Im drittgrößten Ballungsraum der EU stehen Autofahrer zwar auch im Stau – allerdings viel weniger als in anderen deutschen Agglomerationen oder in einzelnen Großstädten.

Es ist auch nicht richtig, die Agglomeration Ruhr als eine Region der verarmten Städte zu betrachten, die möglicherweise nicht richtig wirtschaften können oder „über ihre Verhältnisse leben“. Die geringen Investitionsraten und die hohen Kommunalsteuern sollten als Ergebnis der realen Ursachen gesehen werden – die finanzielle Umsetzung von bundesrechtlichen Entscheidungen zulasten der Kommunen.

Und umgekehrt weiß kaum jemand, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten heute höher ist als diejenige vor dem Beginn der Montankrise in den 1960er-Jahren.

Teil III der Studie stellt diese und andere Vorurteile und Wirklichkeiten gegenüber und wirbt so für eine faktenbasierte öffentliche Diskussion. Damit könnte auch der Weg frei werden für einen offenen Diskurs über die im Teil IV dargestellten, eigentlichen Herausforderungen. Dazu gehören insbesondere:

- Die Hochschulen in der Metropole Ruhr sind im Vergleich mit anderen Agglomerationen schlechter ausgestattet. Der Besatz mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist niedriger als in anderen Ballungsräumen. Das führt zu strukturellen Wettbewerbsnachteilen bei der Bewerbung um zusätzliche Forschungsmittel.
- Die Unternehmen in der Metropole Ruhr sind weniger forschungs- und innovationsorientiert als diejenigen in anderen Agglomerationen. Eine Folge davon ist, dass auch in diesem Bereich vergleichsweise weniger Forschungsmittel akquiriert werden als anderswo.
- Die Städte und Kreise stecken in einem strukturellen Dilemma, das sie nicht selbst auflösen können: Hohe Sozialausgaben belasten die Haushalte und führen zu niedrigeren Investitionen. Um ein Mindestmaß an kommunaler Daseinsvorsorge aufrechterhalten zu können, werden Steuern erhöht und Schulden aufgenommen, die dann wiederum die Verweigerung der Haushaltsgenehmigungen durch die Kommunalaufsicht des Landes NRW zur Folge haben.

So bietet die Agglomeration Ruhr ein Bild der Gegensätze:

- Die Zahl der Erwerbstätigen hat einen Höchstwert erreicht – zugleich jedoch gibt es weiterhin überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit und steigende Sozialausgaben.
- Die Wirtschaft in wichtigen Leitmärkten wächst überdurchschnittlich – aber die Forschungs- und Innovationsanteile in den Unternehmen sind geringer als in anderen Ballungsräumen.
- Es gibt die dichteste Hochschullandschaft in Deutschland – allerdings mit unterdurchschnittlicher Personalausstattung und deshalb mit Nachteilen bei der Bewerbung um Forschungsmittel.
- Die Diskussion über Probleme im Individualverkehr ist im Vergleich mit anderen Ballungsräumen übertrieben – und verdrängt eine an sich notwendige, systematische Auseinandersetzung mit den Defiziten im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs.
- Die Kommunen verzeichnen hohe Einnahmen – und können sich trotzdem nicht von ihren strukturellen Finanzierungsproblemen befreien.

Diese Herausforderungen können ebenso bewältigt werden wie der Aufholprozess nach dem Verlust von mehr als 500.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen seit den 1960er-Jahren. Voraussetzung dafür ist ein politischer Gestaltungswille der Kommunen, des Landes NRW und des Bundes auf der Basis eines öffentlichen Diskurses, der die tatsächlichen Probleme benennt und die entsprechenden Handlungsoptionen in den Mittelpunkt stellt. Dazu soll diese Studie einen Beitrag leisten.

## TEIL I ENTWICKLUNGSLINIEN

### Die Entwicklung des Ballungsraumes Ruhr und ihre prägende Vorgeschichte

Eine vertiefte Befassung mit dem „Mythos Ruhr“, seinen ökonomischen und sozialen Hintergründen, aber auch seinen zeitgeschichtlich bedingten Ergänzungen muss an die historische Entwicklung der Agglomeration Ruhr anknüpfen. In den folgenden Abschnitten findet sich daher eine schlaglichtartige Darstellung der Regionalgeschichte. Im Mittelpunkt stehen dabei:

- die **sektoral-technologische Wirtschaftsentwicklung**, die aus der **Agrar-Region** eine **Montanindustrieregion** gemacht hat und dann in eine **Dienstleistungs- und Wissenschaftsregion** führt,
- die **allgemeine Wirtschaftsentwicklung** mit der Höhe des Sozialprodukts, Beschäftigtenquoten und Arbeitslosen sowie die auf die Agglomeration Ruhr bezogene **regionale Wirtschaftspolitik des Bundes und des Landes NRW**,
- die **Bevölkerungsentwicklung**,
- die **institutionelle Verfasstheit der Region** mit ihrer kommunalen Gliederung und den ihr übergeordneten Verwaltungen,
- die **räumliche Entwicklung** und ihre Planung, mit **Wohnsiedlungen, Gewerbeflächen** sowie **Infrastruktur** zu Lande und zu Wasser,
- und das **Aufkommen metropolitaner Funktionen** mit der Perspektive der „**Ruhrbanität**.“

Diese fakten- und datenbasierte Darstellung der Entwicklung ist hier primär rückblickend, aber durchaus mit perspektivischem Bezug. Dabei können auch **länger zurückliegende Ursachen für Evidenzen und Gegenevidenzen deutlich werden**.

Der Rückblick ist gegliedert in die folgenden Zeitabschnitte:

1. Der Weg zu einer montanindustriellen Agglomeration
2. Die Entwicklung des „Ruhrgebiets“ nach dem Krieg bis 1956/57
3. Beginn der Krise der Montanindustrie 1957 bis 1966
4. Übergreifendes landespolitisches Handeln 1967 bis 1979
5. Beginnende Abkehr von der Industrieregion 1979 bis 1999
6. Ruhrbanität – angekommen in der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft

1. **Vorgeschichte: Der Weg zu einer montanindustriellen Agglomeration in der Region zwischen Ruhr, Emscher und Lippe**

#### 1.1 Mittelalter bis 1814

Ein historischer Rückblick bis in das frühe Mittelalter zeigt an (Nieder-)Rhein und Ruhr eine kulturell hoch entwickelte Region mit politischer Bedeutung im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation.

Der Hellweg vom Rhein nach Paderborn bildete die Infrastruktur für die Errichtung von Königssitzen oder Höfen, so in Duisburg und Dortmund, wo sich zwischen 928 und 1068 deutsche Könige 27-mal aufhielten. Es entstanden „Freie Reichsstädte“ wie Dortmund und die Reichsabtei Essen, an der Spitze eine Fürstäbtissin, beide reichsunmittelbar bis 1803. In der Hanse hatten mehrere Städte der Region Bedeutung, so Dortmund und Wesel. Die politische und kulturelle Bedeutung der Region blieb bis in die Renaissance erhalten, auch die Initiative zur Gründung einer Universität in Duisburg fiel in diese Zeit. Der Niedergang der Region und der ihrer Städte begann mit dem Dreißigjährigen Krieg. Die neuzeitlichen Territorialstaaten innerhalb des Reiches hatten in Ruhr keine Hauptstadt, Seehafenstädte konn-

te es hier nicht geben. So entstand in der Region keine der vorindustriellen Dienstleistungsmetropolen. Preußen unterließ es dann in der Folgezeit, hier metropolitane Funktionen im Bereich von Wissenschaft und Technologie zu schaffen.

Diese frühen Entwicklungen haben für den Vergleich der „Metropole Ruhr“ mit den großen deutschen und europäischen Metropolen des 20./21. Jahrhunderts – Berlin, Hamburg, München, Stuttgart beziehungsweise London, Paris, Madrid, Rom, Barcelona – eine besondere Bedeutung. Alle genannten Städte übernahmen seit Beginn der Neuzeit als Haupt- oder Hafenstädte und als Wissenschaftsstandorte metropolitane Funktion. Außerhalb von Städten wie Dortmund oder Wesel war die Region Ruhr wie alle Regionen Mitteleuropas agrarisch strukturiert. Noch 1880 betrug der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen in Deutschland rund 44% (heute 2%).

Bereits seit dem 12. und 13. Jahrhundert gab es Steinkohlenbergbau in der Region, der im Tagebau stattfand. Noch heute sind 12.000 Tagesöffnungen mit unvorhersehbaren Tagesbrüchen zu verzeichnen. Die Errichtung von Hochofenwerken begann rund 500 Jahre später an verschiedenen ländlichen Orten Westfalens und des Niederrheins, Rohstoffbasis war die Nutzung von Raseneisenerz, das knapp unter der Humusschicht lag. Die ersten Hütten in der Region entstanden in Lünen und in Oberhausen. Dort gab es drei, eine seit 1758 im kurkölnischen Vest Recklinghausen, eine seit 1782 auf klevisch-preußischem Gebiet und eine seit 1791 auf dem Gebiet der Reichsabtei Essen. Sie wurden zunächst noch mit Holzkohle betrieben. 1808 waren diese Hütten in den gemeinsamen Besitz des Unternehmers Haniel gelangt. Hochöfen, die mit Steinkohle betrieben wurden, gab es erst seit Mitte des 19. Jahrhunderts. Damit begann die Produktion von Gusstahl.

Wesentlich für die Ausweitung der Steinkohlenproduktion war die Erfindung der Dampfmaschine. Die erste wurde 1799 in Unna zur Solegewinnung eingesetzt, 1803 in Bochum-Werne die erste zur Kohlenförderung. Beide Standorte lagen in der zu Preußen gehörenden Grafschaft Mark. Dort war der Freiherr vom Stein zunächst als Direktor der Westfälischen Bergämter, mit Sitz in Wetter, später als Direktor der Märkischen und auch der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer tätig. Die Dampfmaschine beschaffte er in direktem Vertrag mit deren Erfinder James Watt.

Für ein Jahrhundert lang von überragender Bedeutung für die montanindustrielle Entwicklung wurde die **Schiffbarmachung der Ruhr** durch Preußen. Ihre infrastrukturelle Nutzung als Wasserverkehrsweg hatte schon im Mittelalter begonnen. Um 1033 verlieh König Konrad II. der Benediktinerabtei Werden das Regal der Schifffahrt auf der Ruhr von der Mündung bis Werden, eine alte Ruhrmündung nahe Duisburg wurde als Hafen genutzt. Im 18. Jahrhundert erlangte sie Bedeutung für den Transport von Kohle. Schiffbar war sie zunächst nur zwischen der Ruhrmündung und Mülheim, und nur Zechen im Mülheimer Raum konnten von diesem Transportweg profitieren. 1770 veranlasste Preußen unter Friedrich II. den Ruhrausbau, der bis 1780 umgesetzt wurde: 16 Schleusen – einige noch heute für den touristischen Schiffsverkehr genutzt –, Bühnen und der heute als Rad- und Fußweg genutzte Leinpfad entstanden. Später fuhren Schiffe ruhraufwärts bis Fröndenberg, dort wurden Getreide aus dem Umland und Salz aus der Saline Königsborn in Unna verladen, der Kohlentransport weitete sich aus. Im 19. Jahrhundert war die Ruhr dann zeitweilig die meistbefahrene Wasserstraße Deutschlands. An der Mündung in Duisburg-Ruhrort entstand der größte Binnenhafen Europas.

Institutionell war die Region zersplittert, aufgeteilt auf die Reichsstände Herzogtum Berg, die Reichsabtei Essen, das kurkölnische Vest Recklinghausen und die Herzogtümer Mark und Kleve. Diese fielen 1614 im Zuge von Erbfolge an Brandenburg, was die spätere staatliche Integration nach Preußen einleitete. 1803 beendete Napoleon die staatliche Existenz

der großen Zahl von Reichsständen, nach dessen Niederlage 1815 kam die gesamte Region nach dem Wiener Kongress so zu Preußen.

## 1.2 Preußen 1815 bis 1933

Steinkohlenförderung und die Produktion von Eisen wurden durch die Herrschaft Napoleons nicht unterbrochen. Hingegen stieß der Bergbau wegen geologischer Gegebenheiten an Grenzen. In größeren Tiefen war Wasser, das nicht abgepumpt werden konnte, bis zum Einsatz der Dampfmaschine ein grundlegendes Hindernis.

Die geologische Restriktion änderte sich 1839 mit dem Durchbruch von der höheren Karbon- in die tiefere Mergelschicht in Essen-Borbeck, wonach Tiefenbergbau möglich wurde. So begann die Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus in die Emscherzone, auch mit Relevanz für die siedlungsräumliche Entwicklung. Die Nordwanderung setzte sich bis 1910 fort, war aber dann weitgehend abgeschlossen. Immer größere Stahlwerke entstanden seit Mitte des 19. Jahrhunderts hingegen am Rande der Hellwegstädte. Diese Standorte waren wegen der inzwischen guten Verkehrsinfrastruktur von den Zechenstandorten unabhängig.

Zu Beginn des Tiefenbergbaus und der Nordwanderung lebten in der Region 235.000 Einwohner. Dann begann der Bevölkerungszuwachs; Kohlenförderung und Stahlproduktion brauchten Arbeitskräfte. 1850 waren es etwa 500.000 Einwohner. Die Bevölkerungszahl überschritt nach 1870 erstmals eine Million, um 1910 waren es zwei Millionen, zu Beginn des Ersten Weltkriegs drei Millionen, vor 1930 vier Millionen und nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund der Zuwanderung Vertriebener fünf Millionen.

Nach 1910 arbeiteten fast 400.000 Arbeiter im Steinkohlenbergbau – eine Zahl, die auch nach 1950 wieder erreicht wurde.

Der rapide Anstieg der Bevölkerung zwischen 1815 und 1910 schlug sich in den großen Städten in Ruhr – bei jeweiligem Gebietsstand – wie folgt nieder:

TABELLE 1

### Zuwachs Einwohner zwischen 1815 und 1910

Stadt	1815	1910	Zuwachs um Faktor
Essen	5.000	295.000	ca. 30
Duisburg	5.000	229.000	ca. 25
Dortmund	4.000	214.000	ca. 60
Gelsenkirchen	1.000	170.000	ca. 170
Bochum	2.000	137.000	ca. 70
Mülheim a. d. Ruhr	5.000	113.000	ca. 20
Hamborn	1.000	102.000	ca. 100
<b>Zum Vergleich:</b>			
Berlin	198.000	2.071.000	ca. 10
München	54.000	596.000	ca. 10
Köln	50.000	517.000	ca. 10

Quelle: Reulecke, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland

Im „Revier“ verbreitete Namen mit der slawischen „Ski“-Endung deuten auf die Zuwanderung von „Ausländern“ aus Polen hin. Das ist richtig hinsichtlich der sprachlichen und so auch ethnischen Zuordnung. Rechtlich hingegen handelte es sich bis 1918 überwiegend aber um Staatsangehörige Preußens – und nach 1871 des Deutschen Reiches – zu dem weite Teile des westlichen Polens gehörten. Zudem war Oberschlesien technologisch früher montanindustriell entwickelt, es erfolgte quasi ein Technologie- und Fachkräfteimport von dort in das „Ruhrgebiet“.

In der Verwaltungsstruktur der westlichen Provinzen Preußens fanden die montanindustriellen Zusammenhänge des „Revierts“ keine Berücksichtigung. Es war aufgeteilt auf zwei Provinzialverwaltungen, Westfalen mit der Hauptstadt Münster und Rheinland mit der Hauptstadt Koblenz – Provinziallandtag jedoch in Düsseldorf –, dazu seit 1816 auf drei Regierungsbezirke, Arnsberg und Münster in der westfälischen, Düsseldorf – 1822 mit Cleve zusammengeschlossen – in der rheinischen Provinz.

Diese preußischen Verwaltungen dominierten eine Vielzahl von Kommunen, zumeist ohne Stadtrechte. So hatte Hamborn bereits über 100.000 Einwohner, als es 1911 Stadtrechte erhielt. Solche Strukturen lassen sich zu Recht als „Industriedorfpolitik“ apostrophieren, auch als „defiziente Urbanisierung“ (Vonde, Detlev: Revier der großen Dörfer, Essen 1989).

Getragen wurde diese Politik von den bürokratischen Interessen von Oberpräsidenten der Provinzen, Regierungspräsidenten und Landräten, die kaum verstärkte kommunalpolitische Kompetenz wollten. Diese Interessenlage entsprach zugleich derjenigen von Vorständen der Montanunternehmen.

Die Niederlage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg beendete die vordemokratischen Verfassungsstrukturen auch im „Ruhrgebiet“. Das Deutsche Reich und besonders auch Preußen erhielten demokratische Verfassungen mit parlamentarischer Legitimation. An der Verwaltungsstruktur im „Ruhrgebiet“ änderte sich aber nichts. Allerdings wurde 1920 der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (SVR) gebildet.

Die häufig vorgebrachte Behauptung, das sei der erste Kommunalverband in Deutschland gewesen, trifft jedoch nicht zu. Der erste Kommunalverband wurde schon vom monarchischen Preußen 1912 in Berlin gebildet. Dieser wurde später, zeitgleich mit der Gründung des SVR, in Berlin als größte Stadt Deutschlands umgewandelt.

Parallel dazu wurde erörtert, auch das „Ruhrgebiet“ als Stadt zu verfassen. Das scheiterte unter anderem am Widerstand von Montanunternehmen, die eine integrierte kommunalpolitische Kompetenz fürchteten. Allerdings gab es weiter perspektivische Sichtweisen. Hans Spethmann skizzierte 1924 in dem Buch „Die werdende Großwirtschaft an der Ruhr“ die „werdende Ruhrstadt“.

Der Regierungsentwurf zum SVR-Gesetz enthielt den Vorschlag, Düsseldorf einzubeziehen. Das konnte diese Stadt aber verhindern. Damit scheiterte der Versuch, unternehmensbezogene Führungsfunktionen und Dienstleistungen in den SVR-Raum zu integrieren. Der „Schreibtisch des Ruhrgebiets“ blieb außerhalb.

Im Jahr 1923 erfolgte eine Besetzung des „Ruhrgebiets“ durch Frankreich und Belgien wegen der militärischen Bedeutung der Montanindustrie. Nach erheblichem Widerstand der Bevölkerung konnten Verträge mit Frankreich, unter anderem über Kohlenlieferungen, die Besetzung beenden.

1928/29 erfolgten **umfassende Eingemeindungen**. Ob es dabei zu neuen kommunalen Identitäten kam, ist fraglich. Die Eingemeindung von Hörde – Träger von Stadtrechten seit 1340 – nach Dortmund ist ein Beispiel für diese Fragwürdigkeit.

„Industriedorfpolitik“, damit das Fehlen von Urbanisierung, verstanden als städtische, auch kulturelle Prägung, bestimmte fortan die **siedlungsräumliche wie landschaftliche Entwicklung** des „Reviere“. Dörfer wurden durch Arbeitersiedlungen ergänzt, in Nähe der Zechen und Industriefabriken. Dazwischen entstand eine groß dimensionierte Verkehrsinfrastruktur. In Richtung europäischer „Städtlichkeit“ hingegen führten, vor allem in den Hellwegstädten, durchaus auch gründerzeitliche Bauten. In Zeiten der Weimarer Republik entstanden Rathausbauten, so in Bochum oder in Gelsenkirchen, von demokratischem Denkmalwert.

Der Beginn von aktiver Landschaftsgestaltung vollzog sich vor allem im Umgang mit den Wasserläufen. Die Kenntnis der Entwicklung der Wasserläufe schon vor dem Ersten und dann vor dem Zweiten Weltkrieg ist wesentlich für das Verständnis der kulturlandschaftlichen Gegebenheiten heute.

Die markanten Flussläufe der Region sind die Rhein Nebenflüsse Ruhr, Emscher und Lippe, dazu kommen zahlreiche Zuläufe. Ohne die vielfältige Nutzung und Beeinflussung der Flüsse wäre die Montanindustrialisierung nicht möglich gewesen. Dabei wurden sie ökologisch geschädigt. Sie dienten für Infrastruktur, Energiegewinnung, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, später dann schon ökologische Fehler korrigierend für Erholung, heute seit dem Ende der Montanindustrie auch der Kulturbewahrung.

Mit der unterschiedlichen Nutzung und Gestaltung dieser Wasserläufe sind siedlungsräumliche und damit auch soziale Disparitäten verbunden, zulasten der Emscherzone, zusammen mit der Nordverlagerung des Steinkohlenbergbaus. Die Ruhr hingegen wurde prägend für bessere siedlungsräumliche Bedingungen im Süden der Region. Die Emscher galt lange als der Wasserlauf im Norden, ist aber als Gewässer eine Mittelachse, seitdem die Lippe zum montanindustriell genutzten Flusssystem des „Reviere“ gehört. Die kulturlandschaftliche Entwicklung der Lippe hat zu besseren siedlungsräumlichen Bedingungen im Norden geführt, positive Einflüsse aus beiden Himmelsrichtungen auf die Emscherzone als Mitte beginnen sich auszuwirken.

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts verlagerte sich der Kohlentransport von der Ruhr auf die Eisenbahn, sodass sie für den Güterverkehr, der oberhalb von Mülheim eingestellt wurde, jetzt uninteressant war. Das geringe Landgefälle im mittleren und unteren Ruhrtal begünstigte den Eisenbahnbau. Der erste Gleisabschnitt entlang des Flusses wurde bereits 1847 zwischen Übrühr, Kupferdreh und Steele in Betrieb genommen. Im Laufe der folgenden Jahrzehnte wurde die Bahnstrecke zur Ruhrtalbahn komplettiert. In der Folge ist die Ruhr heute nur 12,21 Kilometer flussaufwärts als Bundeswasserstraße klassifiziert – von Duisburg bis Mülheim-Speldorf, zum dort bereits 1927 eröffneten Rhein-Ruhr-Hafen. 41 Kilometer weiter flusswärts bis Essen-Rellinghausen ist die Ruhr heute als Landeswasserstraße für kleinere Fahrzeuge befahrbar, noch weiter flussaufwärts kann sie, abgesehen von den Stauseen, nur mit kleinen Wasserfahrzeugen ohne eigene Triebkraft befahren werden.

Energetische Bedeutung hatte die Ruhr bereits vor der Montanindustrialisierung für Mühlenbetriebe sowie Handwerker und Fertigungen, zu deren Betrieb Wasser oder Wasserkraft notwendig war. Nach Beginn der Elektrifizierung wurde sie als Energielieferantin genutzt. Es entstanden zahlreiche private und kommunale Wasserkraftwerke, zumeist Laufwasserkraftwerke in Fröndenberg, Schwerte-Westhofen, Wetter und Witten. In Herdecke steht seit 1930 das große Pumpspeicherkraftwerk Koepchenwerk in relativer Nachbarschaft zum Laufwasserkraftwerk Hengstey, erbaut 1927 bis 1929. Des Weiteren wurde das Ruhrwasser auch als Kühlwasser für mit Kohle befeuerte Dampfkraftwerke genutzt.

Mit der Montanindustrialisierung wurde seit dem 19. Jahrhundert die Ruhr durch die Einleitung von Abwässern aus Bergbau, Industrie, Landwirtschaft und Haushalten stark belastet wie im Norden die Emscher. Als dort die Emschergenossenschaft mit dem Ziel der Abwasserregulierung gegründet war, initiierte diese die Reinhaltung der Ruhr. 1913 wurde das preußische Ruhrreinhaltungsgesetz erlassen.

In der Folge kam es **1922 zur Gründung des Ruhrverbands** mit der Aufgabe der Gewässergütewirtschaft zwecks Trinkwassergewinnung. Lange vor anderen Flüssen in Ballungsräumen wurde die Ruhr in einen guten biologischen Zustand versetzt. So bekam die Ruhr wirtschaftliche Bedeutung für die Trink- und Brauchwasserversorgung mit Wassergewinnungsanlagen von 20 Wasserwerken. Insgesamt werden inzwischen jährlich etwa 510 Millionen Kubikmeter Trinkwasser gefördert. Im direkten Einzugsgebiet der Ruhr leben ungefähr 2,2 Millionen Menschen, die ihr Trink- und Brauchwasser aus ihr beziehen. Über Rohrleitungen wird Wasser auch in die benachbarten Flusssysteme von Emscher und Lippe übergeleitet, sodass die Ruhr insgesamt rund 5,2 Millionen Menschen mit Wasser versorgt.

Für diese Wasserwirtschaft baute der Ruhrverband **Talsperren**, die an den Nebenflüssen im Sauerland primär der Abflussregulierung dienen, und sechs Ruhrstauseen als Teil des Systems zur Qualitätsverbesserung des Ruhrwassers. Sie liegen im Gebiet der Agglomeration Ruhr.

Es entstanden 1929 der Hengsteysee zwischen Hagen, Dortmund und Herdecke, 1931 der Harkortsee zwischen Hagen, Herdecke und Wetter, 1933 der Baldeneysee in Essen, Ende der 1930er-Jahre der Stausee Hengsen in Holzwickede. Die Ruhrstauseen gewannen einen hohen Wert für Freizeit und Erholung in der Agglomeration Ruhr. Sie sind Teil der langfristigen Entwicklung eines Naherholungsraums entlang der Ruhr, die schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann. Insbesondere entstanden auf den Höhen über dem Fluss Wohngebiete Wohlhabender, darunter 1873 mit symbolischer Bedeutung die Villa Hügel. Die Ruhrufer blieben dann weitgehend von Industrie und Bebauung verschont, entlang der Ufer verlaufen die alten Leinpfade, es verkehren Ausflugsschiffe.

Zum Wasserlauf der Ruhr und ihrer kulturlandschaftsräumlichen Bedeutung gehören auch ihre **Nebenläufe**, soweit sie durch die Agglomeration Ruhr fließen. Es sind, mit einer Ausnahme von Süden kommend, die Hönne und der Abbabach mit Mündung in Fröndenberg. Hagen durchfließen die Lenne, sie wird als Wildwasser-Kanu-Wettkampfstrecke genutzt, und die Volme mit ihrem hier mündenden Nebenlauf Ennepe. Es sind teilweise kanalisierte, aber auch wieder renaturierte Wasserläufe. Weiter nach Westen sind es der Pleßbach mit Mündung in Witten, der Sprockhöveler Bach mit Mündung in Hattingen, Deilbach und Rinderbach mit Mündung in Essen. Nördlicher Zufluss ist der Oelbach mit Mündung in Bochum.

Der Wasserlauf der Ruhr ist mit dem der Emscher verbunden, in Duisburg oberhalb einer Staustufe mit dem Rhein-Herne-Kanal. Rohrleitungen bringen Wasser aus der Ruhrzone in die Emscherzone. Die Emscher, 83,1 Kilometer lang mit einem Einzugsgebiet von 775,466 Quadratkilometern, ist geografisch eine Mittelachse der Agglomeration. Sie entspringt südöstlich von Dortmund bei Holzwickede auf etwa 147 Metern über Normalnull in einem Quellteich, durchfließt Dortmund – „Dortmund an der Emscher“ – und wendet sich dann nach Nordwesten. In Castrop-Rauxel unterquert sie den Rhein-Herne-Kanal in einem Durchlassbauwerk und bildet dann mit dem Kanal die Emscher-Insel bis Oberhausen. Ihre heutige Mündung in den Rhein ist bei Dinslaken-Eppinghoven.

Noch zu Ende des 19. Jahrhunderts mäanderte die Emscher durch ihr zwischen Herten und Wanne-Eickel über fünf Kilometer breites Tal. Überflutungen größerer Teilgebiete waren nicht selten. In den Auen herrschten Eichen-Hainbuchen-Wälder und in sumpfigeren Gebieten Bruchwälder. Dominierende infrastrukturelle Funktion der Emscher wurde dann die

Entsorgung von Abwasser und Grubenwasser des Bergbaus, die zuvor unreguliert in das Emschersystem entlassen worden waren. Die Emscher verkam dadurch zu einer Kloake. Das geringe Gefälle, der stark mäandrierende Flusslauf und vom Bergbau hervorgerufene Absenkungen des Bodens verursachten Ende des 19. Jahrhunderts zahlreiche Überschwemmungen, was aufgrund der mitgeführten Fäkalien zu steigender Seuchengefahr führte.

Die beteiligten Kommunen und Großbetriebe waren einzeln nicht in der Lage, das Problem zu lösen, daher wurde **1899 durch preußisches Gesetz die Emschergenossenschaft als Vereinigung der betroffenen Kommunen und einleitenden Großbetriebe gegründet**. Ihre Aufgaben sollten in der Abwasserreinigung, der Sicherung des Abflusses, im Hochwasserschutz und in der Gewässerunterhaltung liegen.

Nach Gründung der Emschergenossenschaft wurden die Emscher und ihre Nebenläufe kanalisiert und begradigt, nachdem es in Bergsenkungsgebieten zu Versumpfungen gekommen war. Von der Emschergenossenschaft wurde die Emscher um circa drei Meter tiefer gelegt, größtenteils befestigt und begradigt. Mehrfach wurde der Flusslauf reguliert. Die Mündung wurde im 20. Jahrhundert zweimal verlegt: 1910 von Duisburg-Alsum nach Duisburg-Walsum und 1949 nach Dinslaken. Dementsprechend teilt sich die Emscher an ihrem Unterlauf in Alte Emscher, Kleine Emscher und Neue Emscher. Die Alte Emscher fließt von Oberhausen durch Duisburg-Hamborn, Duisburg-Beeck und Alsum, die Kleine Emscher von Oberhausen durch Hamborn und Walsum und die Neue Emscher von Oberhausen durch Dinslaken in den Rhein. In Teilgebieten kam es zu einer Absenkung des Grundwasserspiegels infolge des Steinkohlenabbaus. Das ist weiter möglich, sodass die natürliche Vorflut gestört bleibt und größere Teilgebiete regelmäßig über Pumpstationen trocken gehalten werden müssen.

Die Nutzung der Emscher als Wasserverkehrsweg wurde von Preußen 1774 abgelehnt – zeitgleich mit der Schiffbarmachung der mittleren Ruhr. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde ein Kanalisierungsprojekt vorgestellt, was 1873 zur Gründung eines Emscherkanal-Komitees führte. Rechtliche Grundlage für den Bau des Rhein-Herne-Kanals von Ruhrort nach Herne bildete das preußische „Gesetz betreffend die Herstellung und den Ausbau von Wasserwegen“ vom 01.04.1905. Der Bau erfolgte zwischen 1906 und 1914 bis zur Einmündung in den Dortmund-Ems-Kanal, der schon zwischen 1892 und 1899 gebaut worden war.

Von gleichwertiger landschaftsräumlicher Bedeutung wie die Emscher selbst sind manche ihrer Nebenläufe. In Dortmund sind es von Süden der Hörder Bach, die Schondelle, Rüpingsbach, Roßbach und Nettebach, in Castrop-Rauxel von Norden der Herdicksbach, in Recklinghausen von Süden der Landwehrbach, dem der Deininghauser Bach zufließt, und von Norden der Hellbach, in Herne der Ostbach, in Gelsenkirchen von Norden der Holzbach, Börnchenbach und Lanferbach, von Süden der Hüller Bach, Sellmannsbach und Schwarzbach, in Essen kommt von Süden die Berne und von Norden an der Grenze zu Bottrop die Boye, in Oberhausen von Süden der Lämpkes Mühlenbach, von Norden der Handbach.

Auch die **Lippe im Norden der Agglomeration** ist mit der Ruhr über die Rohrleitungen für Trinkwasser und geologisch mit der Emscher verbunden – bei Bottrop-Kirchhellen stellt eine nur 51 Meter hohe Niederwasserscheide einen Korridor zur Dorstener Talweitung der Lippe her. Auch der Wasserlauf der Lippe hat in der Agglomeration zahlreiche Nebenläufe, von denen die Seseke die wichtigste ist. Deren Renaturierung war der Vorlauf für die Umgestaltung des Emschersystems.

Die Lippe wurde mindestens seit der Römerzeit als Wasserverkehrsweg genutzt, die Schifffahrt wurde aber durch zahlreiche Schiffmühlen und Sandbänke sowie Zollschraken behindert. Nach 1815 wurde die Lippe auf ihrer gesamten Länge preußisch und neue Pläne zur Schiffbarmachung konnten realisiert und die Schifffahrt ohne Zollschraken wirtschaft-

lich durchgeführt werden. Der Fluss wurde durch den Bau von elf Schleusen und Umgehungskanälen ausgebaut und war ab 1826 durchgängig von der Rheinmündung bis Lippstadt schiffbar. Im 20. Jahrhundert wurde wegen des Bedarfs an Gütertransporten für die Industrie der Schiffsverkehr weiterentwickelt, aber nicht auf der Lippe selbst, sondern auf dem Lippe-Seitenkanal, der sich aus dem Datteln-Hamm-Kanal, ab 1914, und dem Wesel-Datteln-Kanal, ab 1930, zusammensetzt.

Energiewirtschaftlich wird das Wasser der Lippe zur Kühlung von Steinkohlenkraftwerken genutzt. Hierdurch erhöht sich die Wassertemperatur weit über das natürliche Maß hinaus. In heißen Sommern werden gezielt Kraftwerksblöcke abgeschaltet, um eine weitere Erhöhung der Wassertemperatur zu verhindern, weil dies zu einer Gefährdung der in der Lippe lebenden Fische führen würde. Das Wasser der Lippe kann nicht zu Trinkwasser verarbeitet werden, weil es vor allem durch die Einleitung von Grubenwasser aus dem Steinkohlenbergbau einen erheblichen Gehalt an Chloriden aufweist.

Ruhr, Emscher und Lippe sind Nebenflüsse des Rheins. Ihre Bedeutung für die montanindustriell geprägte Landschaft war ohne den Rhein nicht gegeben. Steinkohlenbergbau hat auch auf der linken Rheinseite stattgefunden. Die infrastrukturelle und kulturlandschaftliche Bedeutung des Rheins geht aber über die für die Agglomeration Ruhr hinaus, sie hat eine europäische Dimension. Für die Agglomeration Ruhr bot und bietet sie perspektivisch die Voraussetzung logistischer Standorte und Verkehrswege, ausgehend vom Hafen in Duisburg.

Nach 1918 sicherte der SVR unter Leitung Robert Schmidts mit den Regionalen Grünzügen den Anteil von Grün im Verbandsgebiet als erstem zentralen Anliegen, durchaus gegen die gängigen wachstumsorientierten Vorstellungen von einer Industrieregion.

Der beschriebenen fördernden Bedeutung Preußens für die Entwicklung der Region muss allerdings eine für rund 150 Jahre hinderliche entgegengestellt werden: **Im Jahr 1818 wurde durch Kabinettsorder Friedrich Wilhelms III. die Universität Duisburg aufgehoben. Gleichzeitig wurde die Universität Bonn gegründet.** Große Teile der Duisburger Universitätsbibliothek wurden nach Bonn verlagert und bildeten dort den Grundstock der neu gegründeten Bibliothek. Eine Universität in Duisburg war bereits 1555 durch Herzog Wilhelm V. von Jülich-Kleve-Berg initiiert worden, der für seine niederrheinischen Herzogtümer einen geistigen Mittelpunkt schaffen wollte. Zur Vorbereitung nahm 1559 das akademische Gymnasium in Duisburg seinen Lehrbetrieb auf, wo dann zum Beispiel Gerhard Mercator von 1559 bis 1562 Geometrie, Mathematik und Kosmologie lehrte. Die eigentliche Universität wurde allerdings erst 1654 nach der im Jahr 1614 erfolgten Übernahme des Herzogtums Kleve durch Brandenburg von Kurfürst Friedrich Wilhelm gegründet und nahm ihren Lehrbetrieb 1655 auf. Die Universität hatte vier Fakultäten: Theologie, Jura, Medizin, Philosophie, Ausbildungsstätte fast aller Ärzte, hohen Beamten und reformierten Pfarrer der preußischen Westprovinzen. Als Landesuniversität eines reformierten Herrscherhauses stand diese Universität allerdings in Konkurrenz zu den nicht weit von Duisburg entfernten niederländischen Universitäten. Da nur etwa ein Drittel der Einwohner in den preußischen Westprovinzen reformiert war, schickten in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die meisten Bürger ihre Söhne an andere Universitäten und beförderten so die Schließung.

**Erst im Jahre 1968 erhielt die Stadt Duisburg mit der Pädagogischen Hochschule wieder eine Hochschule.** Sie wurde Gesamthochschule und 1994 zur Gerhard-Mercator-Universität; 2003 wurde sie mit der Universität Essen zur Universität Duisburg-Essen fusioniert. Forderungen der Duisburger Universität an die Universität Bonn auf Herausgabe der Universitätsbibliothek der alten Universität Duisburg wurden bisher abschlägig beschieden.

Die Aufhebung der Universität Duisburg im Jahr 1818 war der Beginn der systematischen universitäts- und innovationspolitischen Vernachlässigung des „Ruhrgebiets“ durch Preußen, was nicht mit industriepolitischem Unverständnis erklärt werden kann. Bereits 1770 war die Bergakademie Berlin gegründet worden. Eine Bergakademie im „Ruhrgebiet“ hätte dem entsprochen. Aber mit langfristiger Wirkung entstanden, mit Bonn beginnend, im Rheinland die Standorte von Universitäten, an denen Menschen aus dem „Ruhrgebiet“ studierten, wenn sie es denn wollten und konnten. Es folgte 1870 die Gründung einer „Technischen Hochschule“ in Aachen, auch mit einer bergbaurelevanten Fakultät. Ihr Name, Rheinisch-Westfälische, verweist auf Nordrhein-Westfalen, für dessen Bildung mit der Zerschlagung Preußens nach dem Zweiten Weltkrieg das Montanindustriepotenzial des „Ruhrgebiets“ ausschlaggebend war.

Preußen, seit 1871 das Deutsche Reich dominierend, konzentrierte wissenschaftliche Institutionen in Berlin. Im Jahr 1879 wurde durch Zusammenlegung der Berliner Bauakademie und der Königlichen Gewerbeakademie die Königlich Technische Hochschule Charlottenburg, damals noch nicht nach Berlin eingemeindet, gegründet. 1911 kam es in Berlin zur Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften.

Sie baute auf der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt auf, die 1887 gegründet worden war – als erste staatlich finanzierte außeruniversitäre Großforschungseinrichtung in Deutschland, die freie Grundlagenforschung mit Dienstleistungen für die Industrie verband. Als erstes Kaiser-Wilhelm-Institut außerhalb von Berlin wurde 1911 das KWI für Kohlenforschung in Mülheim an der Ruhr gegründet.

Auch außerhalb Preußens fand die Förderung technologischer Forschung statt. In Hannover war ab 1775 zunächst eine Bergschule entstanden, dann 1864 die Bergakademie Clausthal-Zellerfeld. 1866 kam sie nach der Annexion Hannovers zu Preußen. In Bayern wurde 1868 zunächst die Polytechnische Schule gegründet, die ab 1877 als Königlich Bayerische Technische Hochschule München bezeichnet wurde. All das erklärt das wissenschaftliche Zurückbleiben des „Ruhrgebiets“ selbst im Bereich der industrierelevanten Forschung bis heute.

An der Berliner Dominanz und der prinzipiellen wissenschaftspolitischen Vernachlässigung des „Ruhrgebiets“ änderte sich auch in der Weimarer Republik nichts. Am Rhein wiedererstand 1919 die Universität Köln. Die 1388 gegründete Alte Universität zählte zu den ältesten Universitäten in Europa. Sie wurde 1798, als Köln zum napoleonischen Frankreich gehörte, geschlossen. Die „neue Universität zu Köln“ wurde zu einer der größten in Deutschland.

### 1.3 Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg – Kriegszerstörungen

Die nationalsozialistische Herrschaft unterbrach dann die demokratische Entwicklung. In den nur sechs Friedensjahren ließ sich an der räumlichen Entwicklung kaum etwas ändern, mit Kriegsbeginn wurde die Montanindustrie Rüstungsaufgaben unterworfen. Der Zweite Weltkrieg war auch von Flächenbombardements bis dahin unbekannter Intensität in ganz Europa geprägt, mit denen Hunderttausende Zivilisten ums Leben kamen und ein großer Teil der europäischen Baukultur zerstört wurde. Die militärstrategische Relevanz der Bombardements ist umstritten, in Ruhr war aber die Zerstörung montanindustrieller Anlagen ein militärisches Ziel. Die Vernichtung des baukulturellen Erbes lenkt die Aufmerksamkeit auf entsprechende Städte, allen voran Dresden, quantitativ allerdings waren die Wirkungen in den Städten der Agglomeration Ruhr erheblicher.

Die folgenden Tabellen 2 bis 6 dokumentieren die entstandenen Trümmermengen, die damit verbundenen Wohnungsverluste und die daraus resultierenden Bevölkerungsabnahmen in ausgewählten Städten:

TABELLE 2

**Trümmermengen in 1.000 m<sup>3</sup>**

Berlin	55.000
Hamburg	35.800
Köln	24.100
Dortmund	16.800
Essen	14.900

Quelle: Westecker, Die Wiedergeburt der deutschen Städte

TABELLE 3

**Trümmermengen je Einwohner in m<sup>3</sup>**

Köln	31,2	in BRD-West Rang 1
Dortmund	30,9	in BRD-West Rang 2
Essen	22,4	in BRD-West Rang 5
Hamburg	20,9	in BRD-West Rang 8

Quelle: Westecker, Die Wiedergeburt der deutschen Städte

TABELLE 4

**Wohnungsverluste**

Berlin	557.500
Hamburg	295.700
Köln	176.600
Dortmund	105.500
Essen	100.000
Duisburg	82.000

Quelle: Westecker, Die Wiedergeburt der deutschen Städte

TABELLE 5

**Wohnungsverluste im Verhältnis zum Bestand**

Moers	75,7 v. H.
Köln	70,0 v. H.
Dortmund	65,8 v. H.
Duisburg	64,8 v. H.
Hamm	60,3 v. H.
Hamburg	53,5 v. H.
Bochum	51,9 v. H.
Gelsenkirchen	51,0 v. H.
Essen	50,5 v. H.
Witten	50,4 v. H.

Quelle: Westecker, Die Wiedergeburt der deutschen Städte

TABELLE 6

**Bevölkerungsabnahme**

Berlin	-26,2 v. H.
Hamburg	-18,0 v. H.
München	-10,5 v. H.
Essen	-21,3 v. H.
Köln	-36,4 v. H.
Dortmund	-19,5 v. H.
Duisburg	-18,0 v. H.
Gelsenkirchen	-16,3 v. H.
Bochum	-19,3 v. H.

Quelle: Westecker, Die Wiedergeburt der deutschen Städte

Neben der Zerstörung von Wohnungen war die Zerstörung von vorindustriellen und vor allem gründerzeitlichen Quartieren die Folge. Das städtebauliche Nachkriegsbild war nun die Verbindung von ungeplanter siedlungsräumlicher Entwicklung als Folge der Montan-industrialisierung mit der weitgehenden Vernichtung zumindest vorurbaner Quartiere aus der Gründerzeit.

## 2. Die Entwicklung des „Ruhrgebiets“ nach dem Krieg bis 1956/57

### 2.1 Montanindustrie und politische Verantwortung

Die sektoral-technologische Wirtschaftsentwicklung hat im 19. Jahrhundert die Landschaft zwischen Ruhr, Emscher und Lippe aus einer Agrar-Region zu einer Montanindustrie-Region gemacht. Die Politik des Deutschen Reiches hatte diese Entwicklung im nationalen, auch militärpolitischen Interesse gefördert. Dabei wurden Entwicklungsmöglichkeiten in eine Dienstleistungs- und Wissenschaftsregion behindert. Der Zusammenbruch Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg veränderte die wirtschaftlichen wie politischen Interessen.

Die große politische Bedeutung der Montanindustrie und besonders der Steinkohlenförderung im „Ruhrgebiet“ für den Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland – und auch anderer westeuropäischer Staaten – nach dem Zweiten Weltkrieg erfordert die Untersuchung der politischen Handlungsmöglichkeiten und politischen Verantwortlichkeiten für die Entwicklung im „Ruhrgebiet“ nach 1945.<sup>1</sup> Sie lagen zunächst bei den Siegermächten des Krieges und bekamen so eine europäische Dimension, die sich in der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS – Montanunion) institutionell niederschlug. Weder die Kommunen des „Ruhrgebiets“ noch das Land Nordrhein-Westfalen hatten dabei nennenswerten Einfluss. Mit der Krise seit 1957 verlor sich dann die wirtschaftspolitische Bedeutung der Steinkohle, die soziale und räumliche Abfederung des damit einhergehenden Bedeutungsverlustes des „Ruhrgebiets“ wurde jetzt zu einer Handlungsherausforderung, sie landete primär bei den Kommunen und so beim Land NRW, wobei die wirtschaftspolitischen Kompetenzen des Bundes relevant wurden. In der EGKS konnten sich dabei Interessen des „Ruhrgebiets“ kaum durchsetzen – dazu Kapitel I.3.

Bergbau und Stahlindustrie wurden nach dem Zusammenbruch des NS-Reiches von der britischen Militärregierung enteignet und zentralverwaltet. Institutionell war das mit der Auflösung Preußens verbunden. Eine Konsequenz war die Enteignung preußischen Staatsbesitzes, der jedoch nicht auf die Nachfolgestaaten überging – anders als in anderen deutschen Ländern wie zum Beispiel Bayern. 1946 kam es zur Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen, auf Betreiben der britischen Besatzungsmacht. Dabei sollte das „Ruhrgebiet“ mit agrarischen Regionen zusammengefasst werden, um sein wirtschaftliches wie sein „sozial aufständisches“ Potenzial einzubinden.

Die Auflösung Preußens bedeutete allerdings nicht, dass die preußische Verwaltungsstruktur geändert wurde. Aus den ehemaligen Provinzen wurden zwei Landschaftsverbände, weiter mit Sitz in Münster und jetzt neu in Köln. Die drei Regierungsbezirke blieben ebenso erhalten wie auch der SVR, der nun aber – wie die Landschaftsverbände als Verband mit demokratischer kommunaler Selbstverwaltung verfasst – territorial quer zu diesen lag. Landeshauptstadt wurde Düsseldorf, die Stadt, die die Einbeziehung in den SVR im Jahr 1920 erfolgreich verhindert hatte. Hier wurde auch die Börse des Landes eröffnet; zudem hatten der Thyssen- und der Mannesmann-Konzern hier ihre Hauptsitze. Die Wahrnehmung von Düsseldorf als „Schreibtisch des Ruhrgebiets“ war so von der britischen Militärregierung grundgelegt.

Mit Verabschiedung der Landesverfassung und ihren Bestimmungen über die Rechtsstellung der Kommunen in Artikel 1, 3 und 78 ergaben sich wieder politische Handlungsmöglichkeiten für Land und Kommunen. Sie konnten aber mit Bezug zur wirtschaftlichen Entwicklung des „Ruhrgebiets“ kaum wahrgenommen werden.

Die britische Militärregierung hatte die Verstaatlichung des Bergbaus intendiert. Das widersprach den Interessen der USA, von deren Unterstützung Großbritannien abhängig war. Der gewählte Landtag von NRW forderte allerdings am 02.08.1947 die Übergabe der Bergwerksgruben an eine vom Landtag zu bestätigende Treuhandverwaltung – mit Zustim-

<sup>1</sup> Siehe dazu vor allem Abelshäuser, Werner: Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945, München 1984 (Beck).

mung von CDU, Fraktionsvorsitzender Konrad Adenauer, SPD, FDP und KPD. Der britische Militärgouverneur sprach jedoch dem Landtag die Kompetenz für diese Entscheidung ab, die „(...) Frage der Sozialisierung der Kohlenindustrie muss von einer deutschen Regierung behandelt werden“<sup>2</sup>.

Es wurde nun eine Deutsche Kohlenbergbauleitung (DKBL) gegründet, die von den USA und Großbritannien, später auch von Frankreich, kontrolliert wurde, vertraglich geregelt im Ruhrstatut mit der Ruhrbehörde, das am 28. 04.1949 vom Vereinigten Königreich, Frankreich, den USA und den Beneluxstaaten auf der Londoner Sechsmächtekonferenz im Abkommen über die Errichtung einer Internationalen Ruhrbehörde vereinbart wurde. Aufgabe der Ruhrbehörde war es, die Produktion des „Ruhrgebiets“ an Kohle, Koks und Stahl zu beaufsichtigen, auf dem deutschen und dem internationalen Markt zu verteilen und zugleich eine wirtschaftliche Konzentration zu verhindern. Die Ruhrbehörde nahm im Sommer 1949 ihre Arbeit in Düsseldorf auf.

Aufgabe war es seit 1948, das „Ruhrgebiet“ wirtschaftlich neu zu ordnen, dabei sollte nach Maßgabe der Alliierten die übermäßige Konzentration der Wirtschaftskraft beseitigt werden, um die Fähigkeit zur Kriegsführung zu verhindern. Diese weltpolitische Zielsetzung änderte sich allerdings bald mit dem Koreakrieg, die USA waren nun an der Ausweitung der Kohlen- und Stahlproduktion interessiert. Zunächst aber wurde auch die Entflechtung von Steinkohlenbergbau und Stahlindustrie als erforderlich angesehen, wiewohl zwischen beiden enge technologisch bedingte Produktionszusammenhänge bestanden. Es folgten ständig veränderte Konzepte, ausgehandelt zwischen den Alliierten, seit Mitte 1949 der Bundesregierung und der IG Bergbau. Diese Unsicherheiten behinderten die Produktivität der Förderung und es kam 1951 zu einer Knappheitskrise. Sie führte zur Auflösung der DKBL wie zu Investitionshilfen für den Bergbau, verbunden mit dem politisch relevanten Eindruck, dass der deutsche Bergbau den Energiebedarf der BRD allein nicht befriedigen könne. Folge wurden Importe von Erdöl und die Entwicklung der Kernenergie.

Die Auflösung der DKBL bedeutete für die IG Bergbau eine Verminderung ihres großen Einflusses. Als Gegenleistung entstand als Bundesgesetz die Montanmitbestimmung.

Diese Kompetenz des Bundes beruhte auf der Verabschiedung des Grundgesetzes 1949 mit der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern sowie der verfassungsrechtlichen Garantie der Kommunalen Selbstverwaltung in Artikel 28 (2). Das Grundgesetz normiert dabei die primäre staatliche Zuständigkeit bei den Ländern in Artikel 30. Aufgrund der wirtschaftsrechtlichen Artikel, auch für die Montanwirtschaft betreffende Gesetze, gingen Kompetenzen auch mit Relevanz für die wirtschaftliche Entwicklung des „Ruhrgebiets“ auf den Bund über, das verringerte die Handlungsmöglichkeiten des Landes NRW.

Dieses Landes- und Bundesrecht wurde dann noch europarechtlich eingeschränkt durch die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Sie wurde am 18. 04.1951 durch den Vertrag von Paris gegründet, der am 23.07.1952 in Kraft trat. Die EGKS diente der gemeinsamen Kontrolle der Montanindustrie der Mitgliedstaaten ohne Zoll.

Hauptziel des Vertrages, wie es gerade Bundeskanzler Adenauer verfolgte, waren die Sicherung des innereuropäischen Friedens durch die „Vergemeinschaftung“, also die gegenseitige Kontrolle der kriegswichtigen Güter Kohle und Stahl, sowie die Sicherstellung dieser für den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg entscheidenden Produktionsfaktoren. Die Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland in dieser Europäischen Gemeinschaft lag bei der Bundesregierung, die Einflussmöglichkeiten der Landesregierung NRW wurden bewusst, insbesondere durch Adenauer, weitgehend verhindert.

Auf die Montanpolitik hatte das Land NRW somit seit Ende der 1940er-Jahre wenig Einfluss, das kommunalpolitische System im „Ruhrgebiet“ und seine Städte faktisch gar keinen. Allerdings wurden die Stadtverordnetenversammlungen (Räte) vieler Städte von

<sup>2</sup> Dazu Abelshäuser a. a. O. S. 25 ff.

Beschäftigten, auch Betriebsräten, der Montanunternehmen bestimmt, was deren Einfluss auf die Kommunalpolitik ermöglichte.

Die mögliche Aufwertung des „Ruhrgebiets“ zum Standort der Wissenschaftsförderung wurde in den ersten Nachkriegsjahrzehnten nicht wahrgenommen. Als erste bedeutende Wissenschaftsstiftung eines Montanunternehmens gründeten Witwe und Tochter Fritz Thyssens im Jahr 1959 die Fritz Thyssen Stiftung, ihr Sitz wurde, wohl auch unter dem Einfluss Adenauers, Köln. Die Stiftung dient dem Gedenken an Fritz Thyssen, aus einer der für die Entwicklung der Montanindustrie im „Ruhrgebiet“ wichtigsten Familien stammend. Nach anfänglicher Unterstützung des Nationalsozialismus wurde er entschiedener Gegner, wurde verfolgt und musste emigrieren. Die wissenschaftlichen Ansprüche der Stiftung gehen über das „Ruhrgebiet“ und über Deutschland hinaus. Dennoch bleibt festzuhalten, dass Fritz Thyssen nach seinem Tod in Buenos Aires auf Schloss Landsberg in Ratingen, am Stadtrand zu Essen, beigesetzt wurde – also dort, wo er gewirkt hatte.

## 2.2 Sozialräumliche und wirtschaftliche Entwicklung

Vom Beginn des Wiederaufbaus bis 1956 lagen das Sozialprodukt Nordrhein-Westfalens und das des „Ruhrgebiets“ über dem Bundesdurchschnitt. In diesen Jahren hat sich, auch in anderen Teilen der Bundesrepublik, der Eindruck gebildet und verfestigt, dass es dem „Ruhrgebiet“ wirtschaftlich überdurchschnittlich gut gehe. Tatsächlich aber lagen bei einem Vergleich mit den vier größten Städten der westdeutschen Bundesrepublik wie mit den beiden größten Städten Nordrhein-Westfalens die großen Städte in der Agglomeration Ruhr – mit Ausnahme von Duisburg – im Sozialprodukt pro Kopf zurück. Diese Rückstände sind Ergebnis der erzwungenen Konzentration auf die Kohlen- und Stahlindustrie während des Rekonstruktionsprozesses der Nachkriegszeit. Dessen Dynamik, „(...) die im übrigen Bundesgebiet zum ‚Wirtschaftswunder‘ geriet, wurde an der Ruhr von ‚alten‘ Industrien absorbiert, deren Ankurbelung aus rüstungs- und wiederaufbaupolitischen Gründen kurzfristig geboten erschien, die aber schon auf mittlere Frist ihren Niedergang fortsetzte. Wahrgenommen wurden die besonderen Wachstumschancen der Nachkriegszeit dagegen vor allem in Süddeutschland (...), das „kurzfristig von der Ruhrkohle profitierte, ohne ihre Strukturlast tragen zu müssen.“<sup>3</sup>

Von 1951 bis 1958 stieg die Bevölkerung an, auch bedingt durch eine Zuwanderung von circa 750.000 Menschen in dieser Zeit – vor allem Flüchtlinge aus dem Osten des früheren Deutschen Reichs.

Die alternativlose siedlungsräumliche Aufgabe nach Kriegsende war der Wohnungsbau, überwiegend in Form von Sozialwohnungen. Die Standards waren einfach. Es galt, dem Anstieg der Bevölkerung, Millionen Kriegs- und Vertreibungsflüchtlinge eingeschlossen, gerecht zu werden. Allerdings kam es auch zur Wiederherstellung von stadträumlichen Grundrissen der Vorkriegszeit, so in Wesel. Zwischen den Architekturvorstellungen des Nationalsozialismus, den Kriegszerstörungen und dem Wiederaufbau, in demokratischen wie in kommunistischen Staaten, gibt es einen lange nicht erörterten Zusammenhang: die Konzeption einer „neuen“ Stadt, die die sozial und baulich nicht zukunftsfähige Stadt überwinden sollte. So wurden, nicht nur in Deutschland, die Zerstörungen sogar als Chance gesehen. Die Stadtplanung in vielen Städten ging mit noch erhaltener Bausubstanz weiter zerstörerisch um. Der Abriss des mittelalterlichen Rathauses in Dortmund ist ein bleibendes Menetekel.

In den 1950er-Jahren nahm die Verschmutzung der Ruhr im Zuge des Wiederaufbaus und des erneuten Bevölkerungszuzugs wieder zu, es brauchte Anstrengungen, um nach der Wiederaufbau- und der Wachstumsperiode wieder an die Entwicklung vor dem Zweiten

<sup>3</sup> Abelshäuser, a. a. O. S. 176.

Weltkrieg anzuschließen. Im Jahr 1950 wurde der Kettwiger See geschaffen, heute im Essener Süden gelegen.

Das Fehlen von Universitäten wurde als entwicklungsbezogene Hypothek übernommen, die Universitäten und Hochschulen im Rheinland, in Aachen, Bonn und Köln, sowie im westfälischen Münster bestanden weiter.

TABELLE 7

**BIP pro Kopf der Wohnbevölkerung 1957 in DM****Die großen Städte in der Agglomeration Ruhr**

Duisburg	7.320
Bochum	5.990
Essen	5.540
Dortmund	5.180
Gelsenkirchen	5.180

**Andere Großstädte**

Frankfurt	8.510
Hamburg	7.300
München	6.720
Stuttgart	7.470
Köln	6.350
Düsseldorf	7.900

Quelle: Statistisches Bundesamt

### 3. Beginn der Krise der Montanindustrie 1957 bis 1966

Seit 1957 war das „Ruhrgebiet“ von verstärkten **sektoral-technologischen Veränderungen** betroffen. Der eine Basissektor der montanindustriellen Region, der Steinkohlenbergbau, begann rückläufige Produktionswerte aufzuweisen; er wurde zunächst durch die konkurrierende Erdölgewinnung und -verarbeitung zurückgedrängt, dann von der Kernenergie. Die Stahlindustrie als zweiter Basissektor verzeichnete abnehmende Wachstumsraten und leistete damit einen geringeren Beitrag zum Sozialprodukt. So begann das Ende der regional-ökonomischen Vorteile der Montanindustrieagglomeration Ruhr seit 1956/57 mit Feierschichten im Bergbau und dann Zechenschließungen.

Dem Bedeutungsverlust des Montansektors folgte politisch zunächst Ratlosigkeit verbunden mit dem Hoffen auf das „wirtschaftswunderliche ‚Weiter so‘“. Die dann ergriffenen politischen Maßnahmen erfolgten im Rahmen kontinuierlicher rechtlicher Regelungen, die die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen, des Landes, des Bundes und der EG veränderten – dabei nahmen die Kompetenzen des Bundes zu.

In diesem Rahmen setzte fiskalisch die Subventionierung des Steinkohlenbergbaus ein, die im Verhältnis zwischen Ruhr, NRW und dem Bund den Eindruck hoher regionaler Förderung entstehen ließ. **Die wirtschaftspolitische Reaktion waren zunächst sektorale Maßnahmen.** Sie bestanden in Anpassungs- und Erhaltungsmaßnahmen für den Steinkohlenbergbau; damit wurde an sektoraler Strukturbeeinflussung das getan, was trotz aller anderslautenden Theorien und konzeptionellen Ansprüche bis dato als Einziges funktionierte, zugleich aber

meist abgelehnt wurde: eine schrumpfende Branche zu erhalten. Für diese Erhaltung des Steinkohlenbergbaus gab es auch gesamtwirtschaftliche Rechtfertigungen, die über die erzielten Beschäftigungseffekte hinausgingen. Der Kohle wurde eine besondere volkswirtschaftliche Funktion zugesprochen.

Die wichtigsten staatlichen und betrieblichen Maßnahmen auf bundesrechtlicher Basis zugunsten des Steinkohlenbergbaus ab 1958 waren zunächst die Genehmigungspflicht für den Abschluss von Kohleneinfuhrverträgen, 1959 die Einführung eines Kohlenzolls von 20 DM pro Tonne sowie die Gründung der **Notgemeinschaft Deutscher Steinkohlenbergbau** mit der Aufgabe der Ablösung von Importverträgen, 1960 Frachthilfen für Kohlentransporte in Höhe von 8,6 % der Bundesbahn- und Binnenschiffahrtstarife, 1963 das **Gesetz zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlenbergbau**, unter anderem mit einer Stilllegungsprämie von 25 DM pro Tonne (davon 50 % aus öffentlichen Mitteln) sowie förderaufkommensneutralen Stilllegungsaktionen, die 1968 nach der Schließung von 27 Groß- und 14 Kleinzechen abgeschlossen wurden.

Im Jahr 1965 folgte das Erste Verstromungsgesetz mit der Möglichkeit einer steuerfreien Rücklage bis zu 45 % der Investitionskosten bei Stein- und Pechkohlenbetrieb eines neuen Kraftwerks über mindestens zehn Jahre, 1966 dann die Gründung der **Aktionsgemeinschaft Deutsche Steinkohlenreviere GmbH** mit Einführung einer Stilllegungsprämie im Sinne einer Anpassung der Förderung an den Absatz in Höhe von 15 DM pro Tonne und Aufgaben zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur; schließlich das **Zweite Verstromungsgesetz** mit der Genehmigungspflicht für den Bau von Ölkraftwerken und Subventionen für Steinkohleeinsatz – damit sollte der Anteil der Gemeinschaftskohle an der Stromerzeugung bis 1970 gehalten werden.

Der Bedeutungsverlust der Montanindustrie gehörte zu einem Prozess **sektoral-technologischer Veränderungen** von Produktionsmöglichkeiten, die auf veränderte Nachfrage stießen. In anderen Regionen der Bundesrepublik entwickelten sich wachstumsträchtigere, weil neuere Industrien. Beispielhaft wären Datenverarbeitung und Elektrotechnik vor allem in süddeutschen Industriezentren zu nennen. Dies war verbunden mit einem radikalen Schrumpfen des Agrarsektors und überdurchschnittlichem Wachstum von Industrie und Dienstleistungen, vor allem in Bayern.

Diese sektoral-technologischen Veränderungen hatten erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaftskraft des „Ruhrgebiets“. Darauf kann regionale Wirtschaftspolitik reagieren. Das geschah aber kaum aus der Region selbst heraus, sondern durch den Bund und das Land NRW. Dabei fielen die regionalen Schwierigkeiten im „Ruhrgebiet“ in eine Zeit, die bestimmt war von hohen Wachstumsraten und der damit verbundenen wirtschaftspolitischen „Gewissheit“, dass dieses Wachstum die negativen Auswirkungen regionaler wie sektoral-technologischer Veränderungen beseitigt.

So setzte sich die Einsicht in die Notwendigkeit staatlicher Regionalpolitik zugunsten des „Ruhrgebiets“ nur langsam durch. In der Retrospektive bleibt allerdings festzuhalten, dass gerade die regionalen Probleme des „Ruhrgebiets“ wesentliche Anstöße für die Entwicklung regionalpolitischer Konzeptionen und damit für Veränderungen des wirtschaftspolitischen Handelns in der Bundesrepublik auslösten. Regionale Strukturpolitik bedeutete nun, dass die allein marktgesteuerte regionalwirtschaftliche Entwicklung nicht länger akzeptiert wurde; konkreter, dass sozialökonomischer Wandel und seine regionalen Auswirkungen eingeschränkt beziehungsweise ausgeglichen werden sollen durch strukturpolitische Maßnahmen.

Die Entwicklung regionalpolitischer Konzepte brauchte Zeit. Zwischen 1960 und 1966 legte die NRW-Landesregierung vier Denkschriften vor, in denen im Wesentlichen die Strukturschwächen dargestellt wurden, ohne aber strukturverändernde Ziele zu setzen. 1966 wurde ein Landesbeauftragter für das „Ruhrgebiet“ berufen. Der Einstieg in die gezielte

**regionale Investitionsförderung erfolgte am 01.07.1966.** Aufgrund entsprechender Richtlinien gewährte das Land Nordrhein- Westfalen Wirtschaftsunternehmen sowie Gemeinden und Landkreisen in den von Zechenstilllegungen bedrohten oder betroffenen Gebieten Beihilfen, vornehmlich Zuschüsse.

Ab 1967 erhielt dann das „Ruhrgebiet“ auch regionale Wirtschaftsförderung des Bundes. Das geschah vor dem Hintergrund der ersten starken wirtschaftlichen Rezession der Nachkriegszeit. **Seit 1951 hatte es „Notstandsprogramme“ mit einem System von Regionalpräferenzen zugunsten der Fördergebiete Zonenrand und Berlin gegeben, in die nun das „Ruhrgebiet“ einbezogen wurde.** Dadurch wurden die Steinkohlenbergbaugebiete gleichwertig an der strukturpolitischen Priorität der beiden Konjunkturprogramme der Bundesregierung und an dem „Entwicklungsprogramm Ruhr“ (EPR) der Landesregierung beteiligt.

Die regionalpolitischen Hilfen wurden mit der Umsetzung des energiepolitischen Programms der Bundesregierung kombiniert, um die im Steinkohlenbergbau erforderlichen Stilllegungsmaßnahmen in zeitlicher und räumlicher Übereinstimmung mit der Ansiedlung von arbeitsplatzschaffenden Ersatzbetrieben zu vollziehen. Deshalb wurden regionale Hilfen mit einer 10%igen steuerfreien Investitionsprämie nach § 32 des Kohlenanpassungsgesetzes von 1968 kombiniert. Die Bevölkerung nahm zunächst nur langsam ab, aber das Verhältnis von Einwohnern zu Erwerbstätigen verschlechterte sich. Bereits zum Ende der 50er-Jahre war die Zuwanderung ins „Ruhrgebiet“ abrupt abgebrochen, mit Beginn der 60er-Jahre war eine negative Wanderungsbilanz zu verzeichnen. Im Zeitraum von 1961 bis 1969 waren die Wanderungssalden des „Ruhrgebiets“ gegenüber anderen Regionen des Bundesgebietes und gegenüber dem Ausland durchweg negativ mit einem deutlichen Schwerpunkt im Rezessionsjahr 1967. Von 1961 bis 1969 war ein durchschnittlicher negativer Wanderungssaldo pro Jahr von 0,5% der Wohnbevölkerung zu verzeichnen. Das entspricht rund 230.000 Personen – darunter 80.000 Erwerbspersonen.

Mit dem Wiederaufbau verbunden war eine Industrialisierung des Bauens in der Bundesrepublik wie in der DDR. Architektonische Konzepte des Bauhauses wurden in Massenproduktion verwirklicht und um kostengünstig zu bauen. Hochgeschossige Wohnbauten sind eine Hypothek aus dieser baugeschichtlichen Phase geblieben. Gleichzeitig wurde die autogerechte Stadt geplant, mit dem Abriss vieler Bauten, um breite Straßen zu schaffen. Diese Planungskonzeptionen wurden auch in den Städten in Ruhr vielfach umgesetzt. Dazu gab es nach weitgehender Bewältigung der Wiederaufbauaufgaben das Konzept der Flächensanierungen, das zum weiteren Abriss gründerzeitlicher Baubestände führte.

Über die sektorale und regionale Strukturpolitik hinaus reichte – historisch unübertroffen bedeutsam – im Jahr 1965 die Gründung der Ruhr-Universität Bochum. Damit wurde das fundamentale Entwicklungshemmnis in der Agglomeration Ruhr aufgebrochen. Die Eröffnung der Universität erfolgte zum Wintersemester 1965/66. Zuvor hatte es nur 4.000 Studierende an einer Pädagogischen Hochschule gegeben. Perspektivisch ergab sich nun erstmals die Möglichkeit zur Heranbildung wissenschaftlich-technologischer metropolitaner Funktionen, wie etwa die Zusammenarbeit von Unternehmen oder Kommunen mit wissenschaftlichen Einrichtungen auf regionaler Ebene.

#### **4. Veränderungen der bundesstaatlichen Wirtschaftsstrukturpolitik**

Die 1958 begonnene Anpassungspolitik für den Steinkohlenbergbau wurde fortgesetzt und führte nun zur Konzentration der Unternehmen.

Als wirtschaftspolitisch bedeutsam erwies sich das bereits genannte Kohlenanpassungsgesetz von 1968 mit einer Investitionsprämie von 10% für Errichtung und Erweiterung von Betrieben zur Strukturverbesserung in Steinkohlenbergbaugebieten sowie mit einer Enteignungsmöglichkeit zur Industrielandbeschaffung.

Sozialpolitisch bedeutsam wurde das Abfindungsgeld für Bergarbeiter, retrospektiv die wohl wichtigste Rechtfertigung der Anpassungssubventionen, weil auf diese Weise über einen langen Zeitraum erhebliche soziale Verwerfungen verhindert werden konnten.

Im Jahr 1969 wurde auf bundesgesetzlicher Basis durch Grundvertrag die Ruhrkohle AG gegründet. Ziel war die Konzentration der Kohlenförderung auf rentable Schachtanlagen und damit die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Steinkohle auf dem Energiemarkt. 1971 gab es dann den Gesamtanpassungsplan der Ruhrkohle AG verbunden mit einer zentralen Belegschaftspolitik. 1974 wurde das Dritte Verstromungsgesetz des Bundes verabschiedet.

Nachdem sich die Bestellung eines Landesbeauftragten für das „Ruhrgebiet“ als wenig effektiv erwiesen hatte, verstärkte seit 1966 die Landesregierung nach einem Regierungswechsel von CDU/FDP auf SPD/FDP das landespolitische Handeln mit Bezug zu den Strukturproblemen des „Ruhrgebiets“. 1967 legte sie das „Entwicklungsprogramm Ruhr 1968 bis 1973“ (EPR) vor, das einen konkreten Maßnahmenkatalog zur Behebung der Strukturprobleme des „Ruhrgebiets“ vorsah. Dabei gab es Anfänge einer agglomerationsbezogenen städtischen Raumentwicklungsplanung.

Auf Bundesebene begannen im Jahr 1968 Vorarbeiten für die Aufstellung „Regionaler Aktionsprogramme“, was ab 1969 eine neue Phase der regionalen Wirtschaftspolitik einleitete. Durch das Finanzreformgesetz 1969 wurde durch Einführung von Artikel 91a in das Grundgesetz die Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ geschaffen und damit – bei gleichzeitiger Stärkung der Rolle der Länder – die Regionalförderung auf eine verfassungsrechtliche Grundlage gestellt. Der Planungsausschuss der Gemeinschaftsaufgabe baute auf dem System der regionalen Aktionsprogramme auf. Im Mai 1971 wurde – als letztes dieser Programme – das 21. Regionale Aktionsprogramm „Nördliches Ruhrgebiet/Westmünsterland“ beschlossen.

**Die regionale Wirtschaftspolitik des Landes und des Bundes hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Bis zum Jahre 1974 konnte das „Ruhrgebiet“ seine Wachstumsrückstände weitgehend aufholen.** Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner hatte seit 1968 eine beachtliche Aufwärtsentwicklung genommen. Während es 1968 nur bei 95 % des NRW-Landesdurchschnitts lag, erreichte es im Jahre 1973 bereits 99 % und im Jahre 1975 schon 105 %. Damit hatte das „Ruhrgebiet“ in der Wirtschaftskraft seine Position aus der Zeit vor der Krise 1966/67 wieder eingenommen. **In der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquote hingegen lag das „Ruhrgebiet“ auch weiterhin deutlich über dem Landes- und dem Bundesdurchschnitt.**

In der zweiten Hälfte des Jahres 1975, als der erste wirklich tiefe Konjunkturerinbruch der Nachkriegszeit erfolgte und zugleich die ersten Auswirkungen einer längerfristigen Wachstumsverlangsamung deutlich wurden, wurde die Problematik des „Ruhrgebiets“ erneut offenkundig. Das machte eine neue Bestandsaufnahme erforderlich. Die Grunderkenntnis war: **Die sektoral-technologischen Veränderungen** in montanindustriellen Agglomerationszentren vollziehen sich trotz des Einsatzes des verfügbaren strukturpolitischen Instrumentariums in einer Weise, die zu weiteren Beschäftigungsverlusten führte.

**Der Verlust von Arbeitsplätzen bei Kohle und Stahl und in den mit diesen sektoral eng verflochtenen Wirtschaftsbereichen wurde nicht ausgeglichen durch die Ansiedlung von Arbeitsplätzen in anderen, mit Kohle und Stahl nicht verflochtenen Sektoren.**

**Sektoral-technologische Veränderungen** vollziehen sich seit Beginn der Industrialisierung immer so, dass beim Rückgang oder bei der Aufgabe der Produktion in technisch überholten Industriezweigen und bei Errichtung und Nutzung neuer industrieller Produktionen die

traditionellen Industrieregionen an wirtschaftlicher Bedeutung verlieren und neue Standorte an anderer Stelle entstehen. Entsprechende Beispiele lassen sich aus den Vereinigten Staaten anführen, wo die Verlagerung der Industriezentren an der Bewegung von der Ostküste nach Westen ablesbar ist. Und wenn speziell die Sektoren Kohle und Stahl betrachtet werden, dann sind die Probleme, die wir aus dem „Ruhrgebiet“ kennen, in Wallonien und in Nordfrankreich in wohl noch stärkerem Maße festzustellen.

Für das ausgehende 20. Jahrhundert war dabei von besonderer Bedeutung, dass auch der Einsatz fortentwickelter strukturpolitischer Instrumente diese offensichtliche „Gesetzmäßigkeit“ nicht grundsätzlich geändert hat. Das erlaubt aber nicht, auf die Frage zu verzichten, ob hoch entwickelte Industriegesellschaften es hinnehmen können, dass sich **sektoral-technologische Veränderungen** automatisch in der Weise vollziehen, dass bestimmte Regionen „liegen bleiben“ und neue Gebiete in Anspruch genommen werden müssen.

Diese Generalfrage hat Unterfragen, nämlich zum einen, ob es der Bevölkerung zuzumuten ist, dass ihre Region liegen gelassen wird und die sozialen Folgen akzeptiert werden, die mit der Verlagerung industrieller Zentren verbunden sind, und zum anderen, ob überhaupt ausreichend Raum vorhanden ist, um in größerem Maße neue Industriegebiete entstehen zu lassen.

Die durch den Rückgang der Einwohnerzahlen bei gleichzeitig abnehmender Zahl der Erwerbstätigen entstehende – unter dem Stichwort „Stadtflucht“ diskutierte – Problematik liegt auf der Hand: **Den zwangsläufigen kommunalen Einnahmeverlusten stehen keineswegs entsprechende Entlastungen bei den städtischen Aufgaben gegenüber; ein sich verstärkender Trend zur Konzentration sozialer Problemgruppen in den Städten wird zu steigenden sozialen Kosten führen, insbesondere für Sozialhilfe und Sozialarbeit.**

## 5. Landespolitisches Handeln 1967 bis 1979

Nach einem Regierungswechsel von CDU/FDP auf SPD/FDP verstärkte seit 1966 die Landesregierung mit Heinz Kühn als Ministerpräsidenten und Fritz Halstenberg als für die Landesplanung zuständigem Chef der Staatskanzlei das landespolitische Handeln mit Bezug zu den Strukturproblemen des „Ruhrgebiets“. Die Bestellung eines Landesbeauftragten für das „Ruhrgebiet“ durch die vorherige Landesregierung hatte sich als wenig effektiv erwiesen. 1967 wurde das „Entwicklungsprogramm Ruhr 1968 bis 1973“ (EPR) vorgelegt, das einen konkreten Maßnahmenkatalog zur Behebung der Strukturschwächen des „Ruhrgebiets“ vorsah. Dabei gab es Anfänge einer agglomerationsbezogenen urbanen Raumentwicklungsplanung. Dabei warf und wirft die Frage nach genug Raum im dicht besiedelten Mitteleuropa grundsätzliche Fragen auf.

Die Antwort auf diese Fragen für das „Ruhrgebiet“ war klar: Weder war es der Bevölkerung zuzumuten, dass ihr Lebensraum liegen gelassen wird, noch konnte mit dem zur Verfügung stehenden Raum so umgegangen werden, dass immer wieder neue Industriegebiete entstehen, ohne die alten weiter zu nutzen. **Aus dieser Erkenntnis folgte aktives Handeln für das „Ruhrgebiet“ – und aktives Handeln für das „Ruhrgebiet“ führte zu der grundsätzlichen Fragestellung, ob es zusätzlich zu dem bisher eingesetzten strukturpolitischen Instrumentarium neue Erkenntnisse und neue Instrumente geben könnte. Die daraus entstandene Hauptidee war, dass die Herausforderungen in erster Linie in den Wohnungs- und Siedlungsbedingungen und in den Umweltbedingungen lagen.**

Zwischenzeitlich nahm die Bevölkerung weiter ab – von rund 6,67 Millionen im Jahr 1961 kontinuierlich auf 5,256 Millionen im Jahr 1980. Auch die Zahl der Erwerbstätigen ging weiter zurück – von rund 2,37 Millionen im Jahr 1965 auf rund 2,37 Millionen im Jahr 1965 bis hin zu 1,92 Millionen im Jahr 1985.

Parallel zu diesen Entwicklungen fand mit der **Kommunalen Neugliederung im Jahr 1975** eine tief greifende und problematische institutionelle Veränderung statt. Wie bereits 1928/29 führte diese zu größeren Städten. **Die Abgrenzungen der Kommunen der Agglomeration Ruhr verloren weiter an historischem Bezug.** Das Gesetzgebungsverfahren war mit heftigem Widerstand eingemeindeter Kommunen verbunden. Schädlich war die Schwächung des SVR, er verlor die regionale Planungskompetenz, sein Name wurde in Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) geändert.

Bereits Mitte der 1960er-Jahre hatten **Diskussionen über die räumliche Entwicklung im „Ruhrgebiet“ und seine Planungskultur begonnen – zunächst eher von außen.**

Zu nennen ist vor allem Otl Aicher, Gründer der Hochschule für Gestaltung in Ulm und Gestaltungsbeauftragter der Olympischen Spiele München 1972. Er schrieb in einem Artikel in der „Zeit“ vom 24.11.1967: „Das ‚Ruhrgebiet‘“ ist ja nicht nur an seiner Wirtschaft krank; Kohlenkrisen hat es immer gegeben. Es erleidet vielmehr den Bankrott der Planung. (...) Das Bild einer verarmten Region ist zurzeit noch verdeckt von einem Schimmer des alten Nationalprestiges. Nicht Rauch und Ruß, sondern die soziale und finanzielle Verkümmern haben das ‚Ruhrgebiet‘ zu einem düsteren Distrikt gemacht. Die Ruhr teilt das Schicksal der Goldgräberstädte: Man holt alles heraus, aber man steckt nichts hinein. Und das ‚Ruhrgebiet‘ ist eine Stadtregion ohne Städte.“

Den hier gelegenen großen Städten „ist fast allen gemeinsam ihre ‚Stadtlosigkeit‘. Das könnte ein Vorzug sein, sobald sich der Bewohner als Mitglied einer größeren Stadtregion empfindet. Wozu noch Stadtgrenzen und abgezielte Stadtgebiete? Eine Stadt geht in die andere über.

Diese Stadtlosigkeit ist aber insofern trostlos, als die Einrichtungen, die eine Stadt zur Stadt machen, ihre Zivilisationsinhalte, ihre sozialen Zentren, ihre Sammelpunkte, ihre gesellschaftlichen Schaustellungen, ihre Kultur, fast völlig fehlen. Das Ruhrgebiet ist ein Gemenge von Industrieanlagen und Siedlungen von variierender Dichte. (...) Man fragt sich, wie es möglich wurde, eine solche Ballung von Städten zu schaffen ohne die dazugehörige Stadtkultur.“

Im Jahr 1966 gab es dann eine integrierte räumliche Planung mit dem **„Gebietsentwicklungsplan 1966“ (GEP)** des SVR. Damit gewann zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Landesplanung eine regionale Gesamtplanung kraft Gesetzes die Wirkung einer Richtlinie für alle an der Entwicklung des Planungsraumes beteiligten Planungs- und Unternehmensträger.

Um die räumlich-wirtschaftliche Struktur des „Ruhrgebiets“ den sich ändernden Erfordernissen vorausschauend anzupassen, waren differenzierte Betrachtungen notwendig. Der GEP berücksichtigte die Bereiche gewerbliche Wirtschaft, Verkehr, Wasserwirtschaft und Abfallbeseitigung, Land- und Forstwirtschaft, Erholung, Siedlung. Für das Kerngebiet, die Hellweg- und Emscherzone, und für die Randbereiche des Verbandsgebietes wurden getrennte Entwicklungstendenzen vorausgesetzt. Die Entwicklungsprognosen des SVR gerieten damals allerdings insgesamt zu optimistisch. Noch rechnete man mit einer langfristigen industriellen Expansion der Wirtschaft und mit einer anwachsenden Bevölkerung. Die maximal zu erwartende Einwohnerzahl wurde mit acht Millionen bemessen. Aber vor allem durch die Definierung der Regionalen Grünzüge hatte der GEP einen nachhaltig positiven Einfluss auf das Erscheinungsbild des „Ruhrgebiets“ und auf die Lebensqualität in der Region genommen. Die Regionalen Grünzüge verlaufen nordsüdlich durch das Verbandsgebiet, sollen räumlich strukturieren und haben Funktionen sozialhygienischer Natur wie Luftverbesserung und Naherholung.

Auf diesem GEP konnte die Erarbeitung des Entwicklungsprogramms Ruhr 1968 bis 1973 (ERP) durch die Landesregierung NRW aufbauen. Es wurde im März 1968 als „mittelfristiger Handlungsrahmen“ vorgestellt. Das ERP enthielt erstmals ein Konzept für Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur. Grundgelegt wurde dabei der Aufbau eines öffentlichen Personenverkehrssystems, der die Agglomeration, konzentriert auf Siedlungsschwerpunkte, integrieren sollte. Weitere Hochschulen wurden gegründet. **Das ERP lässt sich als das erste umfassende Konzept integrierter räumlicher Entwicklungsplanung mit konkreten Projekten für eine Industrieagglomeration in Deutschland und wohl auch in Europa verstehen.** Als Planung für einen verdichteten Siedlungsraum, der nicht als Stadt verfasst ist, ist es von allfälliger Regionalplanung unterscheidbar, prototypisch für Agglomerationen, die im Zuge der Industrialisierung seit Ende des 18. Jahrhunderts entstanden sind.

Im Jahr 1970 legte die Landesregierung einen zweiten **mittelfristigen Handlungsplan** vor, der das ERP fortschrieb und darüber hinaus die Entwicklungsperspektiven für das ganze Land Nordrhein-Westfalen bis zur Mitte der 70er-Jahre darstellte sowie die voraussehbaren Entwicklungstendenzen aufzeigte. Das Entwicklungsprogramm Ruhr war bis dahin in den anderen Regionen des Landes NRW weniger als spezifische Planung für den industriellen Agglomerationsraum aufgefasst, sondern als die „Vorzugsbehandlung“ eines Teils des Landes. **Das Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 (NWP)** begann so: „Das ‚Entwicklungsprogramm Ruhr‘ war der erste mittelfristige Handlungsplan der Landesregierung, Das ‚Nordrhein-Westfalen-Programm 1975‘ ist der zweite mittelfristige Handlungsplan der Landesregierung. Er soll die Entwicklungsperspektiven des ganzen Landes bis zur Mitte der Siebzigerjahre darstellen und die voraussehbaren Entwicklungstendenzen der weiteren Zukunft aufzeigen.“ Weiterentwickelt im NWP wurden mit großer Bedeutung für die Agglomeration Ruhr Planungen im Hochschulbereich und zum Schnellverkehrssystem.

Mit Blick auf das „Ruhrgebiet“ wurde im NWP die agglomerationsgestalterische Planung verwässert durch Beschreibung eines „Verdichtungsgebiets Rhein-Ruhr“ im „Dreieck zwischen Bonn, Wesel und Hamm“ mit über zehn Millionen Einwohnern, also zwei Dritteln der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens. Die konzeptionelle Auseinandersetzung zwischen einer metropolitanen Region Rhein-Ruhr und einer Metropole Ruhr ist seitdem nicht zu Ende und noch zu keinem abschließenden Ergebnis gekommen.

Die Wasserwirtschafts- und Erholungsfunktion der Ruhr wurde im NWP 1979 ergänzt durch die Flutung des Kemnader Sees zwischen Bochum, Witten und Hattingen.

### Hochschulgründungen

In der Agglomeration Ruhr gab es – das kann nicht oft genug ins Gedächtnis gerufen werden – vor der Eröffnung der Ruhr-Universität Bochum zum Wintersemester 1965 insgesamt 4.276 Studierende an Pädagogischen Hochschulen, deren Quantität und Qualität überdies unzulänglich war. So wurde für den Wandel von der Industrieregion in eine Wissensregion im Entwicklungsprogramm Ruhr wie im NWP der Ausbau von Schulen und Hochschulen entscheidend.

Es waren geplant:

- der Ausbau der Schulsysteme: Schulneubauten wurden mit Priorität für das nördliche „Ruhrgebiet“ vorgesehen;
- der Ausbau der Ingenieurschulen: Neubauten wurden vorgesehen für vier der sechs Ingenieurschulen für Maschinenbau – Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hagen – sowie die drei Ingenieurschulen für Bauwesen – Essen, Hagen, Recklinghausen;
- der Ausbau der Universitäten und Pädagogischen Hochschulen;
- Der Aufbau der Ruhr-Universität Bochum, der Universität Dortmund und des Klinikums Essen wurde fortgesetzt;

- Darüber hinaus wurde noch an der Pädagogischen Hochschule Ruhr mit sechs Standorten festgehalten und dabei diesen Projekten explizit Vorrang vor Bielefeld und Düsseldorf gegeben.

## 6. Beginnende Abkehr von der Industrieregion 1979 bis 1999

Ende der 1970er-Jahre hatten sich die wirtschaftlichen Probleme vom Steinkohlenbergbau hin zur Stahlindustrie verlagert, der gesamte Montankomplex verlor an Bedeutung. Die Lage am Arbeitsmarkt verschlechterte sich weiter. Die Ursachen hierfür lagen zum großen Teil in der hohen Empfindlichkeit, mit der die revierprägenden Industriezweige auf Änderungen in den weltwirtschaftlichen Nachfrage- und Angebotsbedingungen reagierten.

Der Einbruch des Weltstahlverbrauchs Mitte der 1970er-Jahre hatte dazu geführt, dass die Produktion in den Stahlwerken des „Ruhrgebiets“ gedrosselt werden musste. Die Entwicklungsländer und die Staatshandelsländer hatten ihre Stahlkapazität zunehmend ausgebaut. Diese Konkurrenz verminderte den Anteil Nordrhein-Westfalens und der Bundesrepublik insgesamt am Weltmarkt.

Die Absatzprobleme der Stahlindustrie schlugen sich unmittelbar in einem verringerten Koksverbrauch nieder. Die daraus folgenden Beschäftigungsschwankungen waren kaum zu vermeiden. Diese Probleme riefen nach 1980 nach neuen konzeptionellen Lösungen. Deshalb kündigte der neue Ministerpräsident Johannes Rau in seiner Regierungserklärung vom 27.09.1978 die „**Regionalkonferenz Ruhr**“ an, die 1979 in Castrop-Rauxel stattfand. Die dabei beschlossenen Maßnahmen hatten ein Finanzvolumen von 6,4 Milliarden DM.

Das für die räumliche Entwicklung bedeutsamste neue Instrument war der „**Grundstücksfonds Ruhr**“, der für den Zeitraum 1980 bis 1984 ff. mit 500 Millionen DM ausgestattet wurde. Um den Grundstücksmarkt im „Revier“ in Bewegung zu bringen, die ärgsten Grundstücksengpässe in Einzelfällen zu beseitigen und die groben Fälle zerstörter Landschaft zu bereinigen, sollten Brachflächen erworben werden, die von den Gemeinden städtebaulich sinnvoll genutzt werden konnten. Der Grundstücksfonds legte in der Agglomeration Ruhr den Grundstein für eine aktive Flächenentwicklung im folgenden Jahrzehnt.

Auf den Ergebnissen der Ruhrgebietskonferenz basierte so die Stadterneuerungspolitik des Landes NRW zwischen 1980 und 1990. Institutionell war die Einrichtung eines **Ministeriums für Landes- und Stadtentwicklung für die Legislaturperiode 1980 bis 1985, und dann für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr für die Legislaturperiode 1985 bis 1990 eine Innovation**. Es begann die Politik der „Erhaltenden Stadterneuerung“. Ganz zu Beginn im Juli 1980 wurden als „Stadterneuerung in der Industrielandschaft“ vier Leitgedanken formuliert:

- Grün in die Stadt!
- Mehr Raum für Fußgänger!
- Spielraum für Kinder!
- Stadterneuerung: lieber kleiner als zu groß!

**Diese Leitgedanken betonten die soziale wie ökologische Dimension räumlicher Entwicklung. Sie setzten sich mit dem Begriff der „Industrielandschaft“ über die grundsätzliche Trennung von Stadt und Land hinweg. Sie distanzieren sich von eingriffsextrinsiven, nicht revidierbaren Maßnahmen, denn viele Städte hatten erfahren, dass die Flächensanierungen der 60er-Jahre Probleme gebracht haben, manchmal mehr, als sie lösen konnten. Deshalb waren Städte zu einer „Stadterneuerung in kleinen Schritten“ übergegangen. Praktisch bedeutete das zweierlei: Erstens wurden die Flächen kleiner, in denen man Sanierungsmaßnahmen nach dem Städtebaufinanzierungsgesetz durchführte. Zweitens wurden – ohne das Instrumentarium des Städtebauförderungsgesetzes – punktuelle Maß-**

nahmen zur Stadterneuerung in kleinen Schritten, zum Beispiel Wohnumfeldverbesserungen, angestrebt. Dadurch wurden innenstadtnahe Wohngebiete wieder eher zu Gefragten. Im praktischen Vollzug bedeutete diese Stadtentwicklungspolitik die Beendigung von Flächenanierungen und Betriebsverlagerungen, kleinteiligen Maßnahmen im Wohnumfeld, Konzentration auf die Erneuerung von Stadtkernen.

Diese Politik war von einem hohen Anspruch auf Transparenz begleitet. Der Fortgang war in den jährlichen Einführungen in den Haushalt des Ministeriums nachzuvollziehen; sämtliche Fördermaßnahmen wurden jährlich veröffentlicht. Diese Konzeption war projektorientiert. Auch in den Städten der Montanindustrieagglomeration ließen sich konzeptionsgerechte Projekte fördern, allerdings war diese Grundorientierung hier schwieriger zu verwirklichen – wegen der Siedlungsstruktur und der damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Zersplitterung.

**Strategischer Ausweg wurde die Internationale Bauausstellung Emscher Park (IBA).** Sie fand von 1988 bis 1999 statt. Ihr räumlicher Rahmen war zunächst geografisch durch den Verlauf der Emscher und ihrer nördlichen wie südlichen Zuflüsse bestimmt: in Ost-West-Richtung von der Quelle in Holzwickede im Kreis Unna bis zur Mündung in Duisburg. In Nord-Süd-Richtung bezog sie auch die Emscher-Zuflüsse aus Hellwegstädten ein und damit den Norden dieser Städte, Stadtteile, die verglichen mit den auf das Ruhrtal orientierten Stadtteilen im Süden sozial und siedlungsstrukturell schwächer waren. Die IBA Emscher Park hatte zwei Aufgaben: als Erstes Orientierung zu geben für die Gestaltung der Agglomeration, nördlich und südlich der Emscher, sowie die siedlungsgestalterischen Konsequenzen aus der Verwischung der Grenzen zwischen Stadt und Landschaft zu ziehen. Das sollte dann als Zweites in Projekten konkretisiert werden. Im Memorandum für die IBA Emscher Park wurde die Strategie zur Erfüllung dieser Aufgaben in drei Punkten formuliert:

1. die Zukunft der gesellschaftlichen Entwicklung in der Auseinandersetzung mit künftigen technologischen Entwicklungen und einer fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung zu reflektieren. Dadurch soll auch ein Beitrag zur Transparenz dieses Prozesses entstehen.
2. den Stellenwert künftiger Infrastrukturansprüche herauszuarbeiten;
3. die Steuerungsfähigkeit von Stadt und Gemeinde in Bezug zu den Entscheidungen der Wirtschaft zu betrachten.

Die konkreten Leitprojekte waren mit

- (1) „dem Wiederaufbau der Landschaft – dem Emscher Landschaftspark“,
- (2) der „ökologischen Verbesserung des Emschersystems“ die Wieder-Naturierung der verstädterten Landschaft,
- (3) „Arbeiten im Park“,
- (4) „neuen Wohnformen und Wohnungen“ die Verbesserung der baulichen Leitidee der Stadt,
- (5) „Industrie-Denkmalern als Kulturgütern“ ein Beitrag zur Identitätsstiftung;
- (6) neuen Angeboten für „soziale, kulturelle und sportliche Tätigkeit“ als Belegung der kommunikativen Leitidee der Stadt beschrieben.

## 7. „Ruhrbanität“ – angekommen in der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft

Die IBA Emscher Park hat die notwendigen Möglichkeiten der Antworten der Agglomeration Ruhr auf die sektoral-technologischen Veränderungen aufgezeigt. Daten belegen sie: Die sektorale Beschäftigtenstruktur dokumentiert die Veränderung von einer Industrie-region in eine Dienstleistungsregion. In fast allen kreisfreien Städten der Agglomeration liegt der Dienstleistungsanteil inzwischen über dem Landesdurchschnitt von 75,8%, am höchsten in Essen mit 86,0%, gefolgt von Dortmund und Bochum mit 84,6 beziehungsweise 84,4%. Knapp darunter liegt nur Bottrop mit 74,9%. Und auch der Kreis Recklinghausen liegt mit 76,8% darüber, damit 7 Prozentpunkte über dem Durchschnitt aller Kreise des Landes NRW. Die Werte aller Städte und Kreise und den Vergleich mit Köln, Düsseldorf und Bonn zeigt diese tabellarische Übersicht.

TABELLE 8

### Arbeitnehmer in den Verwaltungsbezirken nach Wirtschaftsbereichen im Jahr 2015

Kreisfreie Stadt/Kreis	AN	LF/F	%	PG	%	DL	%
Duisburg	208,0	0,2	0,10	49,8	23,90	158,0	76,00
Essen	302,8	0,3	0,10	42,0	13,90	260,5	86,00
Mülheim an der Ruhr	73,9	0,2	0,30	19,2	26,00	54,5	73,70
Oberhausen	85,7	0,1	0,10	19,8	23,10	65,8	76,80
Wesel, Kreis	176,5	1,6	0,90	40,2	22,80	134,7	76,30
Bonn	218,2	0,2	0,10	14,0	6,40	204,0	93,50
Köln	667,9	0,3	0,00	87,5	13,10	580,0	86,80
Bottrop	43,0	0,4	0,90	10,4	24,20	32,2	74,90
Gelsenkirchen	104,0	0,1	0,10	20,3	19,50	83,6	80,40
Recklinghausen	219,4	1,2	0,50	49,6	22,60	168,6	76,80
Bochum	167,5	0,1	0,10	26,2	15,60	141,3	84,40
Dortmund	284,1	0,2	0,10	43,5	15,30	240,4	84,60
Hagen	89,8	0,1	0,10	21,6	24,10	68,1	75,80
Hamm	74,0	0,1	0,10	15,2	20,50	58,6	79,20
Herne	56,8	0	0,00	13,3	23,40	43,5	76,60
Ennepe-Ruhr-Kreis	131,2	0,3	0,20	43,9	33,50	86,9	66,20
Unna, Kreis	158,0	0,7	0,40	38,9	24,60	118,4	74,90
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>8.337,7</b>	<b>49,5</b>	<b>0,60</b>	<b>1.964,9</b>	<b>23,60</b>	<b>6.323,4</b>	<b>75,80</b>
davon							
kreisfreie Städte	3.808,7	5,4	0,10	640,10	16,80	3.163,1	83,00
Kreise	4.529,1	44,1	1,00	1.324,70	29,20	3.160,3	69,80

AN: Arbeitnehmer insgesamt, LF/F: Land- und Forstwirtschaft/Fischerei, PG: Produzierendes Gewerbe  
DL: Dienstleistungsbereiche

Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ im Auftrag der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder: Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2015; Berechnungsstand: August 2016

Die Agglomeration Ruhr ist weiterhin von der generellen Wirtschaftsentwicklung in Deutschland beeinflusst. In der Finanzkrise 2008/09 zeigte sich die globale Abhängigkeit, die wegen der hohen Exportanteile vieler Unternehmen besonders stark ausgeprägt ist. Am innerhalb der EU privilegierten Aufschwung Deutschlands ist die Agglomeration beteiligt. Generell lässt sich seit 2010 – dem Jahr nach der Finanzkrise – eine Verbesserung der regionalen Wirtschaftskraft feststellen, wenngleich nicht in demselben Maße wie im Bundesdurchschnitt. Problematisch bleiben allerdings die vergleichsweise höhere Arbeitslosigkeit und die große Zahl der Sozialleistungsempfänger.

Die Bevölkerungszahl nahm zwar noch bis 2012 ab, seitdem steigt sie wieder: 2012 gab es 5,047 Millionen Einwohner, 2014 waren es 5,054 Millionen, 2015 dann 5,15 Millionen. Auch die Zahl der Erwerbstätigen ist gestiegen, auf 2,26 Millionen in 2014. Die Quote liegt damit bei 45%, das sind 3 Prozentpunkte höher als 1965.

Nach Ende der IBA Emscher Park begannen die im Landtag vertretenen Parteien und die Landesregierung mit **Überlegungen zur Stärkung des KVR**. Im Jahr 2001 sprach sich die SPD für eine „aktive Ruhr-Region“ aus, zu der die Novellierung des KVR-Gesetzes mit mehr Planungskompetenz gehören sollte. Die CDU brachte 2002 ein „Gesetz zur Erweiterung der Kompetenzen und zur Demokratisierung des Kommunalverbands Ruhrgebiet“ ein; zu den Aufgaben sollte die Gebietsentwicklungsplanung gehören (Quelle: Landtagsdrucksache 13/2267). Am 11.02.2003 brachten SPD und Bündnis 90/Die Grünen das „Gesetz zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen“ ein (Quelle: Landtagsdrucksache 13/3538), das am 29.01.2004 verabschiedet wurde. Der KVR bekam den Namen „Regionalverband Ruhr“ (RVR). Die Aufgabe des Begriffs „Ruhrgebiet“ signalisierte dabei einen notwendigen Bewusstseinswandel. Planungsrechtlich ermöglichte das neue Gesetz den Kommunen in der Agglomeration die Aufstellung eines rechtsverbindlichen **Regionalen Flächennutzungsplans (RFNP) gemäß § 9 Raumordnungsgesetz** mit einer fünfjährigen Experimentierklausel. Die Städte Bochum, Bottrop, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Oberhausen machten davon Gebrauch und beschlossen einen solchen Regionalen Flächennutzungsplan. Dem **RVR wurde das Planungsinstrument der „Masterpläne“ ermöglicht**, ihre Legaldefinition in § 6 lautet: „Der Verband erstellt und aktualisiert in enger Kooperation mit den Städten und Kreisen des Verbandsgebiets und unter Berücksichtigung der Belange der angrenzenden Gemeinden (Umlandbeziehungen) Planungs- und Entwicklungskonzepte für das Verbandsgebiet (Masterpläne), die als Ziele der Regionalentwicklung des Verbandsgebietes bei der Aufstellung der Bauleitpläne der Mitglieder des Verbandes und für das Verbandsgebiet bei der Erarbeitung und Aufstellung der Gebietsentwicklungspläne sowie bei der Aufstellung von regionalen Flächennutzungsplänen nach § 10a Landesplanungsgesetz in der Abwägung zu berücksichtigen sind.“

Der „Neue“ Regionalverband konstituierte sich am 20.9.2004. Bei den Landtagswahlen am 22.05.2005 ging die 39-jährige Periode SPD-geführter Landesregierungen zu Ende. Es kam zu einer CDU/FDP-Koalition. Sie änderte bald das Gesetz zum RVR und übertrug ihm die **Aufgabe der Regionalplanung**. Regionalplanungsbehörde ist nach § 4 der Geschäftsführer des RVR, Regionaler Planungsträger nach § 6 die Verbandsversammlung. Diese Bestimmung trat am 21.10.2009 in Kraft. Zur Umsetzung dieser Planungskompetenz fasste der RVR zunächst die das Verbandsgebiet betreffenden Gebietsentwicklungspläne der drei bisher zuständigen Regierungsbezirke zusammen und machte sie mit dem Regionalen Flächennutzungsplan der „Städteregion Ruhr“ vereinbar. Es folgte der Aufstellungsbeschluss für einen einheitlichen „Regionalplan Ruhr“ durch die RVR-Verbandsversammlung.

Nach einem erneuten Regierungswechsel novellierte die SPD/Grüne-Koalition 2015 das RVR-Gesetz. Die Aufgaben des Kommunalverbandes wurden vermehrt, **ab 2020 wird die Verbandsversammlung, sie kann als Ruhr-Parlament bezeichnet werden, direkt gewählt**. Mit der IBA Emscher Park waren Konzepte für die planvolle Entwicklung der Metropole

Ruhr und die Integration ihrer Kommunen entstanden. Ihr wichtigstes Erbe sind die theoretischen Grundlagen kulturlandschaftlicher Entwicklung, die Thomas Sieverts mit der „Zwischenstadt“ formuliert hat (Thomas Sieverts: Zwischenstadt. Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land; Braunschweig 1997).

Sieverts betont explizit, dass „ohne (...) die Erfahrung als einer der Direktoren der Internationalen Bauausstellung Emscher Park im Ruhrgebiet (...) die ‚Arbeit‘ an der Zwischenstadt nicht entstehen können“. Das mache die „Zwischenstadt“ zu so etwas wie dem analytisch-theoretischen Rüstzeug für die kulturlandschaftliche Entwicklung der Agglomeration Ruhr. Sieverts begreift den stadtreionalen Raum, den die IBA gestaltet hat, als „ein weit gefasstes Feld metropolitaner Kultur“. Auf dieses Feld müssten sich neue Formen der räumlichen Planung beziehen, „die nicht mehr auf Wachstum angelegt sind, sondern auf Kreislaufwirtschaft und innere Qualifikation in Form stetiger innerer Transformation.“

Die Konzepte und Projekte der IBA und die theoretischen Überlegungen Sieverts konnten in der Agglomeration Ruhr in der Folge durch unterschiedliche Ansätze in Wirklichkeit verwandelt werden.

So begann der Regionalverband Ruhr auf der rechtlichen Grundlage des RVR-Gesetzes von 2009 mit der Erarbeitung von **Masterplänen**.

Bis Ende 2009 lagen jeweils die überarbeitete Fassung eines Entwurfs des „Masterplans Raum- und Siedlungsstruktur nördliches Verbandsgebiet“ und eines Entwurfs des „Masterplans Raum- und Siedlungsstruktur mittleres und südliches Verbandsgebiet“ vor.

Gleichzeitig wurden von Kommunen der Agglomeration informelle räumliche Planungen erarbeitet. Acht kreisfreie Städte im Kern der Agglomeration legten einen „Masterplan Ruhr“ als planerisches Konzept für den gesamten Agglomerationsraum vor. Vorausgegangen war diesem Masterplan die Bildung eines Forschungsverbunds „Städteregion Ruhr 2030“ im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung 2001 initiierten Ideenwettbewerbs „Stadt 2030“. Das Ergebnis wurde von Benjamin Davy als „Die Neunte Stadt. Wilde Grenzen und Städteregion Ruhr 2013“ veröffentlicht. Der Masterplan wurde inzwischen fortgeschrieben und alle elf kreisfreien Städte beteiligten sich.

Auf Teilräume bezogen wurden Masterpläne für das Emschertal im Norden und das Ruhrtal im Süden der Metropole Ruhr erarbeitet.

Für das Emschertal gibt es zwei Masterpläne:

Der „**Masterplan Emscher Landschaftspark 2010**“ basiert auf dem Leitprojekt 1 der IBA, dem Emscher Landschaftspark. Bereits 2002 begann die landeseigene Projekt Ruhr GmbH mit der Erarbeitung des Plans und legte im April 2004 einen Entwurf vor. Der „Masterplan Emscher Landschaftspark 2010“ sichert Freiräume für über zweieinhalb Millionen Bürger, ist 436 Quadratkilometer groß und soll „Tragfläche und Nährboden für Dienstleistung und Gewerbe“ sein. 70 % der Fläche werden privatwirtschaftlich genutzt. Alle betroffenen Kommunen haben sich zu dem Entwurf positiv geäußert, sodass die Landesregierung dem Plan zustimmen konnte. Seine Umsetzung wurde zwischen 2006 und 2009 von einem Forschungs- und Entwicklungsvorhaben begleitet, der Emscher Landschaftspark wird als Pilotprojekt für regionale Parkpflegewerke angesehen.

Der „**Masterplan Zukunft. Das Neue Emschertal**“ wurde von der Emschergenossenschaft erarbeitet. Seine Aufgabe ist die Planung des Emscher-Umbaus von einer stinkenden oberirdischen Kloake zu einem Fluss und einem unterirdischen Abwasserkanal. Das im Masterplan errechnete Investitionsvolumen bis 2020 sollte rund 6 Milliarden € betragen. In den Blick der Öffentlichkeit gerät auf diese Weise die „Emscherinsel“, die zwischen Emscher und Rhein-Herne-Kanal auf 35 Kilometer Länge und zwischen 30 und 2.000 Meter Breite entstanden ist. Die kulturlandschaftliche Gestaltung der Emscherinsel und des Emschertals ist wohl das größte europäische Projekt der Rückgewinnung von öffentlichem Raum. Darin liegt eine außerordentliche Herausforderung, die technologische, ökologische und städtebauliche Dimensionen verbindet.

Für das **Ruhrtal** wurde ein „Rahmenkonzept für die städtebauliche Entwicklung an der Ruhr“ erarbeitet. Es geht auf eine gemeinschaftliche Initiative der Städte Bochum, Hagen, Hattingen, Herdecke, Wetter (Ruhr), Witten, des Ennepe-Ruhr-Kreises und des RVR zurück. Dortmund, Essen, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen haben sich später angeschlossen. Die Bemühungen dieser Kommunen, eine Regionale des Landes in das Ruhrtal zu bekommen, scheiterten 2007.

Der Blick auf die Vielfalt dieser räumlichen Planungen zeigt die konzeptionellen Fortschritte bei der Gestaltung der **metropolitanen Kulturlandschaft**.

Über die informelle gemeinsame räumliche Planung hinaus geht das „Konzept Ruhr. Gemeinsame Strategie der Städte und Kreise zur nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung in der Metropole Ruhr“, das die Wirtschaftsförderung metropol Ruhr GmbH im Jahr 2007 in Zusammenarbeit mit einem interkommunalen Arbeitskreis erstmals vorgelegt und dann fortentwickelt hat. Es hat in einem räumlichen Rahmen Projektplanung zum Inhalt. Damit und in ihren kartografischen Darstellungen schließt das Konzept an das „Entwicklungsprogramm Ruhr“ frappierend deutlich an. Anlass für dieses Konzept ist das operationelle Programm „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung 2007–2013 (EFRE)“ der Europäischen Union, das in seiner Prioritätsachse 3 die Förderung von „Maßnahmen der nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung“ vorsieht. Als seine Fundamente bezeichnet das Konzept mehrere teilräumliche regionale Entwicklungskonzepte sowie die zuvor aufgezeigten Masterpläne.

Als Leitbild werden drei Bereiche genannt:

1. **ruhrbasics**: Die strategischen Entwicklungsräume, bestehend aus
  - *ruhrlines*: Die Achsen der Metropole Ruhr sind die Emscher, in Folge der IBA, die A 40 dem Hellweg folgend, die Ruhrtal-Initiative und die Lippe. Bemerkenswert bleibt das Fehlen der Nord-Süd-Linien mit Ausnahme der Autobahn Essen-Gladbeck A 52. Allerdings gibt es den „Grünzug E von der Emscher an die Ruhr“ sowie die Transferräume der Stadt Dortmund.
  - *ruhrcities*: Zentren und Stadtteile mit der Entwicklung hochwertiger Gewerbe- und Industriestandorte als Rahmenbedingungen für private Investitionen in Zentren und Stadtteile
  - *ruhrexcellence*: Beispiele hochwertiger Standortentwicklung sind das Centro in Oberhausen, das Phoenix-Gelände in Dortmund, Ruhrbania in Mülheim, der Arena Park in Gelsenkirchen.
2. **ruhrinvest**: wachsendes Privat-Engagement, deutlich in der Hauptverwaltung thyssenkrupp in Essen
3. **ruhrvents**: Großereignisse als Etappen des Wandels

Im Jahr 2013 erfolgte die Weiterentwicklung des Konzepts Ruhr hin zu einem strategischen Konzept mit der Überschrift „Stadt – KLIMA - Bildung“. Auf dieser Basis entstanden schrittweise konkrete regionale Projekte wie der „Bildungsbericht Ruhr“ (Stiftung Mercator, RVR, TU Dortmund), das Gewerbliche Flächenmanagement Ruhr (Städte, Kreise, Business Metropole Ruhr GmbH) und die „Vereinbarung zur Neunutzung bedeutender Bergbauflächen“ (Land, Städte, RVR, RAG-Konzern).

Seit 1985 verleiht die EU jährlich den Titel „**Kulturhauptstadt Europas**“. Im November 2006 fiel die Entscheidung für „**Essen und das Ruhrgebiet**“ als Kulturhauptstadt 2010. Zuvor hatte es innerhalb von Ruhr einen Wettbewerb mit Bochum gegeben. Nach einer Telefonaktion der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung im Februar 2004, die mit 36.678 Anrufen für Essen gegenüber 36.333 für Bochum endete, entschied die Verbandsversammlung des damaligen KVR ebenfalls knapp für Essen. Danach setzte sich „Essen und das Ruhrgebiet“ in NRW gegen Köln und Münster durch, schließlich in der Bundesrepublik Deutschland gegen

neun Mitbewerber. Seit der Entscheidung firmierte die Kulturhauptstadt als „Ruhr 2010“ und trug damit zur zukunftsorientierten Integration der Agglomeration bei.

Ruhr 2010 sollte materielle Kulturleistungen wie ideelle und symbolische Kultur und damit ihre sozial-kommunikative Dimension präsentieren. Für Identitätsstiftung und Außenimage ist diese sozial-kommunikative Dimension von primärer Bedeutung. Mit baukulturellen und künstlerischen Arbeiten weckte die Kulturhauptstadt Neugierde, indem sie die Bedeutung der Orte veränderte, sie neu erfand oder umwidmete. Die Verbindung von bildender Kunst und Stadtplanung, Landschaftsgestaltung und Architektur schuf überraschende Bilder. Künstlerische Interventionen griffen in urbane Strukturen und Landschaftsräume ein, die durch die Industriegeschichte geprägt sind.

Ruhr 2010 trug zur Realisierung der metropolitanen urbanen Landschaft bei, als die sich die Agglomeration Ruhr immer mehr verstehen kann. Ihre Zukunft kann nicht die verklärte Europäische Stadt allein sein, aber ihre Zukunft sollte den gleichen Ansprüchen an Lebensqualität und Lebenschancen genügen, denen die Europäische Stadt zu genügen verspricht.

Seit 2010 sind mehrere Projekte in Vorbereitung oder bereits in der Realisierung, die den Weg in die metropolitane Kulturlandschaft weitergehen. Das sind zum Beispiel Innovation City in Bottrop, die Landesgartenschau 2020 in Kamp-Lintfort, das integrierte Handlungskonzept Emscherland 2020 in den Städten Castrop-Rauxel, Herne, Herten und Recklinghausen, die „Grüne Hauptstadt Europas Essen 2017“ und insbesondere das Projekt der Internationalen Gartenschau (IGA) in der gesamten Metropole Ruhr 2027.

Ebenso wie die IBA Emscher Park, der Umbau des Emschersystems oder die Kulturhauptstadt 2010 stehen auch viele der nun in Vorbereitung befindlichen Projekte sinnbildlich für die intensive Zusammenarbeit von Kommunen, RVR und privatwirtschaftlichen sowie bürgerschaftlichen Akteuren.

Die fortschreitenden räumlichen Transformationsprozesse in der Agglomeration Ruhr können auf den Begriff der „Ruhrbanität“ gebracht werden, der von Christa Reicher geprägt wurde. Ruhrbanität verbindet die siedlungsräumlichen und wirtschaftsgeschichtlichen Bedingungen des „Ruhrgebiets“ mit Urbanität. Es überlagern sich dabei geografische, agglomerationsräumliche und funktionale Strukturen mit den kleinteiligen Besonderheiten städtischer Siedlungen. In den großen Städten Europas ist Urbanität verbunden mit ihren Dienstleistungsfunktionen, die sie seit der frühen Neuzeit erlangt haben. Ruhrbanität wirft die strategische Frage auf, ob Urbanität auch in einer städtischen Agglomeration möglich ist, die erst im 19. Jahrhundert im Zuge des bergtechnologischen Fortschritts auf einer Kohlenlagerstätte entstanden ist und entsprechende unorthodoxe räumliche und funktionale Merkmale trägt; allem voran die niedrige städtebauliche und funktionale Dichte, ubiquitär zerstreute Siedlungseinheiten und kein dominanter Kern. In diesem Siedlungssystem sind ökonomische wie soziale und infrastrukturelle Herausforderungen zu lösen, die auch in anderen Agglomerationen von grundlegender Bedeutung sind.

Die räumliche Struktur der Agglomeration Ruhr lässt sich als ein System von Adern und Knoten bezeichnen. Ihrer zentralen Lage in Europa entsprechend sind ihre Adern, belegt durch große Straßen und Schienenwege mit vielfältigen Verknüpfungen, in das überregionale Verkehrssystem integriert; sie bilden in ihrer komplexen Form einen mehrfachen Knoten wichtiger internationaler Verkehrswege. Die innere Struktur dieses Knotens ist wenig hierarchisch und nicht auf einen oder mehrere dominierende Kerne oder auf ein zentrales Siedlungsband ausgerichtet. Die innere Knotenstruktur entspricht der polyzentrischen Verteilung der Arbeitsorte im Dienstleistungs und Produktionsbereich sowie der Freizeitorte.

Die größte dieser Adern ist das Siedlungsband des historischen Hellwegs mit seinen dominanten und höher verdichteten Stadtzentren. Sie sind dabei zwar herausragende Standorte, die metropolitane Funktionen aufnehmen können, zusammen sind sie dennoch kein flächenhaft hochverdichteter Stadtraum. Vielmehr sind sie kettenartig verknüpfte städtische Räume. Sie sind einbezogen in ein Netz aus kaum weniger verdichteten Nord-Süd-Adern und parallel laufenden weiteren Siedlungsbändern mit unterschiedlichen Stadtteilzentren, mit denen sie verbunden sind und ohne die sie nicht metropolitane Funktionsfähige wären. Die Erlangung dieser metropolitane Funktionen kann die Zentralitäten in der Agglomeration verändern.

Die urbane Kulturlandschaft Ruhr besteht nicht aus einem oder wenigen großen kompakten Stadtkörpern, sondern aus Hunderten von unterschiedlich großen Städten, Stadtteilen und Quartieren, die überwiegend räumlich voneinander getrennt sind und keine zusammenhängende überbaute Fläche bilden. Die großen Städte, aber auch viele mittelgroße Kommunen sind nach wie vor durch den technologisch-ökonomischen und demografischen Wandel mit erhöhtem Handlungsbedarf konfrontiert.

Unterschiedlichste Maßnahmen sind erforderlich, bei denen die bestehenden kleinteiligen baulich-räumlichen Strukturen in ihren Besonderheiten berücksichtigt und die traditionellen Adern und Quartiere qualifiziert und in einem schrittweisen Prozess weiterentwickelt werden. Das kann zu einer weiter polyzentrischen, jetzt aber auch stadtlandschaftlich attraktiven und dabei energieeffizienteren Wissensmetropole führen.

### Metropolitane Funktionen

Die Agglomeration Ruhr kann metropolitane Funktionen aufnehmen. Raumordnerischer Rahmen dafür ist, dass seit den 1990er-Jahren durch Beschluss der Ministerkonferenz für Raumordnung elf europäische Metropolregionen eine Gebietskategorie räumlicher Entwicklung mit metropolitane Funktionen sind, die zumindest europaweit ausstrahlen. Zu ihnen zählt die Metropolregion Rhein-Ruhr. Danach hat Ruhr metropolitane Funktionen. Streitig ist, ob sie diese Funktionen als kommunal eigenständiger Raum hat oder als Teil der größeren Metropolregion Rhein-Ruhr, zu der auch Köln und Düsseldorf gehören. Ob Ruhr eine eigenständige Metropole werden kann, ja, ob sie das sollte, wird widersprüchlich kommuniziert. Dabei führt es in die Irre, wenn die metropolitane Funktionen nicht definiert werden.

Diese Funktionen sind zumeist beschrieben als Innovationsfunktion, Führungsfunktion, Gatewayfunktion, Symbolfunktion (siehe dazu: Blotvogel, Hans Heinrich: Metropolregionen, in Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover 2005, S. 831–841). In der Agglomeration Ruhr qualifiziert die **Innovationsfunktion** den Wirtschaftsstandort technologisch, Grundlage ist die Wissensmetropole. Die seit den 1960er-Jahren gegründeten Hochschulen waren die Voraussetzung für die technologisch-ökonomischen Veränderungen. Bereits überwunden wurde dabei die Abhängigkeit von wenigen großen Unternehmen. Die **Gatewayfunktion** qualifiziert die Infrastruktur für Verbindungen in und aus der Metropole – Straßen, mit dem dichtesten Fernstraßennetz Europas, Bahnverbindungen, Flughäfen in Düsseldorf, an Duisburg grenzend und in Dortmund. Gatewayfunktion haben Messestandorte in Dortmund und Essen. Allerdings haben sie bislang eine eher regionale als globale Bedeutung. Die **Symbolfunktion** besteht in der Ausprägung der industriellen Kulturlandschaft und in den Standorten der Route der Industriekultur, insbesondere des UNESCO-Weltkulturerbes Zollverein. Zu ihrer Stärkung gehören die Bemühungen um eine ähnliche Anerkennung der industriellen Kulturlandschaft als Welterbe-Region. Die Agglomeration Ruhr besitzt keine **Führungsfunktion** im politischen Bereich; das ist das bedeutsamste Defizit. Im Unternehmensbereich ist diese mit Konzernleitungen vorhanden.

Bemühungen um eine Metropole erfordern eine Verstärkung der Strategie, die zu einer ruhrbanen Kulturlandschaft mit polyzentraler Ausprägung führt. Dabei muss die Polyzentralität nicht als abträgliche Besonderheit, sondern als Normalfall großer städtischer Agglomerationen gesehen werden, für die eine nachhaltige Entwicklung mit kurzen Wegen zwischen den verschiedenen Funktionen bei entsprechender Nahverkehrsstrategie beste Voraussetzungen hat. Die Vernetzung von Forschung und Wissenschaft innerhalb der Agglomeration Ruhr ist zu fördern, damit verstärkt Synergieeffekte entstehen können. Erfolgreich wird die Agglomeration Ruhr vor allem sein, wenn sie sich selbstständig am deutschen und europäischen Wettbewerb um metropolitane Funktionen beteiligt. (Siehe zu „Ruhrbanität“ und zu „Metropolitanen Funktionen“: Polivka, Jan/ Reicher, Christa/ Zöpel, Christoph: Raumstrategien Ruhr 2035+. Konzepte zur Entwicklung der Agglomeration Ruhr, Dortmund 2017)

## TEIL II SELBST- UND FREMDEINSCHÄTZUNG VON RUHR – KOMMUNIKATIONEN ÜBER DAS „RUHRGEBIET“ UND SEINE STÄDTE

Zu den Herausforderungen der Agglomeration Ruhr gehört der Umgang mit Urteilen über sie. Diese Urteile sind erkennbar in Meinungsumfragen, Vergleichen mit anderen Regionen – vor allem in generellen Rankings oder in solchen zu speziellen Zusammenhängen – sowie in der Berichterstattung regionaler und überregionaler Medien.

Kontext der Bewertung dieser Daten ist ein Verständnis von raumbezogener Kommunikation, **räumlicher kultureller Identität** und **räumlicher Imagebildung** (zu „Image und Identität einer Region“ siehe Fleiß, Daniela: Auf dem Weg zum „starken Stück Deutschland“. Image- und Identitätsbildung im Ruhrgebiet in Zeiten von Kohlen- und Stahlkrise, Duisburg 2010). Dieser Kontext wird der analysierenden Wiedergabe von Meinungsumfragen und Rankings vorangestellt. Abschließend werden Bemühungen und Möglichkeiten aufgezeigt, wie die Urteile über die Agglomeration Ruhr wirklichkeitsgerechter werden können.

### 1. Was über das „Ruhrgebiet“ gesprochen wird, bestimmt sein Image

„Ruhrgebiet“ ist das, was darüber gesprochen wird. Das gilt allerdings generell, auch Berlin, Hamburg, München oder Köln sind das, was über diese Städte gesprochen wird – übrigens über Berlin zumeist problembezogen, über München durchgängig positiv. Grundlegende Charakteristika des „Ruhrgebiets“ im aktuellen Sprachgebrauch sind zu Recht seine, wenn auch überholte, montanindustrielle Prägung und weniger zu Recht seine kommunale Zersplitterung – der Regionalverband Ruhr (RVR) ist zumindest außerhalb kaum bekannt. Ein solcher Sprachgebrauch reicht vom Stammtisch über die scheue Kommunikation von Einwohnern des „Ruhrgebiets“ in der Fremde bis zu Reiseführern und wissenschaftlichen Analysen. Und seit Jahrzehnten führt das zu der medialen Feststellung: „Der Ruhrpott leidet unter miesem Image.“ Aber das Image muss nicht der Identität entsprechen.

### 2. Kulturräume als Bezug für Identität und Image

Ein Kulturraum, und so auch der Kulturraum „Ruhrgebiet“, lässt sich kulturtheoretisch begreifen als „(...) eine räumliche Einheit, die aufgrund ihrer eigenständigen historischen Entwicklung bezüglich der Ausprägung ihrer materiellen und geistigen Kultur ein nach außen abgrenzbares Individuum darstellt.“<sup>4</sup> Die Agglomeration Ruhr ist demnach das Verbreitungsgebiet ihrer als unterscheidbar angesehenen Kultur. Diese Kultur umfasst dabei vielfältige kulturelle Erscheinungen, **räumlich** die kulturelle Landschaftsgestaltung und die Baukultur, **kommunikativ** die sprachlich und symbolisch artikulierten kulturellen Erscheinungsformen. Sie prägen als „Kulturraumformung“<sup>5</sup> unbewusst und bewusst nach **innen** die **Identifikation** und nach **außen** das **Image** – so auch von Ruhr. Das kann auch in manipulativer Gestaltung des mentalen Wahrnehmungsbildes geschehen – durch Medien, Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft. Kulturraumformung kann oder soll die Identifikation der Bevölkerung mit ihrem Siedlungsraum beziehungsweise ihrer Kulturlandschaft beschreiben oder, aus welchen Gründen immer, formen, verfestigen oder verformen. Was dabei im „Ruhrgebiet“ geschehen ist und noch immer geschieht, ist problematisch.<sup>6</sup>

4 Nach Leser, Hartmut (Hg.): Diercke-Wörterbuch Allgemeine Geographie, München 13. Aufl. 2005; S. 465, Stichworte „Kulturraum“ und „Kulturraumforschung“.

5 Siehe Joachimsthaler, Jürgen: Kulturraumformung durch Sprach- und Literaturpolitik, in: Orbis Linguarum Vol. 21 (2002), S. 109–115.

6 Zur Raumbildung als mentalem Prozess und zur damit verbundenen Identitätsbildung ist wegweisend das Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 39/2008 „Raumbildung als mentaler Prozess: Schwerindustrielle Ballungsregionen im Vergleich“; darin insbesondere: Tenfelde, Klaus: Raumbildung als ökonomischer, sozialer und mentaler Prozess, sowie Goch, Stefan: Die Selbstwahrnehmung des Ruhrgebiets in der Nachkriegszeit.

Kulturelle Wahrnehmung, die zur **Identifizierung** führen kann, erfordert die Unterscheidung von anderen Identitäten. Vor allem von außen wird bei der Suche nach kulturräumlichen, also regionalen Unterscheidungsmerkmalen der Agglomeration Ruhr Bezug genommen auf die montanindustrielle Prägung dieses Kulturraums, auf seine Kohle und seinen Stahl. Das erzeugt eine eigenartige, alleinstellungsrelevante Attraktivität, wenn es um die wirtschaftsgeschichtlich bedingte Landschaftsgestaltung, insbesondere Halden und Emsherverlauf, sowie um Industriebauten – Zechen und Kokereien, Hütten und Stahlwerke – geht.

Das führt zur Abwertung, wenn eine vorgebliche, mit der montanindustriellen Prägung verbundene mentale Resilienz betont wird. Diese basiert kulturräumtheoretisch auf der Unterscheidung von **kulturellen „Reliktgebieten“** und **kulturellen Innovationsräumen**. In einem Reliktgebiet werden überkommene Kulturphänomene über größere Zeiträume hinweg tradiert; in einem Innovationsraum hingegen konnten sich technische Errungenschaften sehr rasch durchsetzen und ausbreiten. Für das „Ruhrgebiet“, für die Agglomeration Ruhr, wird weitverbreitet festgestellt, es leide unter einer kulturräumlichen Identifikation, die es als ein solches Reliktgebiet erscheinen lässt, in der Außenwahrnehmung wie auch in der Selbstwahrnehmung seiner Bewohner.

### 3. Montanindustriell geprägte Identitäts- und Imagebestimmung bei zunehmender Wirklichkeitsveränderung

In Ruhr ist identitätsbezogene Kommunikation eine relativ späte Erscheinung. Die in das „Revier“ zugewanderten Arbeiter suchten kaum nach einer regionalen Identität, oft hielten sie noch länger an ihrer Herkunftsregion fest, so vor allem Polnischsprachige, die von „Einheimischen“ auch ausgegrenzt wurden.<sup>7</sup> Eher auf einzelne Städte der Agglomeration bezogene Identität war deshalb ein Anliegen der unterrepräsentierten Mittelschichten, zumeist akademisch ausgebildet für die entsprechenden Berufe des 19. Jahrhunderts. Damals gegründete Geschichts- und Bürgervereine existieren zahlreich bis heute.

Von außen war, und ist teilweise noch heute, die Wahrnehmung durchgängig negativ. Dies entsprach und entspricht allerdings der Bewertung industrieller Ballungen und großer Städte in Europa und den USA generell – von Charles Dickens literarisch über Heinrich Zille zeichnerisch zu Lewis Mumford<sup>8</sup> stadthistorisch. Elisabeth Lichtenberger fasst das stadtgesehichtlich so zusammen: „Es ist kein Zufall, dass in der geografischen Stadtforschung lange Zeit umstritten war, ob Industriesiedlungen zu den Städten gezählt werden dürfen.“<sup>9</sup> Dieser Beurteilung entsprachen auch Darstellungen in den 1950er-Jahren. Exemplarisch bekannt wurde das Buch von Heinrich Böll mit Fotografien von Chargesheimer „Im Ruhrgebiet“.<sup>10</sup> Text wie vor allem die Fotografien zeigten Quartiere und Landschaften, die von der Industrie dominiert wurden, wenig attraktive Siedlungen, schwerindustriegeprägte Lebenswelten. Vor allem von den kommunalpolitischen Repräsentanten der Region wurde das als Darstellung von Schattenseiten begriffen<sup>11</sup> – wiewohl das den stadträumlichen Realitäten, wie von Otl Aicher dargestellt – vergleiche Kapitel I.5 – durchaus entsprach.

Mit dem Bedeutungsverlust der Montanindustrie einerseits und der Gründung von Hochschulen andererseits hat sich in der Metropole Ruhr eine neue Identitäts- und Imagesuche entwickelt. Zunächst getragen von einzelnen Kommunen der Region, dann vom Siedlungs-

7 Dazu: Oenning, Ralf Karl: „Du da mitti polnischen Fragen ...“. Sozialisationserfahrungen von Polen im Ruhrgebiet 1918 bis 1939, Münster – New York 1991 (Waxmann Verlag).

8 Mumford, Lewis: Die Stadt. Geschichte und Ausblick, 3. Aufl. München 1984 (dtv), orig. 1961.

9 Lichtenberger, Elisabeth: Die Stadt. Von der Polis zur Metropolis, Darmstadt 2002 (Wissenschaftliche Buchgesellschaft); S. 41.

10 Böll, Heinrich/Chargesheimer: Im Ruhrgebiet, Frankfurt a. M. 1958.

11 Siehe Fleiß, S. 41 ff.

verband Ruhrkohlenbezirk (SVR), später auch von neuen bildungsorientierten Mittelschichten, die zunächst zum Studium, dann zu beruflicher Praxis nach Ruhr zogen.

Die Bemühungen von Kommunen und SVR seit 1968 stellen, aus der Sicht des SVR, Dietrich Springorum und wissenschaftlich beurteilend Daniela Fleiß dar. Springorum hatte erkannt, dass eine die positiven Aspekte betonende Werbung der einzelnen Städte kaum das Image des „Ruhrgebiets“ verbessern könnte. Daraus entwickelte er den Anspruch einer integrierenden Öffentlichkeitsarbeit des SVR. Thematisch ging er davon aus, dass allein das Zeichnen von Zukunftswunschbildern nicht erfolgreich sein würde, da eben die sichtbare Realität dem nicht entsprach. Stattdessen entwarf er eine Strategie, die die montanindustrielle Prägung nicht versteckte, sondern als in Veränderung begriffene industriell geprägte Realität zeigte.

Dieser Auffassungsgegensatz währte noch lange. Er schlug sich zwischen den Slogans von 1985 „Ein starkes Stück Deutschland“ – wirklichkeitswidrig – und von 1998 an mit „Der Pott kocht“, vergangenheitsakzeptierend-zukunftsbezogen, schlagwortisiert nieder.

In der Herausstellung der Industriekultur als offenkundig attraktivem Alleinstellungsmerkmal von Ruhr hat sich Springorums Ansatz durchgesetzt.

Unter diesen Voraussetzungen ist zu verstehen und zu werten, wie seit Ende der 1950er-Jahre Menschen, die öffentlich wahrgenommen werden, im „Ruhrgebiet“ über dessen Zukunft diskutieren – rückwärtsgewandt wie perspektivisch, allerdings oft mit problematischer Wirkung nach außen. Die sozialökonomischen Auslöser dieser Diskussionen sind bekannt, es waren die periodisch sich steigernden Rückgänge der Steinkohlenförderung, mit Streiks der Bergarbeiter und Zechenschließungen. Diese Auslöser gehörten zu den Folgen der kontinuierlichen **technologisch-ökonomischen Veränderungen**. Mit ihnen stieg das Sozialprodukt, wenn auch konjunkturell schwankend, in Europa und Deutschland weiter, auch im „Ruhrgebiet“, hier allerdings, wenn auch nicht durchgängig, langsamer.<sup>12</sup> Erst nach Jahren lassen sich diese technologischen und sozialökonomischen Veränderungen wissenschaftlich zutreffend erklären und – zeitlich noch versetzter – von den Betroffenen im „Ruhrgebiet“ verstehen, nämlich als epochale technologische Triebkraft

- von der Dampfmaschine, die von der Ermöglichung des Tiefenbergbaus zur Maximierung von **Produktionsprozessen und Anlagen** geführt hatte,
- hin zum Computer und zur Digitalisierung, die die **Minimalisierung** ermöglichen.

Diese technologische Entwicklung von der Industriewirtschaft zur wissensbasierten Dienstleistungswirtschaft, in Deutschland und Europa, ist eingebettet in globalwirtschaftliche Veränderungen. Industrielle Produktion ist in mehr und mehr Ländern und Regionen der Welt möglich geworden, angesichts der gravierenden Einkommensunterschiede zu außerhalb Westeuropas niedrigeren Löhnen.

Das alles vollzog sich in nur etwa 50 Jahren; im „Ruhrgebiet“ verbunden mit dem Verlust von rund 500.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen.

Alle Menschen im „Ruhrgebiet“, die Ende der 1950er-Jahre nicht älter als 30 waren, erleben es bis heute mit. Eine historisch unbekannte Lernleistung wurde ihnen abverlangt. Manche vermochten sie nicht zu leisten, sie hingen und hängen weiter mental am Bergbau oder der Stahlproduktion, auch weil ihnen nach der Frühverrentung nicht bildungsbezogen geholfen wurde. Später Geborene hatten und haben es einfacher. Intellektuelle und Sozialwissen-

<sup>12</sup> Siehe dazu: für die späten 1950er- bis Ende der 1970er-Jahre: Zöpel, Christoph (1980): Die Zukunft des Ruhrgebiets als politische Aufgabe, in: Koschnitzke, Rudolf/Pliég, Ernst-Albrecht: Ruhrgebiet heute, Bochum; fortgeschrieben bis Mitte der 1980er-Jahre; ders. (1988). Erneuerung der alten Industrieregion Ruhrgebiet, Bilanz, Perspektiven, Fragen, in: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) (1988): Innovationen in alten Industriegebieten, Dortmund.

schaftler suchen bei diesen sozialgeschichtlichen Veränderungen nach der Identität der Menschen in Ruhr.

Ältere konstatieren, dass es früher anders war, als sie noch „auf Zeche“ gingen oder „zu Krupp“. Manche Veränderungen verstehen oder verkraften sie nicht, ihre Kinder vielleicht doch. Früher durften nur die dort Arbeitenden auf das Werksgelände von Hoesch in Dortmund-Hörde, jetzt ist dort der Phoenix-See mit neuen Arbeitsplätzen und Wohnungen entstanden.

Die Älteren können Opfer einer Bildungsexklusion besonderer Art sein, Frührentner brauchten keine Weiterbildung, so schnitten sie Staat und Unternehmen und leider auch Gewerkschaften vom Strom des Wissens ab. Andere brauchen nicht mehr zu verstehen, was sich da verändert. Sie sind „weg vom Fenster“ – nicht jeder weiß, was dieser Satz bedeutet, nämlich, dass der Silikosekranke nicht mehr auf einem Kissen liegend aus dem Fenster gucken kann, weil die Krankheit ihn überholt hat. Früher war es gar nicht immer so gut im „Ruhrgebiet“.

An diese Montan-Nostalgie schloss sich 2015 mit der Schließung des Opel-Werks in Bochum ein Deindustrialisierungs-Alarmismus an, oft von außen. Das ließ so etwas wie „Opel-Nostalgie“ entstehen. Die Süddeutsche Zeitung vom 04.08.2015 schrieb in einer Unterüberschrift: „Das Werk war Heimat, Antrieb und Symbol des Arbeitertums.“ Das ist zwar nicht aus der Luft gegriffen, aber es entspricht eher früher entstandenen, der Montan-Nostalgie entsprechenden Klischees – in der Lebenswelt Bochums spielten „Opelner“ keine besondere Rolle. Wirtschaftlich-innovative Impulse nach Bochum hinein oder gar in die Agglomeration als Ganze gab Opel kaum, denn die leitenden Personen, die in Bochum tätig waren, hatten im General-Motors-Opel-Konzern kaum etwas zu sagen und blieben so weitgehend unbekannt; die Forschung des Konzerns fand in Bochum überhaupt nicht statt.

So zeigt die Suche nach der Ruhr-Identität ihre Widersprüche. Die Suche zurück verdrängt oft Zukunftsperspektiven. Wissenschaftler können das auch brutal formulieren. „Wie entstehen Innovationen in einem innovationsfeindlichen Milieu?“ fragen sie. „Wer hat das Milieu innovationsfeindlich gemacht?“, ist zurückzufragen.

#### 4. Image – fremdbestimmt und selbstbestimmt

Die kulturräumliche Identifikation als „Reliktgebiet“ hat das Imageproblem des „Ruhrgebiets“ entstehen lassen.

Image<sup>13</sup> ist „(...) das einem Raum zugeordnete Vorstellungsbild, das sich aus einer Summe aller Urteile und Vorurteile (...) ergibt. Das Image muss nicht mit den tatsächlichen Verhältnissen übereinstimmen.“ Zu unterscheiden sind so Selbstimage, der Identität nahe, und Fremdimage, „(...) das im Gegensatz zum Selbstimage von Außenstehenden entwickelt wird.“

Das Image auch von Ruhr entspricht seinem Ruf, einem Stimmungsbild, das Menschen subjektiv und affektiv von Ruhr haben, es reflektiert positive sowie negative Assoziationen, wobei Informationen oder Wahrnehmungen anderer, auch medial vermittelt, prägend sein können. Problematisch ist, dass es das Verhalten der Menschen in und gegenüber Ruhr beeinflusst.

Perspektivisch unterliegt das Image meist einer Dynamik und verändert sich. Dieser Prozess zeigt aber in Ruhr eine gewisse Hilflosigkeit bei der kommunikativen Vermittlung und der Überforderung der Betroffenen bei der Rezeption.

Und auch manche „Imagemacher“ des „Ruhrgebiets“ sind mitverantwortlich.<sup>14</sup> Es war richtig gemeint, als engagierte Öffentlichkeitsarbeiter, vor allem beim SVR und dann KVR, das schmutzige Image durch ironisierende Übertreibung ins Positive wenden wollten – sodass „der Pott kocht“. Aber es musste misslingen. Es gibt einfach Lebens- und Kommunikationsbereiche, die sich der Ironie verschließen. Dazu gehört besonders exemplarisch der Sport. Wenn über Schalke 04 oder Borussia Dortmund als den Mannschaften aus dem „Ruhrpott“ oder dem „Revier“ berichtet wird, dann „sehen“ immer noch Millionen Zuhörer und Fernsehzuschauer die Briketts fliegen. Das hat mit der ganz starken und problematischen Wirkung von Bildern zu tun.<sup>15</sup>

#### 5. Demoskopische Studien zum Fremd- und Selbstbild

Die Wirkung der Imagekommunikation mit fragwürdigen Bildern belegen **demoskopische Studien** mit sich nur langsam zeigenden Identifikations- und Imageveränderungen.

##### 5.1

In einer Image-Studie des KVR, die das touristische Image untersuchen sollte, im Jahr 2004<sup>16</sup>, also fünf Jahre nach Beendigung der IBA Emscher Park, nannten bundesweit als „freie Assoziationen“ beim Stichwort „Ruhrgebiet“

- 44 % Kohle/Stahl/Industrie – *in Ruhr selbst nur noch 24 %* –,
- 13 % Ballungsraum,
- 7 % Ruhrpott/Kohlenpott – *in Ruhr nur noch 1 %* –,
- 6 % positiver Wandel,
- 5 % hoher Grünanteil – *in Ruhr 16 %* –,
- 3 % Industriekultur,
- 3 % Fußball.

13 Nach Leser, Hartmut (Hg.): Diercke-Wörterbuch Allgemeine Geographie, München 13. Aufl. 2005; S. 372 bzw. 253, Stichworte „Image“ und „Fremdimage“.

14 Siehe dazu mit Rückblick auf die 1970er-Jahre: Springorum, Dietrich: Auf der Suche nach der zweiten Zukunft. Öffentlichkeitsarbeit für das Ruhrgebiet 1968–1978, Karlsruhe/Essen 1968 (Verlag Dieter Gitzel/ SVR).

15 Fleiß, Daniela: Auf dem Weg zum „starken Stück Deutschland“. Image- und Identitätsbildung im Ruhrgebiet in Zeiten von Kohle- und Stahlkrise, Duisburg 2010 (Universitätsverlag Rhein-Ruhr).

16 Bericht dazu in der Tageszeitung vom 23.07.2004.

Die Selbstwahrnehmung, das Selbstimage, hatte sich also schon vor 15 Jahren zur Wirklichkeit hin geändert – anders als die Außenwahrnehmung, das Fremdimage.

## 5.2

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) hat von Juni bis September 2010 nach Aspekten des „Selbstbildes“ der Einwohner des RVR-Gebiets und angrenzender Kommunen gefragt, im Zusammenhang zum von der RAG-Stiftung beauftragten Projektbericht „Den Wandel gestalten – Anreize für mehr Kooperation im Ruhrgebiet“.<sup>17</sup> Die Ergebnisse zeigen eine hohe „Verbundenheit mit Wohnort und Ruhrgebiet“ zu 65% beziehungsweise 64%, wobei die Unterschiede zwischen den Standorten im RVR-Gebiet und in den angrenzenden Standorten bemerkenswert sind. Hier sehen nur 22% eine hohe Verbundenheit zum „Ruhrgebiet“, die zum Wohnort entspricht dem Durchschnitt von über 60%.

Die Identitätsschaffung durch den gemeinsamen kommunalen Verband ist bemerkenswert. Interessante Unterschiede gibt es bei der Betonung positiver Aspekte, sie liegt bei 69% in Essen und nur etwa 50% in Hamm und Hagen; in den vier Kreisen des RVR liegt sie insgesamt deutlich über 50%.

Als positive Aspekte werden besonders die „Mentalität der Menschen“, die Kulturangebote, vielfältige Freizeitmöglichkeiten/Sportmöglichkeiten sowie die Kombination aus Stadt und Natur genannt; als negative vor allem die schlechte Verkehrsinfrastruktur und die Verstädterung („alles wird zubetoniert“). Diese Ergebnisse zeigen die Berechtigung einer städtischen Entwicklungsstrategie hin zu einer urbanen Kulturlandschaft.

Bemerkenswert ist, dass 2010 noch um die 50% der Befragten die Steinkohle für „einen entscheidenden Wirtschaftsfaktor für die Region“ hielten, gleichzeitig aber je nach Standort zwischen 34% und 58% der Feststellung zustimmten, dass die Region auf „das Auslaufen des subventionierten Steinkohlenbergbaus“ gut vorbereitet sei.

## 5.3

Einen besonderen Aspekt der Entwicklung von Ruhr beleuchtet die Frage nach seiner politischen Relevanz im Rahmen der strukturellen Entwicklungspolitik des Bundes. Forsa stellte im März 2014 für den Initiativkreis Ruhr fest:

21% der Befragten meinten, die Große Koalition berücksichtige Belange von Ruhr, fast 75% waren gegenteiliger Auffassung.

## 5.4

Zur Verdeutlichung von Veränderungen bei der Selbsteinschätzung trug auch eine repräsentative Forsa-Umfrage für den Initiativkreis Ruhr, der RuhrMeter vom Juli 2015<sup>18</sup>, bei. Insgesamt 1.001 Bürgerinnen und Bürger ab 18 Jahren im „Ruhrgebiet“ wurden befragt.

**Unter allen Befragten waren 66% der Ansicht, dass das „Ruhrgebiet“ für den beruflichen Nachwuchs als Arbeits- und Lebensraum im Vergleich zu anderen Regionen in Deutschland attraktiver (31%) oder ähnlich attraktiv (35%) ist. Rund 30% meinten, dass es weniger at-**

<sup>17</sup> Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung: Den Wandel gestalten – Anreize für mehr Kooperation im Ruhrgebiet“, Essen 2011.

<sup>18</sup> Repräsentative Forsa-Umfrage für den Initiativkreis Ruhr. Bericht dazu in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung vom 01.09.2015.

traktiv sei. Und insgesamt **60 % aller Befragten** meinten, die Chancen seien gut, 37 %, sie seien nicht so gut.

**Positiver war die Einschätzung durch Jüngere:**

- **77 % der 18- bis 29-Jährigen** sagten, das „Ruhrgebiet“ sei attraktiver (**44 %**) beziehungsweise ähnlich attraktiv (**33 %**).
- Lediglich **18 %** sagten, es sei weniger attraktiv.
- **70 % der 18- bis 29-Jährigen** sahen gute Chancen,
- **30 %**: nicht so gut.
- **76 % der Schüler und Studierenden** sahen gute Chancen für Schulabgänger und Studienabsolventen im „Ruhrgebiet“, einen Arbeitsplatz zu finden.

## 5.5

Auf **wirtschaftliche Führungskräfte** konzentriert sich die Imageanalyse Metropole Ruhr des RVR vom Juni 2016.<sup>19</sup>

Wesentlich ist, dass Unternehmen mit Sitz außerhalb der Metropole Ruhr wie mit Sitz hier die etwa gleiche Zufriedenheit mit dem derzeitigen Standort haben: 84,8 beziehungsweise 83,7 %.

Beim Imageprofil gibt es beim **Vergleich Selbstbild – Fremdbild** Unterschiede von mehr als 15 % zulasten von Ruhr bei den Merkmalen:

- „konservativ“ 20,4 zu 40,7
- „konkret“ 51,0 zu 33,3
- „dynamisch“ 65,3 zu 39,7
- „sympathisch“ 75,5 zu 56,4
- „zuverlässig“ 77,6 zu 51,5
- „zupackend“ 83,7 zu 59,3 – die vielleicht überraschendste Diskrepanz
- „vielfältig“ 85,7 zu 56,4 – hier liegt die höchste Diskrepanz
- „authentisch“ 87,8 zu 71,6

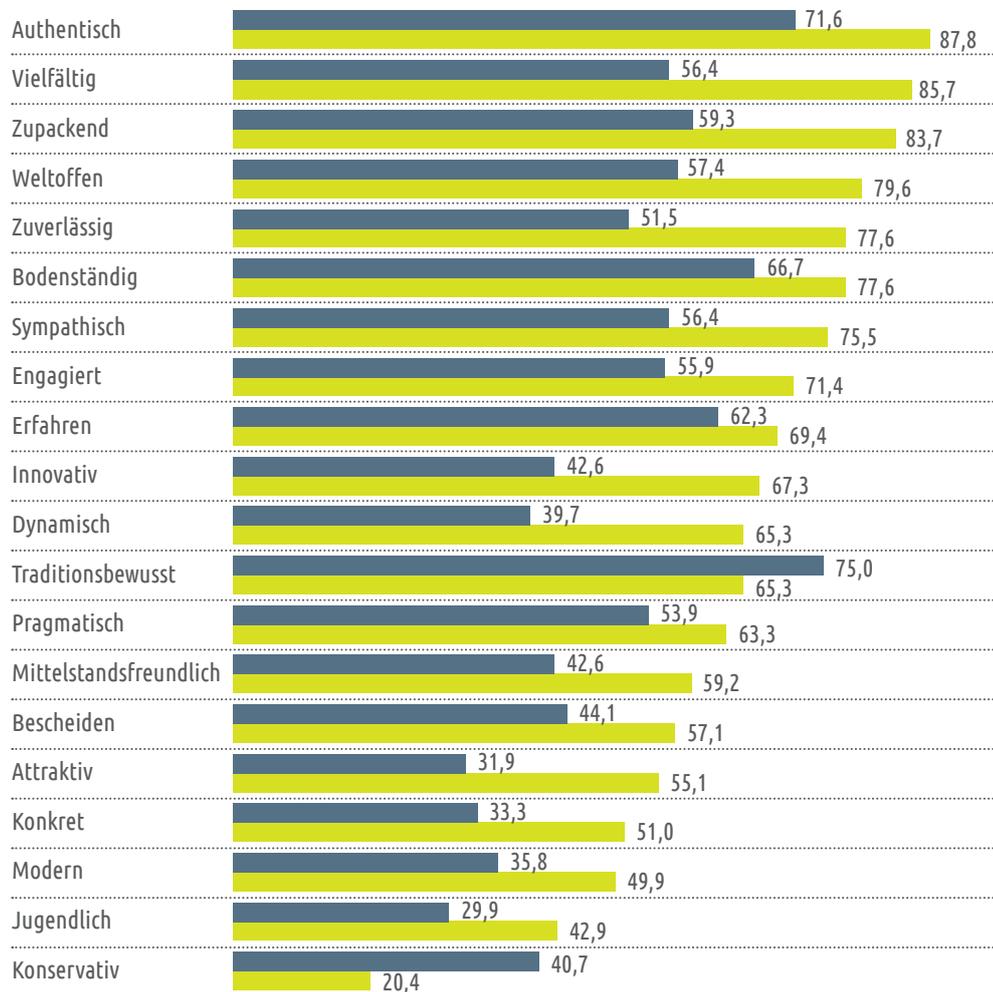
Das führt dazu, dass von den Befragten außerhalb der Region 48,5 % die Metropole Ruhr nicht für eine Unternehmensansiedlung interessant halten, in Ruhr sind das lediglich 4,1 %; Interesse haben 22,5 versus 71,4 %.

Die Zukunftsperspektive allerdings ist eher günstig, national erwarten 49 % eine positive Entwicklung, in Ruhr 57,1 %. Negativ sehen dies national nur 5,9 %, in Ruhr 4,1 %, **Selbstbild und Fremdbild** gleichen sich also bei der Zukunftserwartung positiv an.

<sup>19</sup> Imageanalyse Metropole Ruhr. Ergebnisse einer Führungsbefragung im Auftrag des Regionalverbandes Ruhr (RVR), Essen 07.06.2016.

GRAFIK 1

## Image der Metropole Ruhr aus Sicht von Unternehmen

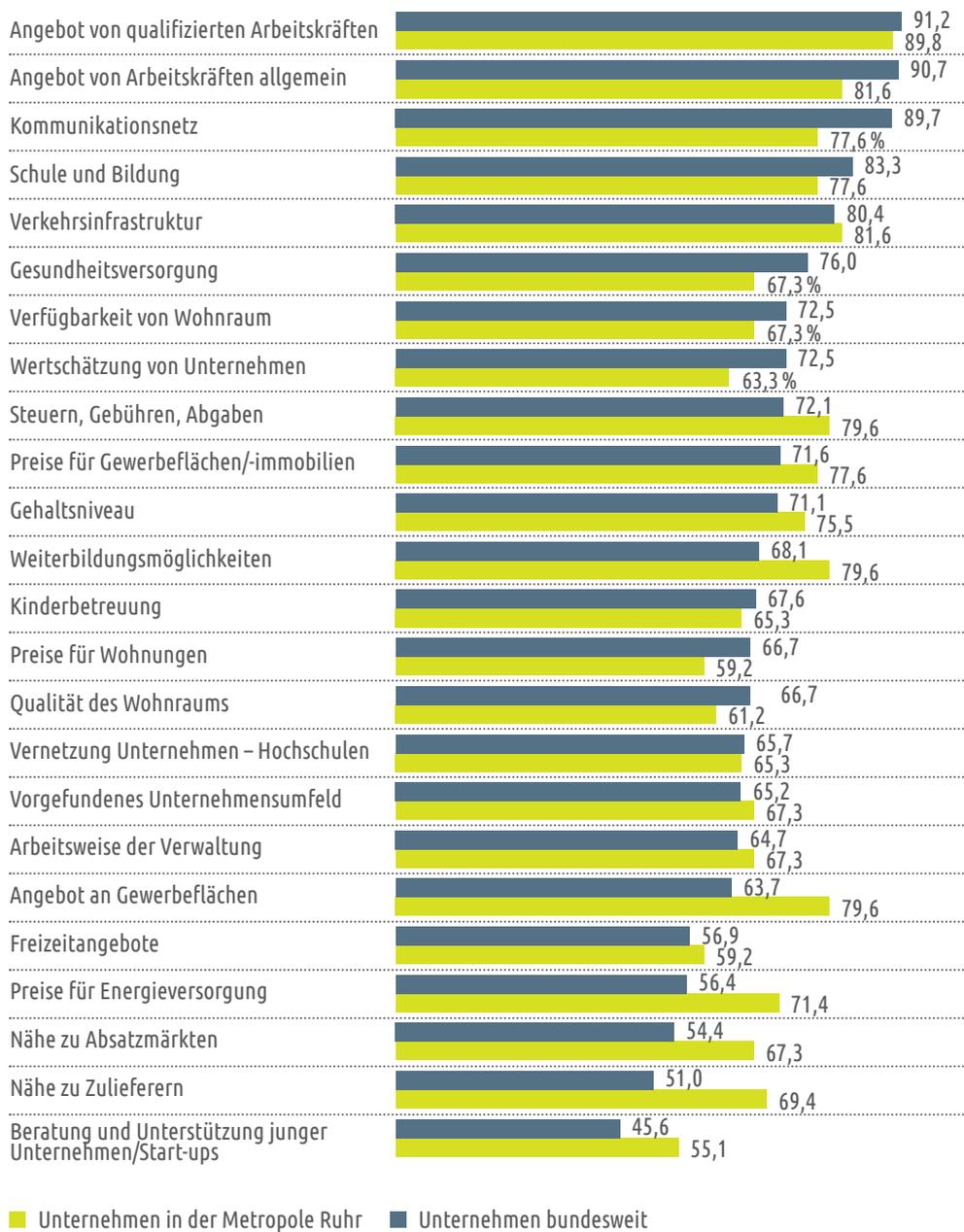


■ Unternehmen in der Metropole Ruhr ■ Unternehmen bundesweit

In %, Werte 1 und 2 einer 5er-Skala  
 Ergebnisse einer Führungskräftebefragung im Auftrag des Regionalverbands Ruhr  
 Stand: Mai 2016

GRAFIK 2: RELEVANZ VON STANDORTFAKTOREN FÜR UNTERNEHMEN IN DEUTSCHLAND

## Frage: Wie wichtig sind die Aspekte für die Standortentscheidung?



In %, Werte 1 und 2 einer 5er-Skala  
 Ergebnisse einer Führungskräftebefragung im Auftrag des Regionalverbands Ruhr  
 Stand: Mai 2016

## 5.6

Die jüngste allgemeine und repräsentative Umfrage zur Selbstbild-Einschätzung von Ruhr war die der „Global Young Faculty“ der Stiftung Mercator<sup>20</sup> im Juni/Juli 2014. Aufgabe war es, „(...) ein allgemeines Stimmungsbild über die Wahrnehmung des Wandels des Ruhrgebiets zu erhalten.“ Das führte zu drei Fragenbereichen: zur Einschätzung der aktuellen Situation, zur Wahrnehmung und Einschätzung von Veränderungen, zum Wissenschaftsstandort.

82 % gaben an, dass sie „gerne im Ruhrgebiet leben“. Diese Einstellung ist umso höher, je länger der Antwortende im „Ruhrgebiet“ lebt. Bei Jüngeren ist sie mit 87 % überdurchschnittlich. Etwa je zu einem Drittel fühlen sich die Befragten dabei dem „Ruhrgebiet“ als Ganzes, ihrer Stadt oder ihrem Stadtteil zugehörig.

66 % sahen Veränderungen zum Vorteil. Dies ist besonders bei Älteren der Fall, die die Entwicklung über längere Zeit hin verfolgt haben – die Lernleistung dieser Generationen wird erkennbar. Die Zukunftserwartungen sind etwas weniger positiv, aber immerhin bei 54 %. Als positive Veränderungen werden die Vergrößerung der Grünflächen und die Verbesserung der Umweltsituation gesehen, als negativ die Verkehrssituation und die Lage am Arbeitsmarkt. Damit zeigen sich die Wirkungen der nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik des Landes – mit der IBA Emscher Park als Leuchtturm – und der Kommunen. Die Verkehrspolitik hingegen wird weitgehend vom Bund finanziert – die kritische Einstellung zur Politik des Bundes für die Entwicklung von Ruhr hat hier einen Wirklichkeitsbezug.

Bemerkenswert ist, dass eine deutliche Mehrheit erkennt, dass die Hochschulen das Erscheinungsbild des „Ruhrgebiets“ prägen und sich das „Ruhrgebiet“ „vom Kohlenpott zum Wissenschaftsstandort entwickelt“. Das dadurch veränderte Image wird akzeptiert.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat Einfluss auf die Wahrnehmungen, vorteilhafte Veränderungen werden von Personen mit Monatseinkommen unter 1.000 € nur noch zu unter 50 % gesehen. Es fragt sich, ob die zumindest verbal auf Industriebeschäftigung ausgerichtete Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik nicht zu Fehlorientierungen dieser Betroffenen führt.

## 6. Rankings – Vergleiche mit anderen Ballungsräumen

Wertende Kommunikationen über Ruhr beruhen vor allem auf **Vergleichen** im Bezug zu sozialökonomischen oder ökologischen Verhältnissen in anderen Räumen über entsprechende „**Rankings**“ und daraus abgeleitete Zukunftsprognosen.

Diese führen zu einer negativen Außenwahrnehmung der Metropole Ruhr, die insbesondere bei den klassischen – auf der Auswertung statistischer Daten zu BIP, Einkommen, Arbeitslosigkeit, Armut etc. basierenden Rankings – in starkem Maße auf einer durchgehenden Niedrigklassierung ihrer Städte beruht (Abschnitte 6.1/6.2). Bei sektoralen Rankings wie beispielsweise zu Kultur, Start-ups oder Stundenlöhnen schneiden die Städte in der Metropole Ruhr oftmals deutlich besser ab (Abschnitte 6.3 bis 6.5). Derartige Rankings finden jedoch nur eine vergleichsweise geringe Aufmerksamkeit in den Medien.

Die allgemeine Wahrnehmung der Rankings erfolgt im Regelfall über entsprechende Berichte in Medien. Das gilt auch für die Reaktionen der betroffenen Städte. Dementsprechend wird im Folgenden auch überwiegend auf Presseberichte Bezug genommen.

<sup>20</sup> Czudaj, Robert, Beckmann, Joscha: Umfrage Ruhrgebiet – Vom Kohlenpott zum Wissenschaftsstandort, in: Beckmann, Joscha u. a. (Hg.) (2015): Wissenschaft trifft Kohlenpott. Forschen und Leben im Ruhrgebiet, Essen (Klartext), S. 62 ff.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Verfasser der Rankings ihre Gewichtung- und Bewertungskriterien bei der Auswertung statistischer Daten nur in geringem Maße offenlegen. Deshalb könnte es sinnvoll sein, dass Institutionen in der Metropole Ruhr eine eigene wissenschaftliche Auswertung in Auftrag geben und dies vor allem in Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) angehen. Die Daten und Karten dieses Instituts zu den Lebensumständen in Deutschland und Europa sind eine geeignete Grundlage.

## 6.1

Das aktuell am stärksten beachtete Ranking ist das der großen **ZDF-Deutschland-Studie von Prognos**.<sup>21</sup> Sie misst die Lebensumstände in Deutschland für alle 401 Kreise und Städte. Die Studie beruht auf der Auswertung statistischer Daten. Berücksichtigt werden 53 Indikatoren für drei Lebensbereiche – Arbeit und Wohnen, Gesundheit und Sicherheit, Freizeit und Natur. Diese Indikatoren werden gewichtet in einem Punktesystem zusammengefasst; dessen **Skala reicht von maximal 207 bis minimal 109 Punkte**. Bewusst werden persönliche Einschätzungen sowie subjektive Erfahrungen ausgeschlossen – zur Selbst- und Fremdeinschätzung trägt dieses Ranking also nur indirekt durch seine publizierte Vermittlung bei.

In diesem Ranking belegen die Städte Gelsenkirchen, Herne, Duisburg und Oberhausen die letzten Ränge – zwischen 398 und 401. Der Kreis Unna ist letzter Kreis auf Rang 395. Mülheim an der Ruhr und Bochum sind die bestgerankten Städte in Ruhr, mit Rang 369 und 371, vor ihnen sind der Ennepe-Ruhr-Kreis und der Kreis Wesel auf Rang 338 und 356.

Rang 1 belegt **München** vor Heidelberg, dem Landkreis Starnberg, Potsdam und dem Landkreis Garmisch-Partenkirchen. Stuttgart belegt Rang 31, **Berlin** Rang 189.

Für die Beurteilung der Platzierung der Städte und Kreise von Ruhr ist eine generelle Feststellung wichtig: „Nicht den Osten und nicht das Land – die alten Industriestandorte trifft es am härtesten. Am rauesten weht der Wind in **Städten mit Altindustrien**. Salzgitter, Bremerhaven, das nördliche ‚Ruhrgebiet‘ – wo ganze Industrien untergegangen sind, leidet die Region.“<sup>22</sup>

Die Indikatoren dieses Ranking zeigen damit, dass es die montanindustrielle Vergangenheit ist, die die „leidvollen“, „rauen“ Lebensumstände in Ruhr misst, die Veränderungen der letzten Jahrzehnte lassen sich mit ihnen so nicht erfassen.

Eine weitere generelle Feststellung betrifft Ruhr, die großen Unterschiede zwischen Nord und Süd; die Kreise und Städte im Norden erreichen durchschnittlich nur 152 Punkte gegenüber 177 Punkten im Süden. Diese Unterschiede sind weit größer als die zwischen Ost und West, mit 164 Punkten gegenüber dem Durchschnitt aller Regionen von 167. Es dürfte sich lohnen, diese Unterschiede genauer zu analysieren.

Erkennbar ist, dass zwischen diesen objektiven Indikatoren und subjektiven Erfahrungen Diskrepanzen bestehen. Exemplarisch lässt sich entnehmen, dass die drei Regionen in der Mitte des Rankings – 199, 200, 201 – der hessische Main-Kinzig-Kreis, die Stadt Brandenburg an der Havel sowie der Landkreis Pfaffenhofen sind. Ihr Abstand zum Spitzenreiter München beträgt 33 beziehungsweise 34 Punkte, der Abstand von Gelsenkirchen zu diesen 69 respektive 68 Punkte. Einschätzungen jenseits der Indikatoren dürften diese Unterschiede kaum nachempfinden.

<sup>21</sup> Prognos: Hintergrund zur großen ZDF-Deutschland-Studie. Wo lebt es sich am besten? 2018.

<sup>22</sup> S. 9

## 6.2

Die Niedrigklassierung der Städte in Ruhr findet sich auch in anderen Rankings. Die IW Consult<sup>23</sup> differenziert in ihrem Großstadtranking 2018 zwischen einem **Niveauranking** und einem **Zukunftsranking**. Gemessen werden 71 Städte. Spitzenreiter ist auch hier München, gefolgt von Ingolstadt und Stuttgart; Berlin belegt Rang 36.

Während bei dem Niveauranking neun der Ruhr-Städte auf den Rängen 62 bis 71 liegen und nur Essen auf Rang 54 und Mülheim an der Ruhr auf Rang 47 besser dastehen, erreichen beim Zukunftsranking Bochum Rang 37, Dortmund Rang 44, Essen Rang 46; Mülheim an der Ruhr fällt leicht zurück auf Rang 58, die übrigen sieben Städte bleiben auf den Rängen 64 bis 71. Hier werden die Veränderungen, vor allem wohl in studentenstarken Universitätsstädten, erkannt.

## 6.3

Im Bereich der sektoralen Rankings ergeben sich differenziertere Ergebnisse:

Das HWWI/Berenberg Kultur-Städteranking 2018 zeigt die 30 größten Städte Deutschlands auch im zeitlichen Vergleich. Hier liegt Stuttgart auf dem ersten Platz vor Berlin; München folgt auf Rang 6. Bochum erreicht Rang 12 nach Rang 22 in 2012. Bochum liegt damit vor Leipzig, Nürnberg, Münster, Hannover, Mannheim, Braunschweig, Kiel, Aachen, Augsburg, Bremen, Chemnitz, Bielefeld, Wuppertal und Mönchengladbach. Für die anderen Städte wird eine entsprechende Entwicklung nicht festgestellt, Essen hat immerhin Rang 17, lag aber 2012 schon auf Rang 13. Dortmund (27), Gelsenkirchen (28) und Duisburg (30) liegen unverändert auf den untersten Rängen.

Detailliert wird dargestellt, dass Bochum mit Rang 1, Dortmund mit Rang 2 und Essen mit Rang 5 bei Schülern und Studierenden an öffentlichen Musikschulen sowie an staatlich anerkannten Kunst- und Musikhochschulen je 1.000 Einwohner Spitzenpositionen einnehmen; die Stadt Bochum mit Rang 5 auch bei Beschäftigten der Kulturwirtschaft.

## 6.4

Die drei folgenden Rankings zeigen die Grundlagen überwiegender vergleichender Imagewahrnehmungen. Ein Rückblick bis zum Jahr 2000 zeigt einige Differenzierungen.

Prognos hat in diesem Jahr eine Bestenliste von 97 Raumordnungsregionen erstellt. Sie bezog sich auf Beschäftigte, insbesondere Ingenieure und Hochqualifizierte, in Forschung und Entwicklung in Unternehmen sowie auf Patente. Dagegen standen Beschäftigungsniveau und Bruttowertschöpfung, Indikatoren, bei denen die Städte in Ruhr generell zu Recht schlecht abschneiden. Dennoch ist das Ergebnis für sie – verglichen mit der ZDF-Studie – partiell überraschend positiv: Duisburg/Essen belegt Rang 34, Dortmund 67, schwach sind Bochum/Hagen (78) und Emscher/Lippe (85), allerdings nicht Schlusslicht.

In den Prognos Zukunftsatlant, die bis 2004 zurückverfolgt werden, gibt es für die Städte in Ruhr dauerhaft Zukunftsrisiken, allerdings schwächere als in Ostdeutschland.

Einen besonders problematischen Eindruck vermittelt der Prognos Familienatlas 2005.<sup>24</sup> Er zeigt kartiert in Bayern und Baden-Württemberg fast flächendeckend Städte und Kreise, „Wo es sich als Familie gut wohnen und leben lässt“. In Ruhr hingegen finden sich „Singlestädte als biografische ‚Durchlaufstation‘“, wo Mangel an familienfreundlicher Infrastruktur

<sup>23</sup> IWConsult: Großstadtranking 2018.

<sup>24</sup> Prognos Trendletter 1/2005.

besteht, und „Städte im Strukturwandel“. Sie zeichnen sich „durch einen schwach ausgeprägten Dienstleistungssektor und eine problematische Arbeitsmarktsituation aus“. In diesen Regionen sollten die Themen „Lebensqualität“ und „Wohnen und Arbeitsmarkt“ an erster Stelle stehen.

## 6.5

Verschiedene wirtschaftsbezogene Einzelrankings bestätigen die schlechten Werte des Sozialprodukts. Das gilt für die Bewertung der Messen<sup>25</sup>; unter 15 Standorten erreicht die Stadt Essen Rang 9 und die Stadt Dortmund den vorletzten Rang 14. So sind auch die Investitionsmöglichkeiten der Kommunen zu sehen. Nach einer DIW-Studie haben 2013 fast alle Kommunen in Bayern über 344 € je Einwohner investiert, in der Metropole Ruhr liegt der Durchschnittswert für alle Kommunen bei 35 €.<sup>26</sup>

Etwas Gegenteiliges zeigt die Einschätzung der Perspektiven für den Berufseinstieg von Studierenden, sortiert nach Ländern.<sup>27</sup> Zwar sehen 62 % diese Perspektiven in Bayern und 44 % in Baden-Württemberg, dann aber folgt NRW mit 33 % vor den anderen 13 Ländern, zum Beispiel auch vor Hessen mit nur 16 %. Gegenteilige Erkenntnisse liefert ebenfalls eine Studie zu Start-up-Standorten des Bundesverbands Deutsche Startups und der Unternehmensberatung KPMG.<sup>28</sup> Danach waren 2018 rund 19 % dieser Unternehmen in NRW ansässig, nach 14,4 % in 2017. Es folgen Berlin mit 15,8 %, Baden-Württemberg mit 12,6 % und Bayern mit 11,2 %. Der Bezug zu NRW relativiert die Relevanz für Ruhr, andererseits zeigt das Jahresdatum die positiven Veränderungen im Zeitablauf.

Die Bedeutung der niedrigen sozialökonomischen Indikatoren in der Metropole Ruhr relativiert ein Vergleich der Stundenlöhne in den Städten und Kreisen anhand der amtlichen Statistik.<sup>29</sup> Sie betragen in Dortmund 26,75 €, in Essen 27,94 €, in Duisburg 27,64 €, in Bochum 25,95 €, in Gelsenkirchen 26,28 €, in Oberhausen 25,99 €, in Herne 26,44 €, in Bottrop 24,41 € und in Mülheim an der Ruhr 28,63 €. Damit liegt die Mehrzahl über Berlin mit 25,58 €. Der Durchschnittswert für Bayern beträgt 27,36 €, für Baden-Württemberg 27,80 € – also niedriger als die Werte für Mülheim an der Ruhr und Essen.

Die „Börsenliga deutscher Städte“ der Unternehmensberatung Simon-Kucher & Partners zur Marktkapitalisierung von Unternehmen in DAX 30, MDAX und TecDAX weist die Stadt Essen auf Platz 4 aus; Bochum liegt auf Platz 17. In der dazugehörigen Erläuterung wird der CEO von Simon-Kucher & Partners, Dr. Georg Tacke, wie folgt zitiert: „Die Städte in Nordrhein-Westfalen, besonders das Ruhrgebiet, sind deutlich vom Strukturwandel geprägt. Die Neuausrichtung der alteingesessenen Unternehmen hin zu Digitalisierung, neuen Technologien und neuen Energien – Beispiel Evonic und Innogy in Essen – wird auch in den nächsten Jahren weiter für einen wirtschaftlichen Aufschwung der Region sorgen. Die zentrale Lage in Europa, die Vielzahl an qualifizierten Hochschulen und auch die zahlreichen vom Land geförderten Programme zur Digitalisierung unterstützen diese positive Entwicklung.“

<sup>25</sup> Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 24.01.2014.

<sup>26</sup> Handelsblatt vom 22.10.2015.

<sup>27</sup> DIE WELT vom 27.12.2014.

<sup>28</sup> Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 24.10.2018.

<sup>29</sup> DIE WELT vom 27.07.2018.

TABELLE 9

**Börsenliga deutscher Städte 2019**

Rang 2019 (2018)	Stadt	# Unternehmen 2019	Börsenwert in Mrd. € 2019
1 (1)	München	13	296,48
2 (2)	Walldorf	1	138,77
3 (3)	Bonn	2	106,48
4 (5)	Essen	7	91,73
5 (9)	Wolfsburg	1	75,38
6 (6)	Frankfurt	6	75,07
7 (7)	Düsseldorf	7	68,47
8 (4)	Leverkusen	2	60,91
9 (13)	Herzogenaurach	2	59,08
10 (11)	Stuttgart	2	58,99
11 (8)	Ludwigshafen	1	58,60
12 (10)	Bad Homburg	2	49,15
13 (14)	Hamburg	10	48,73
14 (12)	Hannover	2	42,46
15 (15)	Erlangen	1	36,59
16 (16)	Berlin	4	26,30
17 (18)	Bochum	1	25,21
18 (17)	Neubiberg	1	20,70
19 (20)	Darmstadt	3	18,24
20 (19)	Aschheim	1	17,12

Quelle: Analyse Simon-Kucher & Partners; Basis: finanzen.net, 16.05.2019; Marktkap. DAX 30, MDAX, TecDAX

## 6.6

Die Bedeutung von Rankings wird sowohl in der Metropole Ruhr wie generell auch skeptisch beurteilt. Es wird auf Widersprüche und Ärgernisse hingewiesen. Für Investoren ist ihr Wert fraglich.<sup>30</sup>

Zu vielen Rankings nehmen Repräsentanten der Städte in Ruhr Stellung. Dabei wird auf statistische Fehler, nur begrenzt interkommunal vergleichbare Kriterien und fragwürdige Folgerungen verwiesen. Exemplarisch zeigt das die Kritik der Stadt Dortmund an der ZDF-Deutschland-Studie von Prognos 2018<sup>31</sup> und der Stadt Bochum am HWWI/Berenberg Kultur-Städteranking 2012.

Die Stadt Dortmund hält die „Gegenüberstellung von Landkreisen und Großstädten für einen Vergleich von Äpfeln und Birnen“ und verweist auf generelle Probleme bei der Auswertung statistischer Daten, denn es werden nur Daten berücksichtigt, die für alle 401 Städte und Kreise vorliegen.

Im Kulturbereich ist das schon im Vergleich mit Bochum fragwürdig. Der Bochumer Konzertsaal mit eigenem Orchester wird positiv angerechnet, das Dortmunder Konzert-

<sup>30</sup> Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.06.2006: Städterankings sind für Investoren ohne großen Wert.

<sup>31</sup> Ruhr Nachrichten vom 23.05.2018.

haus mit Gastspielen auch weltweit bekannter Orchester nicht. Ausstellungen bleiben mangels bundesweiter Daten unberücksichtigt. Generell kann Dortmund die schlechten sozial-ökonomischen Daten nicht bestreiten, stellt aber die Frage, ob aus diesen ableitbar ist, dass hier „keiner Karriere machen kann“.<sup>32</sup>

Für das Kulturranking stellt die Stadt Bochum eine unzureichende Berücksichtigung von Einrichtungen und Ereignissen fest. So werde die überwiegend in Bochum stattfindende Ruhrtriennale der Stadt Gelsenkirchen zugerechnet, weil dort die Verwaltung des Festivals sitzt. Auch andere Festivals werden nicht berücksichtigt, so Bochum Total, eine jährliche Musikveranstaltung im öffentlichen innerstädtischen Raum mit sechsstelliger Besucherzahl, ein Zeltfestival im Sommer in den Ruhrwiesen oder das Puppentheater-Festival Fide-na. Bei den Museen wird die Kunstsammlung der Ruhr-Universität nicht berücksichtigt.

Ein Schlaglicht auf die Problematik der indikatorengestützten Bewertungen von Kommunen wirft die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage – Drucksache 18/11263 – zur „Stärkung strukturschwacher Regionen in Deutschland“. Als stark oder sehr stark unterdurchschnittliche Regionen werden neben 22 Regionen in ostdeutschen Ländern nur vier Städte in westdeutschen Ländern genannt: Bremerhaven, Herne, Oberhausen und Gelsenkirchen.

Das kommt der bundespolitischen Imagediskreditierung nahe. In Ruhr werden kommunal abgegrenzte Teilräume aus der gesamten Agglomeration herausgegriffen, wiewohl die Lebensverhältnisse und insbesondere auch die Bedeutung von Hochschulen für eine Stadt wie Herne von der in Bochum nicht zu trennen sind. Von Herne, der einzig nicht kriegszerstörten Stadt im „Ruhrgebiet“, zur Ruhr-Universität in Bochum verkehrt eine U-Bahn-Linie mit urbaner Frequenz. Bei der Analyse der Daten des BBSR stellten dann noch Statistiker der Stadt Herne Fehler fest – die statistischen Angaben zu den unter 15-jährigen und über 75-jährigen waren vertauscht worden.<sup>33</sup>

## 7. Vergleiche in der allgemeinen publizierten Kommunikation

Die raumkulturelle Selbstabwertung wird verstärkt durch kontinuierliches Schlechtreden oder Schlechtgeschriebenwerden, zunächst in journalistischen oder fachlichen Veröffentlichungen, die in der Agglomeration selbst entstehen und dann von außen übernommen werden. Dabei kann das Schlechtgeschriebene im regionalen Vergleich kontrafaktisch sein, wie viele Vergleiche mit anderen Ballungsräumen zeigen. Jenseits von Rankings können publizierte Vergleiche diffamierend wie lobend sein, nicht nur für Ruhr, sondern auch für die damit verglichene Stadt.

a) So titelt DIE WELT nach Ablehnung der Austragung von Olympischen Spielen: „Hamburg das neue Ruhrgebiet“. Fast zur gleichen Zeit aber auch: „Ach, wären wir doch das Ruhrgebiet“. Die Stadt Taranto im armen Süden Italiens lebt von einem alten Stahlwerk. „Es muss weg“, sagen die Umweltschützer, „aber die Politik hält daran fest.“<sup>34</sup>

b) Auch innerhalb der Agglomeration Ruhr oder innerhalb ihrer größeren Städte können Vergleiche problematisch sein. Das gilt vor allem für den sogenannten Nord-Süd-Äquator, der schwächere Quartiere im Norden von besseren im Süden unterscheidet. Beliebtester Stadtteil in Dortmund ist neben Mengede der nördlichst gelegene: Brechten.<sup>35</sup>

<sup>32</sup> Ruhr Nachrichten vom 04.11.2017.

<sup>33</sup> Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 06.04.2017.

<sup>34</sup> DIE WELT vom 19.01.2016.

<sup>35</sup> Ruhr Nachrichten vom 05.11.2018.

c) Positive Vergleiche können auf verschiedene Weise ausgedrückt werden, so durch Auszeichnungen. 2006 wurde Dortmund als innovativste Stadt Europas ausgezeichnet vom Netzwerk Eurocities<sup>36</sup> für das Konzept der MST.factory<sup>37</sup>, 2009 erhielt Dortmund die Eurocities-Auszeichnung für beste Kooperation.

d) Rankings und Vergleiche gaben und geben Anlass für Bemühungen um eine bessere Außenwahrnehmung. Trotz wohlmeinender Imagebildner können sie zwiespältig sein. Das wurde deutlich beim bisher wichtigsten kulturellen Event, der Kulturhauptstadt RUHR.2010. Bei der Eröffnungssendung des ZDF sollte gezeigt werden, was Identität des „Ruhrgebiets“ ist. Schauspieler traten auf, die frühere Bergleute waren. Es entstand der Beigeschmack zu der Currywurst, die es immer noch gibt, dass das „Ruhrgebiet“ ist, wie es früher einmal war, weiter erfahrbar, wie auf Zollverein, der früher monumentalsten Zeche der Welt, deshalb heute Weltkulturerbe. „Früher“, das signalisierten die Schauspieler, die aber heute nicht mehr in Ruhr leben, mit ihren Erinnerungen. Sie bestätigten so, was auch Sportreporter gerne mit der Metropole Ruhr assoziieren. In der überdachten Arena von Schalke singt auch Herbert Grönemeyer gern, denn er „kommt aus Bochum“, lebt aber in London. Vergangenheit und persönliche Identität werden so umgedeutet zu einer merkwürdig verklärten, real so nicht existierenden Gegenwart. Zur Vergangenheit gehört eine überdachte Arena kaum, eher zur tatsächlichen Gegenwart, ebenso wie die Universitäten, von denen aber bei der Eröffnung im ZDF keine Rede war – und auch nicht von der Ruhrtriennale, ihren Intendanten von Mortier bis Flimm und Decker, die aus Salzburg kamen oder dorthin gingen oder aus Hamburg kamen und nach Paris gingen.

Ein besonders diskutiertes Beispiel war eine Ausstrahlung des Dortmunder Tatorts in der ARD Anfang 2019. Der offenkundige Bezug zur Schließung des letzten Ruhr-Bergwerks Ende 2018 in Bottrop, durch die kein einziger Bergarbeiter seinen Job verlor, führte zu der Einblendung eines betrunkenen ehemaligen Bergarbeiters in Dortmund, wiewohl dort die letzte Schachtanlage bereits 1986 geschlossen wurde und auch damals die Bergleute angesichts der aufgezeigten Abfederung im Rahmen der Bergbaupolitik nicht „ins Bergfreie gefallen sind“.

Die Proteste des Dortmunder Oberbürgermeisters dagegen sind verständlich, auch die Freiheit der Kunst, wahrgenommen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, wahrgenommen von Millionen Zuschauern, sollte die Wirkung auf das Image der Tatort-Stadt sehen.

## 8. Kampagnen

Die Bemühungen um eine bessere Außenwahrnehmung von Ruhr wurden nach 2010 erfolgreicher mit den Besuchern, die nach Ruhr kamen, denn dazu war die Kulturhauptstadt schließlich da. Besuchen und damit Erfahren verändert die Wirkung von Kommunikation. Die kamen, sahen: viel Grün, wenn sie zu den Landmarken auf den Bergehalden aufstiegen, dort oben eine monumentale Stahlplastik von Serra, unten entlang der Emscher experimentelle Kunst. Diese Kunstobjekte wurden auf Fragen erklärt von Studierenden – von denen es aktuell in der Metropole Ruhr rund 200.000 gibt.

Die jetzt folgende Kommunikation kann die fortdauernde kulturräumliche Identifizierung aufnehmen, an Beispielen orientiert. So kann sie die postmontanindustriellen Veränderungen deutlich machen und die abwertenden Vergleiche relativieren.

<sup>36</sup> Eurocities oder „EUROCITIES“ ist ein informelles Netzwerk größerer europäischer Städte zur Zusammenarbeit und zum Informationsaustausch über Kommunalplanerische Angelegenheiten und zur Lobby-Arbeit gegenüber der Europäischen Union.

<sup>37</sup> MST = Mikrosystemtechnologie. Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 01.12.2006. Der Artikel fragt in der Unterzeile „Zu Recht?“.

Im März 2015 hat die Verbandsversammlung des RVR eine neue Imagekampagne beschlossen. Das entsprach Wünschen der Unternehmen in Ruhr. In Dortmund gründeten 2010 50 Unternehmer die „Initiative Dortmund, die Dortmunds Image verbessern soll“.<sup>38</sup> Über den Wunsch großer Unternehmen nach einer „Kampagne für das Ruhrgebiet“ berichtete die Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 22.10.2015.

Die Kampagne des RVR begann mit der zitierten – Kapitel 5.6 – Imageanalyse bei wirtschaftlichen Führungskräften 2016. Gefolgt ist die Standort-Kampagne „Stadt der Städte“, die mit Fakten wirbt, so, dass es mehr Universitäten gibt als in jeder anderen deutschen Stadt, so mit dem größten Binnenhafen der Welt als einem Endpunkt der neuen Seidenstraße. Sie wird fortgesetzt, dabei will der RVR 2020 gezielt auch um das Engagement der Bürger von Ruhr werben – ein Bezug sind die erstmaligen Direktwahlen zu seiner Verbandsversammlung.

## 9. Ungelöste Herausforderungen – weitere Wege

Für Ruhr sind Kommunikationen erforderlich, die konzentriert Veränderungen seit den 1960er- und vor allem den 1990er-Jahren darstellen, die zeigen, dass Ruhr nicht mehr das „Ruhrgebiet“ ist. Das „Ruhrgebiet“ ist museal zu finden, in den Industriemuseen und bei einzelnen Denkmälern in situ, großartig aufbereitet im Ruhr Museum. Im Mittelpunkt der Metropole stehen jetzt Hochschulen. Übergreifend müssen die Veränderungen als Verbesserungen sozial und ökologisch unakzeptabler Verhältnisse gezeigt werden. Verklärende „Ruhrgebiets“-Ideologie gehört demonstrativ geächtet und damit die Negativbegriffe Pott und Revier. Wirtschaftshistorisch einzuordnen wäre die Begrüßungsformel „Glück auf“. Ein Bochumer Oberbürgermeister der jüngeren Generation hat recht, wenn er sie nur noch im Zusammenhang mit dem Bergbau verwenden will.<sup>39</sup>

Es braucht gut definierte Worte, Begriffe und Namen, selbstbewusst und einladend wirkend.

Gebautes Erbe, mentale Selbstwahrnehmung und zukünftige Entwicklung müssen miteinander verbunden werden. Dabei ist die lernende Orientierung an den anderen großen Städten anregend. Köln zeigt: Der Kranz romanischer Kirchen und der gotische Dom als Weltkulturerbe, Kölscher Klüngel mit Tünnies und Schäl, Medienstandort und Universitätsstadt gehören zusammen. Dem entsprechen in Ruhr Industriekultur als Welterbe, raue Direktheit, Ruhrdeutsch mit Jürgen von Manger, größte Universitätsstadt Deutschlands.

**Drei Eckpunkte** sind für künftige erfolgreiche Kommunikationen zwingend: der **gemeinsame Name**, die **Verknüpfung von Botschaften mit gezielten Veränderungen der gebauten Umwelt** und die **zusammengefasste statistische Erfassung**:

– Über den Namen wird seit Längerem diskutiert. Es bleibt erstaunlich, dass der Name Ruhr affirmativ fast selbstverständlich ist – von den Ruhrfestspielen über den Ruhrbischof zur Ruhr-Universität, weiter zum Entwicklungsprogramm Ruhr, zum Regionalverband Ruhr, zur Umweltzone Ruhr, zur Ruhrtriennale und jüngst zum Radschnellweg Ruhr. Vielleicht führt auch diese verdrängte Selbstverständlichkeit dazu, dass immer wieder Alternativen vorgeschlagen werden, wenn es um „Ersatz“ für die Bezeichnung „Ruhrgebiet“ geht. Eine Befragung des Vereins „pro Ruhrgebiet“<sup>40</sup> ergab eine Mehrheit für „Ruhrstadt“. Das ist allemal zutreffender als „Ruhrgebiet“. Englischsprachig wäre das ein gängiger Name – wie exemplarisch Mexico City. Allerdings signalisiert City dabei zumeist den Unterschied der Stadt zu einem anderen Raum gleichen Namens – so dem Staat Mexiko. New York heißt New York und wird korrekt als New York City bezeichnet, um die Stadt vom State New York zu unterscheiden. Überwiegend hat keine der großen Städte in Europa den Zusatz

<sup>38</sup> Ruhr Nachrichten vom 13.04.2015.

<sup>39</sup> Siehe Ruhr Nachrichten vom 28.01.2016.

<sup>40</sup> [http://www.initiative-ruhrstadt.de/presse\\_meinungen/zumthema/blitzumfrage-der-ruhr-universitaet-bochum/](http://www.initiative-ruhrstadt.de/presse_meinungen/zumthema/blitzumfrage-der-ruhr-universitaet-bochum/)

City oder Stadt – nicht Berlin, Hamburg und München, nicht London oder Paris, nicht Moskau oder Istanbul, nicht Madrid, Rom, Mailand oder St. Petersburg. Im Frühjahr 2015 hat die IHK Dortmund „Ruhrland“ ins Gespräch gebracht. „Land“ verkennt deutlich den städtischen, urbanen, metropolitanen Charakter der Agglomeration. So spricht alles, vor allem die Einsicht in die unreflektierte Selbstverständlichkeit, für **Ruhr**. Ihre Einwohner wären die „Ruhraner“, allemal besser als „Ruhris“, wenn Münsteraner und Wetteraner und Bueraner, und in Niedersachsen Hannoveraner, nicht merkwürdig klingen, dann eigentlich Ruhraner auch nicht.

- Die IBA Emscher Park zwischen 1989 und 1999 kann auch als erfolgreiche Kommunikationskampagne angesehen werden. Sie war jedoch unzweifelhaft viel mehr als das – nämlich eine umfassende Umgestaltung der bebauten Umwelt, deren herausragende Zeichen noch heute allgemein als Symbole des erfolgreichen Wandels gesehen werden und teilweise als international wahrgenommene touristische oder kulturelle Zieldestinationen dienen. Die Kulturhauptstadt Europas 2010 hat diese Orte für attraktive Ereignisse genutzt, beispielsweise mit dem Museum Folkwang weitere Elemente hinzugefügt und dies ebenfalls mit einer Kommunikationskampagne verbunden. Auch Städte wie Dortmund mit dem Phoenix-See und den umliegenden, neu geschaffenen Wohn- und Dienstleistungsquartieren oder Essen mit dem thyssenkrupp Quartier und der Neuen Mitte haben den elementaren Zusammenhang von Kommunikationsprozessen zum Imagewandel mit Städtebau und Architektur erkannt und in international wahrgenommener Weise umgesetzt: Die kommunikativen Botschaften sind umso wirksamer, je mehr sie mit realen Bildern untersetzt und die Bildinhalte auch an Ort und Stelle angeschaut und genutzt werden können. Für die Metropole Ruhr als Ganzes bietet sich mit der gemeinsamen Vorbereitung auf die IGA 2027 die nächste Chance, diese Zusammenhänge systematisch zu nutzen.
- Wenn Ruhr mit anderen großen Städten verglichen wird, dann wäre die Einbeziehung statistischer Zahlen der gesamten Agglomeration erforderlich. Zurzeit rangieren Dortmund, Essen und andere Städte der Agglomeration in Rankings auch deshalb hinten, weil die Städte einzeln bewertet und deren vielfältige funktionalen Verknüpfungen nicht berücksichtigt werden. Das ließe sich ändern. Dabei hat der RVR mit dem „Zahlenspiegel Metropole Ruhr“ wesentliche Vorleistungen erbracht.<sup>41</sup> Es sollte intensiv versucht werden, in vergleichende Rankings für große Städte die Zahlen der gesamten Metropole in Vergleiche insbesondere zu Berlin, aber auch zu Hamburg, München und Köln einzubringen.
- Dann ist Ruhr beispielsweise einwohnerstärker als Berlin, hat mehr Studierende, aber weniger Siedlungsfläche. Ruhr hat damit Platz und kann zum Wohnen und Wirtschaften einladen.

Diese grundsätzlichen Orientierungen sollten in ein abgestimmtes mehrstufiges, aber integriertes Kommunikations- und Marketingkonzept aller Kommunen der Metropole Ruhr Eingang finden.

---

41 <https://www.rvr.ruhr/daten-digitales/regionalstatistik?L=0>

### TEIL III VORURTEILE UND WIRKLICHKEITEN

Wichtigste Voraussetzung für eine sachgerechte Diskussion über die Perspektiven der Metropole Ruhr ist die Gegenüberstellung vorhandener (Vor-)Urteile und entsprechender Wirklichkeiten.

In den folgenden Abschnitten werden darum gängigen, oftmals wiederholten Einschätzungen Fakten gegenübergestellt, die sich aus allgemein verfügbaren statistischen Daten zur Metropole Ruhr sowie Vergleichen mit anderen Städten oder Regionen ableiten lassen.

#### 1. Schrumpfender Ballungsraum

Die Agglomeration Ruhr wird allgemein als „schrumpfende Region“ gesehen – und empfindet sich in weiten Teilen auch selbst so.

Tatsächlich steigt die Bevölkerungszahl entgegen den einschlägigen Prognosen wieder an. Insbesondere die Prognosen von 2009 und ihre Vorläufer haben in den Städten zu erheblichen Fehlplanungen geführt, vor allem im Bereich des Wohnens und der öffentlichen Infrastruktur.

#### Die Fakten:

Nach der Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamts aus dem Jahr 2009 wurde für das Jahr 2014 eine Gesamtbevölkerung für die Agglomeration Ruhr von rund 4,71 Millionen und für das Jahr 2020 von rund 4,496 Millionen Einwohnern erwartet.

TABELLE 10

#### Prognose zur Bevölkerungsentwicklung in den kreisfreien Städten und Kreisen des Ruhrgebiets 2008 bis 2030

Kreisfreie Stadt/Kreis	Bevölkerung (01.01.)					Veränderung gegenüber dem 01.01.2008			
	2008	2015	2020	2025	2030	2015	2020-2025	2030	
	1.000					%			
Duisburg	496,7	480,4	471,6	462,8	453,1	-3,3	-5,0	-6,8	-8,8
Essen	582,1	570,5	565,4	559,6	551,8	-2,0	-2,9	-3,9	-5,2
Mülheim an der Ruhr	168,9	165,2	163,3	161,2	158,8	-2,2	-3,4	-4,6	-6,0
Oberhausen	217,1	212,3	209,6	206,7	203,1	-2,2	-3,4	-4,8	-6,4
Wesel, Kreis	474,0	463,7	456,7	449,2	440,6	-2,2	-3,7	-5,2	-7,1
Bottrop	118,6	115,6	113,8	112,0	109,8	-2,5	-4,0	-5,6	-7,4
Gelsenkirchen	264,8	253,2	246,7	240,5	234,0	-4,4	-6,8	-9,2	-11,6
Recklinghausen	639,8	616,0	600,6	585,2	568,7	-3,7	-6,1	-8,5	-11,1
Bochum	381,5	368,8	361,6	354,0	345,2	-3,3	-5,2	-7,2	-9,5
Dortmund	586,9	583,2	581,9	578,5	571,9	-0,6	-0,9	-1,4	-2,6
Hamm	183,1	179,1	176,8	174,1	170,8	-2,2	-3,4	-4,9	-6,7
Herne	168,5	161,0	156,7	152,4	148,0	-4,4	-7,0	-9,5	-12,2

Quelle: Statistisches Landesamt 2009

Der Regionalverband Ruhr geht in seiner Bevölkerungsprognose aus dem Jahr 2014 von einer Gesamtbevölkerung von rund 5,031 Millionen im Jahr 2020 und 5,005 Millionen im Jahr 2025 aus.

TABELLE 11: BEVÖLKERUNGSPROGNOSE RVR 2014 BIS 2040

**Bevölkerungsprognose aus dem Jahr 2014**

Kreisfreie Stadt/Kreis	2014	2020	2025	2030	2035	2040	Zu- bzw. Abnahme (-) Anzahl	
							2014-2040	in %
Bochum	361.734	360.066	357.620	354.143	349.564	345.390	-16.344	-4,5
Bottrop	116.055	113.839	112.074	110.188	108.066	105.875	-10.180	-8,8
Dortmund	575.944	593.041	601.232	605.234	605.415	605.141	29.197	5,1
Duisburg	486.855	484.265	480.069	474.854	468.558	462.988	-23.867	-4,9
Essen	569.884	579.753	585.710	589.105	589.674	590.163	20.279	3,6
Gelsenkirchen	257.850	256.869	255.435	253.551	250.865	248.100	-9.750	-3,8
Hagen	185.996	182.573	179.237	175.594	171.615	168.006	-17.990	-9,7
Hamm	176.048	177.771	178.275	177.990	176.733	175.202	-846	-0,5
Herne	154.417	153.911	152.985	151.780	150.198	148.620	-5.797	-3,8
Mülheim an der Ruhr	166.640	165.657	164.739	163.480	161.763	160.199	-6.441	-3,9
Oberhausen	209.097	207.835	206.282	204.291	201.568	198.747	-10.350	-4,9
Krfr. Städte (RVR)	3.260.520	3.275.580	3.273.658	3.260.210	3.234.019	3.208.431	-52.089	-1,6
Ennepe-Ruhr-Kreis	322.731	316.837	312.399	307.688	302.259	296.992	-25.739	-8,0
Kreis Recklinghausen	613.878	603.309	594.623	585.374	574.490	562.995	-50.883	-8,3
Kreis Unna	391.622	384.115	377.863	371.349	363.914	356.288	-35.334	-9,0
Kreis Wesel	457.033	451.724	446.948	441.125	433.598	425.511	-31.522	-6,9
Kreise (RVR)	1.785.264	1.755.985	1.731.833	1.705.536	1.674.261	1.641.786	-143.478	-8,0
<b>Regionalverband Ruhr (RVR)</b>	<b>5.045.784</b>	<b>5.031.565</b>	<b>5.005.491</b>	<b>4.965.746</b>	<b>4.908.280</b>	<b>4.850.217</b>	<b>-195.567</b>	<b>-3,9</b>

Quelle: RVR 2015

Die reale Entwicklung der Bevölkerung verlief wie folgt:

Im Jahr 2013 war mit 5,046 Millionen Einwohnern der Tiefstand erreicht. Ab 2014 kam es zu einem langsamen Anstieg auf 5,045 Millionen, 2015 auf 5,109 Millionen und Ende 2017 auf rund 5,113 Millionen Einwohner.

Damit lag die Einwohnerzahl im Jahr 2015 um rund 480.000 über dem vom Statistischen Landesamt prognostizierten Wert.

Dem für 2020 prognostizierten – weiterhin rückläufigen – Wert von rund 4,5 Millionen des Statistischen Landesamts stand bereits im Jahr 2017 eine tatsächliche Einwohnerzahl von rund 5,1 Millionen gegenüber – das entspricht einer Differenz zur Prognose von rund 600.000 Einwohnern.

Auch gegenüber der erheblich jüngeren Prognose des RVR ergibt sich bereits für das Jahr 2016 eine Differenz von plus 80.000 zu dem für 2020 berechneten Wert.

Zwei lokale Beispiele:

Ende 2017 lebten in der Stadt Essen 583.393 Menschen; das sind rund 18.000 mehr als in der Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamts und rund 3.000 mehr, als in der Prognose des RVR für 2020 berechnet.

Der Kreis Recklinghausen verzeichnete Ende 2017 insgesamt 616.824 Einwohner; das sind rund 16.000 mehr als in den Berechnungen des Statistischen Landesamts und rund 13.000 mehr als seitens des RVR für 2020 prognostiziert.

## 2. Überfremdeter Ballungsraum

Die Agglomeration Ruhr ist eine Region der Zuwanderung. Dies gilt für die lange Phase der Industrialisierung bis in die 1960er-Jahre, die Einwanderung Deutschstämmiger in den 1990er-Jahren und die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Flüchtlinge und der Zuwanderung aus osteuropäischen EU-Staaten. Vor diesem Hintergrund hat sich das festgefügte Bild einer Region mit hohen Ausländeranteilen entwickelt.

**Tatsächlich liegen die Anteile von Einwohnern mit Migrationshintergrund und von Ausländern in der Agglomeration Ruhr heute aber erheblich unter denjenigen in anderen Ballungsräumen.**

### Die Fakten:

Die folgende Übersicht zeigt einen Vergleich von ausgewählten Städten in der Agglomeration Ruhr mit anderen Großstädten:

TABELLE 12

#### Bevölkerung mit Migrationshintergrund im interkommunalen Vergleich

Einwohner	Bevölkerung	Migranten	%	Ausländer	%
Frankfurt	724.486	370.937	51,2	207.203	28,6
München	1.526.000	633.290	41,5	419.391	27,5
Düsseldorf	606.000	208.000	34,3	111.000	18,3
Hamburg	1.787.408	596.711	33,4	262.252	14,7
Köln	1.049.000	319.000	30,4	177.000	16,9
Dortmund	582.000	176.000	30,2	89.000	15,3
Duisburg	487.000	145.000	29,8	77.000	15,8
Essen	576.000	134.000	23,3	66.000	11,5
<b>NRW</b>			<b>26,6</b>		<b>12,0</b>
<b>Ruhr</b>			<b>24,9</b>		<b>11,9</b>

Quellen: Statistische Ämter München, Hamburg 2015, NRW 2016, Stadt Frankfurt Dezember 2016; Statistik Ruhr 2016

Die Zahlen zeigen, dass selbst die Stadt Duisburg mit den regional höchsten Anteilen an Einwohnern mit Migrationshintergrund nicht die Vergleichswerte der Städte Düsseldorf, Köln, Frankfurt, Hamburg und München erreicht.

### 3. Raum ohne Arbeit

Die Arbeitslosigkeit in der Agglomeration Ruhr liegt im bundesweiten Maßstab weiterhin auf einem hohen Niveau. Allgemein wird dies auf den breit diskutierten Rückgang der Montanindustrie und einen damit einhergehenden Deindustrialisierungsprozess zurückgeführt. In jüngerer Zeit kommt auch die Schließung von ausländischen Unternehmen wie Nokia und Opel hinzu. Siemens hat seine Belegschaften schon seit den 1970er-Jahren reduziert.

Tatsächlich jedoch liegen die Zahl der Erwerbstätigen und die Erwerbsquote heute über den entsprechenden Werten aus den legendären 1960er-Jahren. Analysen zur Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes zeigen zudem, dass zumindest in den größten Städten der Agglomeration Ruhr die Veränderungen bei der Beschäftigung in industrierelevanten Bereichen nicht hinter den bundesdeutschen Entwicklungen zurückfallen.

#### Die Fakten:

Die nachfolgende Übersicht zeigt, dass die Zahl der Erwerbstätigen zur Mitte des Jahrzehnts wieder die Größenordnung der 1960er-Jahre erreicht hat. Aufgrund der geringeren Gesamtbevölkerung liegt auch die Erwerbsquote inzwischen über dem Niveau der Sechzigerjahre.

TABELLE 13

#### Erwerbstätige in der Metropole Ruhr

Jahr	Erwerbstätige Metropole Ruhr	Erwerbsquote Metropole Ruhr
1965	2,37 Mio.	42 %
1967	2,20 Mio.	
1985	1,92 Mio.	
2015	2,38 Mio.	46 %

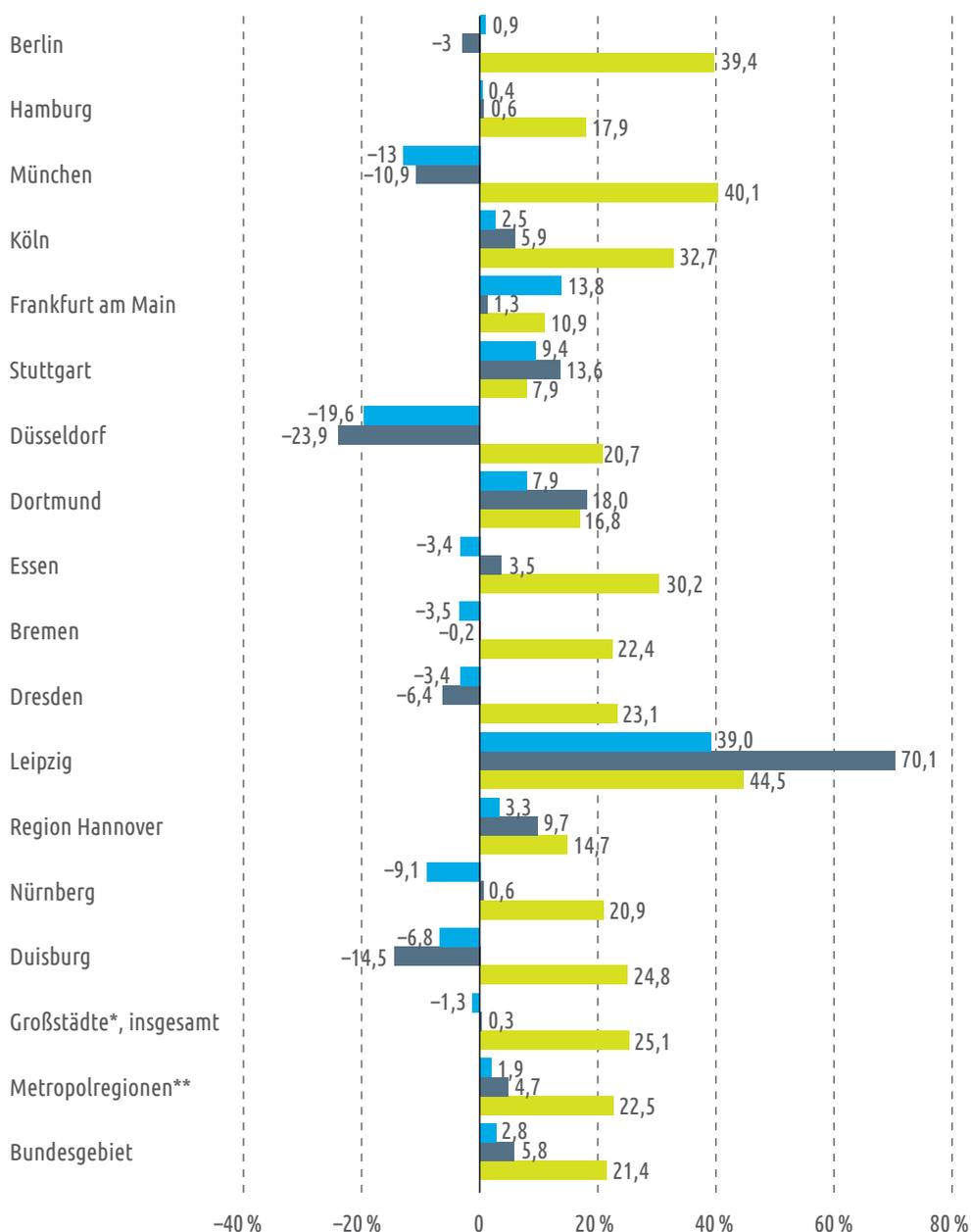
Quelle: IT.NRW

Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) hat sich zwischenzeitlich deutlich erhöht. Sie lag im Jahr 2017 erstmals überhaupt knapp über 1,7 Millionen und erreichte 2018 rund 1,75 Millionen SvB (Quelle: IT.NRW).

Eine Studie des DIW aus dem Jahr 2017 vergleicht die Entwicklung der Industriebeschäftigten im verarbeitenden Gewerbe sowie die damit verbundenen Forschungs- und Dienstleistungen. Die Städte Düsseldorf, München und Nürnberg weisen die höchsten Rückgänge bei unmittelbar in der Industrie Beschäftigten auf. Die Stadt Dortmund liegt in allen untersuchten Bereichen vergleichsweise gut; die Städte Essen und Duisburg im mittleren Bereich.

GRAFIK 3

## Industriebeschäftigte in Großstädten im Jahr 2016 im Vergleich zum Jahr 2008



■ Verarbeitendes Gewerbe ■ darunter: forschungintensive Zweige

■ industrienahes Dienstleistungsgewerbe im engeren Sinne

\* Städte mit über 500.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sowie Duisburg (knapp 500.000 Einwohnerinnen und Einwohner)

\*\* Berlin-Brandenburg, Bremen-Oldenburg im Nordwesten, Frankfurt-Rhein-Main, Hamburg, Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg, Mitteldeutschland, München, Nürnberg, Rhein-Neckar, Rhein-Ruhr, Stuttgart

Quellen: Beschäftigungstatistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

#### 4. Raum der Arbeiter

Das „Ruhrgebiet“ ist eine Region der Arbeiter – dieses Bild besteht nach wie vor in den Köpfen vieler Menschen innerhalb und außerhalb der Metropole Ruhr.

Tatsächlich ist der Anteil von Arbeitern an den Erwerbstätigen in der Metropole Ruhr ständig gesunken und lag im Jahr 2016 mit 19,8 % nur noch um 1,6 % über dem Vergleichswert für Nordrhein-Westfalen.

##### Die Fakten:

Bereits im Jahr 2005 stand der Zahl von rund 1,08 Millionen Angestellten eine Zahl von nur rund 590.000 Arbeitern gegenüber. Seither hat sich dieses Verhältnis noch einmal deutlich verändert. Tabelle 14 zeigt, dass sich im Jahr 2016 bei insgesamt gestiegener Gesamtbeschäftigung die Zahl der Angestellten auf rund 1,4 Millionen erhöht, diejenige der Arbeiter aber auf rund 450.000 verringert hat.

TABELLE 14

Erwerbstätige in der Metropole Ruhr 2005 bis 2016

	2005	2016
	in 1.000	
Insgesamt	2.093	2.284
Selbstständige	198	201
Beamte, Zeit- und Berufssoldaten	134	117
Angestellte	1.077	1.426
Arbeiter	593	454

Quelle: IT.NRW

Tabelle 15 zeichnet die Veränderungen in der Gesamtbeschäftigung im Zeitraum 2005 bis 2016 für die kreisfreien Städte und Kreise nach. Bei einer insgesamt um rund 200.000 höheren Gesamtbeschäftigung hat sich im Durchschnitt der Metropole Ruhr der Anteil von Arbeitern um 33,5 % verringert, während der Anteil von Angestellten um 23,5 % zugenommen hat.

Der Anteil von Angestellten ist in allen Gebietskörperschaften angestiegen – in der Spitze um bis zu 32,5 %. Der Anteil von Arbeitern hat nur in einer Stadt leicht zugenommen; in allen anderen Gebietskörperschaften ist er stark rückläufig.

TABELLE 15

## Erwerbstätige im Regionalverband Ruhr (RVR) in den Jahren von 2005 bis 2016 nach Stellung im Beruf

Verwaltungsbezirk	2005	2016	Veränderung 2005 bis 2016 in %				
	Insgesamt in 1.000	Insgesamt in 1.000	Insgesamt	Selbst- ständige <sup>2)</sup>	Beamte, Zeit- und Berufs- soldaten <sup>3)</sup>	Ange- stellte <sup>4)</sup>	Arbeiter
Bochum	157	166	5,3	-6,3	-33,4	25,9	-54,4
Bottrop	47	55	13,5	10,2	54,8	15,5	4,2
Dortmund	234	270	13,4	3,2	14,2	30,2	-44,7
Duisburg	187	215	13,2	-2,0	-23,0	27,2	-10,5
Ennepe-Ruhr-Kreis	145	150	3,5	-3,9	-27,0	20,1	-50,0
Essen	245	278	11,9	21,9	-38,8	23,3	-27,4
Gelsenkirchen	95	98	3,1	25,8	-56,8	21,5	-36,0
Hagen	82	78	-5,3	-34,7	-59,8	14,1	-35,3
Hamm	71	79	10,2	-5,5	-111,9	32,5	-23,2
Herne	59	64	8,7	-15,2	28,8	28,5	-45,3
Kreis Recklinghausen	247	273	9,8	-14,6	-8,6	25,0	-16,5
Kreis Unna	168	181	7,1	-22,6	-22,5	26,6	-24,1
Kreis Wesel	203	211	3,8	4,2	-19,1	22,1	-46,7
Mülheim an der Ruhr	67	77	12,3	10,2	32,6	30,1	-77,8
Oberhausen	86	89	2,8	11,4	24,5	10,2	-15,1
<b>Metropole Ruhr</b>	<b>2 093</b>	<b>2 284</b>	<b>7,8</b>	<b>-1,2</b>	<b>-16,4</b>	<b>23,5</b>	<b>-33,5</b>

Quelle: IT.NRW

## 5. Raum der verarmten Städte

Die Haushaltssituation der meisten Kommunen in der Metropole Ruhr ist schlecht.

Tatsächlich verfügen die Kommunen über erhebliche eigene Einnahmen. Allerdings können sie aufgrund der besonderen Sozialstrukturen und der Verpflichtung zur Mitfinanzierung von gesetzlichen Aufgaben des Bundes im Sozialbereich nur rund 50 % der eigenen Erträge für selbst entschiedene kommunale Aufgaben verwenden. Mit den verbleibenden 50 % subventionieren die Kommunen Aufgaben, die ihnen vom Bund gesetzlich auferlegt sind – zum Beispiel bei der Finanzierung von Maßnahmen im Rahmen der verschiedenen Sozialgesetzbücher.

### Die Fakten:

Die originären kommunalen Einnahmen setzen sich im Wesentlichen aus fünf Positionen zusammen:

- Grundsteuer A
- Grundsteuer B
- Gewerbesteuer
- Erträge aus Beteiligungen (Gewinn kommunaler Unternehmen)
- Erträge aus Konzessionen

Die folgende Übersicht zeigt Einnahmeergebnisse ausgewählter Städte im Haushaltsjahr 2016:

TABELLE 16

#### Einnahmen ausgewählter Städte im Haushaltsjahr 2016

Dinslaken	Gelsenkirchen	Oberhausen	Duisburg	Dortmund	Essen
41.667.314 €	137.844.879 €	150.778.950 €	384.518.091 €	473.059.400 €	485.861.540 €

Quelle: Haushaltspläne der jeweiligen Städte; Berechnungen der Städte Dinslaken und Dortmund

Eine empirische Analyse der Ausgaben der Städte Dinslaken und Dortmund weist nach, dass lediglich um die 10 % des gesamten Haushaltsvolumens auf vom jeweiligen Stadtrat zu verantwortenden Beschlüssen beruhen. Für 2016 ergibt sich in Zahlen:

- Dinslaken rund 21 Millionen € bei einem Gesamtvolumen von rund 200 Millionen €
- Dortmund rund 240 Millionen € bei einem Gesamtvolumen von rund 2,4 Milliarden €

Wesentliche Ursache für diese Situation sind die Aufwendungen der Kommunen für bundesweit beschlossene Leistungen im Rahmen der verschiedenen Sozialgesetzbücher (SGB).

Bei konsequenter Anwendung des Konnexitätsprinzips – also der Regelung, dass jede Ebene für von ihr verursachte Aufwendungen selbst verantwortlich sein sollte – könnten die Kommunen zusätzlich folgende Eigenmittel für die originär kommunale Daseinsvorsorge einsetzen:

TABELLE 17

#### Zusätzliche Eigenmittel ausgewählter Städte bei Anwendung des Konnexitätsprinzips (2016)

Dinslaken	Gelsenkirchen	Oberhausen	Duisburg	Dortmund	Essen
21.543.463 €	37.254.011 €	74.358.086 €	217.799.342 €	238.971.419 €	229.310.507 €

Quelle: Berechnungen der Städte Dinslaken und Dortmund

Trotz der beschriebenen Belastungen haben die Städte und Kreise vor dem Hintergrund umfangreicher Sparmaßnahmen und der günstigen gesamtwirtschaftlichen Situation deutliche Verbesserungen bei ihrer Finanzsituation erreichen können. Das belegt der „Kommunalfinanzbericht 2018“, der im Auftrag des RVR erarbeitet wurde.

#### Gesamtbilanz: am Wendepunkt angekommen

Unzweifelhaft war das Jahr 2017 für das Ruhrgebiet in fiskalischer Hinsicht das wohl beste seit Mitte der 1970er-Jahre. Es schloss mit einem nie da gewesenen Überschuss von 126 Euro je Einwohner ab. Selbst wenn die Mittel des Stärkungspaktes Stadtfinanzen abgezogen würden, bliebe noch ein aus eigener Kraft erwirtschafteter Überschuss von über 40 Euro je Einwohner übrig. (Quelle: Prof. Dr. Martin Junkernheinrich/Gerhard Micosatt – Kommunalfinanzbericht Ruhr 2018)

## 6. Raum ohne Zusammenarbeit

In Wissenschaft, Medien und Politik immer wieder verwendete Stereotype sind die „mangelnde Zusammenarbeit“ und das „Kirchturmdenken“ von Städten und Kreisen sowie weiteren öffentlichen Akteuren in der Metropole Ruhr.

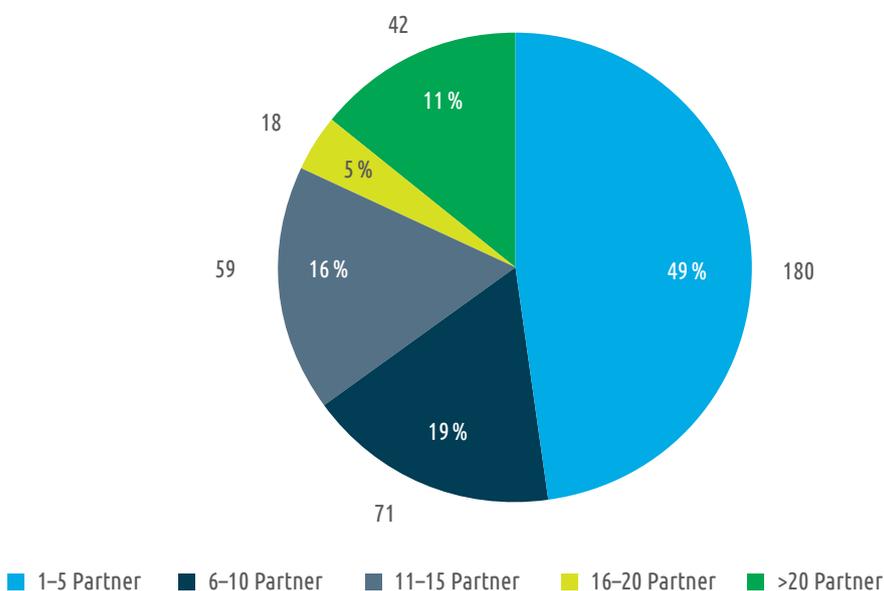
Tatsächlich arbeiten die kommunalen Gebietskörperschaften in vielen Bereichen intensiv zusammen. Dies geschieht auf gesetzlichen Grundlagen wie beim Regionalverband Ruhr (RVR) oder der Emschergenossenschaft und über vielfältige freiwillige Formen der interkommunalen und öffentlich-privaten Zusammenarbeit.

### Die Fakten:

Der RVR hat im Jahr 2014 Art und Umfang kommunaler Kooperationen untersucht. Im Ergebnis konnten 370 Kooperationen ermittelt werden. Danach sind Formen der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit in allen Themen und Kontexten zu finden. Sie sind nicht die Ausnahme, sondern gängige Praxis. Sie reichen von kleineren interkommunalen Kooperationen, bei denen „nur“ einige Nachbarkommunen zusammenwirken, über thematische Arbeitsgemeinschaften bis hin zu regionalen Kooperationen, an denen alle oder die Mehrheit der Städte und Kreise mitwirken. Etliche Kooperationen reichen räumlich über die Agglomeration Ruhr hinaus. Und viele weitere haben ihre Partner außerhalb der Kommunalverwaltungen; hierzu zählen beispielsweise Verbände, Kammern, Unternehmen, Vereine und Universitäten. Damit zeigt sich: Die Agglomeration Ruhr ist eine Region der Zusammenarbeit.

GRAFIK 4

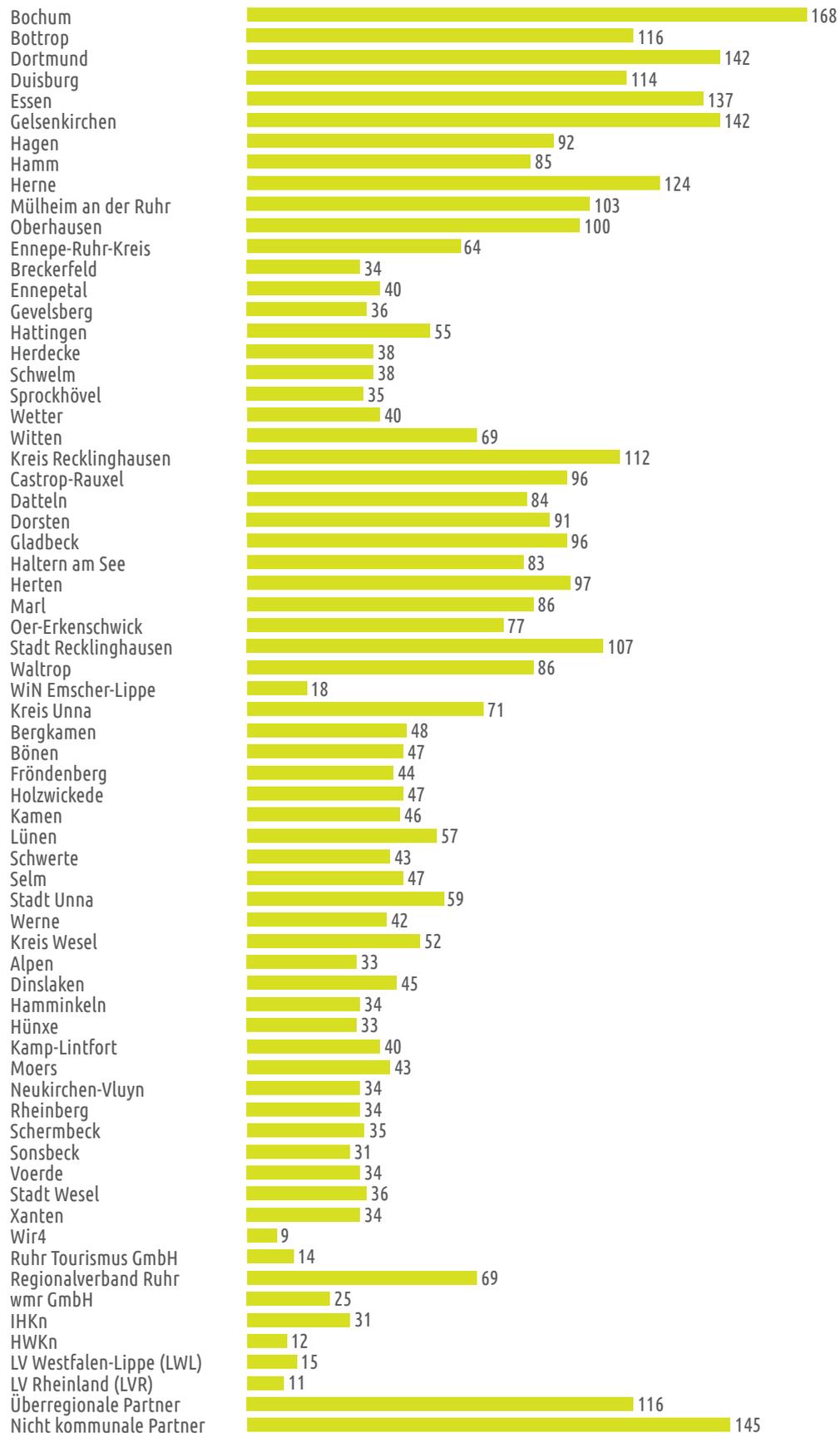
Anzahl der Beteiligungen an Kooperationen



Quelle: RVR 2014

GRAFIK 5: ANZAHL DER BETEILIGUNGEN AN KOOPERATIONEN

## Anzahl der Beteiligungen an 370 Kooperationen nach Städte-/Kreisnamen bzw. Trägern



Quelle: RVR 2014

Eine besondere Rolle bei der Etablierung von neuen Formen der interkommunalen Zusammenarbeit kommt den international wahrgenommenen regionalen Großereignissen zu. So arbeiten die Planungsdezernenten der Region seit dem Ende der IBA Emscher Park im Jahr 1999 im Rahmen der „Städteregion Ruhr 2030“ permanent zusammen. Die „Europäische Kulturhauptstadt 2010 – Essen und das Ruhrgebiet“ war Auslöser für die Zusammenarbeit von insgesamt 20 Museen aus 15 Städten der Metropole Ruhr unter der Bezeichnung „RuhrKunstMuseen“. Und im Kontext der „Grünen Hauptstadt Europas 2010 in Essen“ haben die Umweltdezernenten der Region den ersten gemeinsamen Umweltbericht für die Metropole Ruhr vorgelegt.

Aber auch darüber hinaus sind weitere, freiwillige regionale Kooperationen entstanden. So entsteht der bundesweit erste Radschnellweg „RS1“ auf einer Länge von rund 100 Kilometern in Zusammenarbeit von zehn Städten, dem RVR und Straßen.NRW. Die Vorbereitungen für die Internationale Gartenausstellung „IGA 2027“ werden koordiniert durch den RVR von den 53 Städten vorangetrieben. Im Rahmen des „Roll-outs“ der InnovationCity-Strategie arbeitet die Innovation City Management GmbH von Bottrop aus mit 17 Städten zusammen.

In der „Universitätsallianz“ Ruhr arbeiten seit 2007 die Ruhr-Universität Bochum, die TH Dortmund und die Universität Duisburg-Essen in vielfältigen Forschungsprojekten zusammen. Die Fachhochschulen in Bochum, Dortmund und Gelsenkirchen sind über eine Forschungspartnerschaft verbunden.

## 7. Raum im Stau

Zu den besonders populären Vorurteilen gehört die „Stauregion Ruhr“. Über Debatten an Stammtischen ebenso wie auf IHK-Versammlungen verdichten sich tatsächliche, empfundene oder durch Hörensagen empfangene Behinderungen im Straßenverkehr und werden über die Medien rückbestätigt.

**Tatsächlich liegen Staudichte- und -intensität in der Agglomeration Ruhr als bevölkerungsreichstem Ballungsraum bei umfassenden Stauanalysen deutlich unter denjenigen anderer Verdichtungsgebiete.**

### Die Fakten:

Das amerikanische Unternehmen INRIX ermittelt anhand von Fahrzeugdaten alljährlich weltweit die Stauzeiten in Städten und Agglomerationen und berechnet zusätzlich die damit mittelbar verbundenen individuellen und volkswirtschaftlichen Kosten. Für Deutschland ergibt sich folgendes Ergebnis:

Im Jahr 2017 lag die Metropole Ruhr bei den durchschnittlichen Wartezeiten im Stau auf Platz 5; bei den durchschnittlichen Stauraten auf Platz 9, bei den Gesamtkosten Fahrer auf Platz 8 und bei den gesellschaftlichen Gesamtkosten deutlich hinter Berlin, Hamburg und München (vgl. Tabelle 18).

TABELLE 18

## Stauzeiten in Agglomerationen und Kosten

Rang	Agglomeration	Wartezeit im Stau in Stoßzeiten in Stunden	Durchschnittliche Staurate	Gesamtkosten pro Fahrer	Gesamtkosten für Stadt
1	München	51	16 %	€ 2.984	€ 2,9 Mrd.
2	Hamburg	44	14 %	€ 2.646	€ 3,5 Mrd.
3	Berlin	44	14 %	€ 2.811	€ 6,9 Mrd.
4	Stuttgart	44	13 %	€ 2.386	€ 918 Mio.
5	Ruhr	40	10 %	€ 2.129	€ 2,2 Mrd.
6	Köln	40	11 %	€ 2.107	€ 1,4 Mrd.
7	Heilbronn	38	14 %	€ 2.317	€ 154 Mio.
8	Frankfurt	36	10 %	€ 1.820	€ 906 Mio.
9	Würzburg	35	14 %	€ 2.382	€ 241 Mio.
10	Karlsruhe	34	12 %	€ 2.166	€ 468 Mio.

Quelle: INRIX Scorecard 2017

Für das Jahr 2018 hat INRIX eine Übersicht zu den zwölf Städten mit den höchsten Stauraten veröffentlicht. In dieser Rangliste findet sich keine einzige Stadt aus der Agglomeration Ruhr, obwohl Dortmund, Duisburg und Essen zu den zwölf einwohnerstärksten Städten in Deutschland gehören.

TABELLE 19

## Top 12 Most Congested Cities in Germany

Rang in Bezug auf Staufolgen 2018 (2017)	Stadtgebiet	Verlorene Stunden im Stau (Rang 2018)	Veränderung im Jahresvergleich	Innerstädtische Fahrzeit für den letzten Kilometer	Innerstädtische Geschwindigkeit auf dem letzten Kilometer	Staukosten (pro Fahrer)	Staukosten (pro Stadt)
1 (1)	Berlin	154 (1)	-5 %	5	11 km/h	€ 1.340	€ 1.700,0 Mio.
2 (2)	Hamburg	139 (3)	-3 %	5	12 km/h	€ 1.212	€ 758,2 Mio.
3 (3)	München	140 (2)	-3 %	5	11 km/h	€ 1.218	€ 618,5 Mio.
4 (4)	Köln	99 (10)	-7 %	4	13 km/h	€ 867	€ 322,0 Mio.
5 (5)	Frankfurt	107 (7)	-8 %	6	11 km/h	€ 935	€ 239,7 Mio.
6 (6)	Stuttgart	108 (5)	-11 %	4	13 km/h	€ 938	€ 204,8 Mio.
7 (7)	Düsseldorf	100 (9)	-9 %	4	14 km/h	€ 874	€ 187,3 Mio.
8 (8)	Leipzig	108 (4)	-4 %	5	11 km/h	€ 941	€ 184,6 Mio.
9 (9)	Nürnberg	107 (6)	-11 %	5	13 km/h	€ 937	€ 167,2 Mio.
10 (10)	Bremen	96 (11)	-2 %	5	12 km/h	€ 839	€ 163,7 Mio.
11 (11)	Hannover	84 (13)	-16 %	2	20,9 km/h	€ 734	€ 136,7 Mio.
12 (12)	Bonn	104 (8)	-5 %	4	17,7 km/h	€ 911	€ 101,6 Mio.

\* Average hourly wage per capita, not household, was used in calculating the cost of congestion

Quelle: INRIX Scorecard 2018

Auch die Daten des niederländischen Unternehmens TomTom International BV zeigen, dass die Stauraten in der Metropole Ruhr unterhalb vergleichbarer Ballungsräume liegen.

Der „Traffic Index 2018“ weist in der Kategorie „Städte über 800.000 Einwohner“ die Teilregionen Ruhr West und Ruhr Ost jeweils gesondert aus (Tabelle 20). Diese belegen im innerdeutschen Vergleich hinter Hamburg, Berlin, München und Köln die Plätze 5 und 6 sowie im weltweiten Vergleich die Plätze 206 und 257.

TABELLE 20

TomTom Traffic Index 2018

#	World rank	City	Country	Congestion level	
1	67	Hamburg	Germany	33 %	↑ 1 %
2	91	Berlin	Germany	31 %	↑ 1 %
3	110	Munich	Germany	30 %	↑ 2 %
4	176	Cologne	Germany	25 %	↓ 1 %
5	206	Ruhr region west	Germany	23 %	↑ 1 %
6	257	Ruhr region east	Germany	20 %	↑ 1 %

Quelle: TomTom International BV; Traffic Index 2018

## 8. Raum ohne Wissen

Das „Ruhrgebiet“ mit seinem Mythos von Kohle und Stahl wird immer noch vorwiegend als vormals montanindustriell geprägte Region mit unterentwickelten Wissenschafts- und Bildungslandschaften gesehen.

Tatsächlich ist die Agglomeration Ruhr mit rund 280.000 Studierenden, rund 2.600 Professorinnen und Professoren sowie rund 600 Studiengängen die größte Hochschullandschaft in Deutschland.

### Die Fakten:

In Berlin gibt es insgesamt rund 200.000 Studierende; die Stadt München verzeichnet aktuell rund 125.000.

Neben den fünf Universitäten gibt es in der Agglomeration Ruhr 17 Fach- und Kunsthochschulen. Berlin verzeichnet ebenfalls fünf Universitäten sowie weitere zehn Fach- und Kunsthochschulen (Quelle: [www.Berlin.de](http://www.Berlin.de)); in München gibt es drei Universitäten sowie elf Fach- und Kunsthochschulen (Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst).

Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht, dass die Hochschulen in der Metropole Ruhr über einen längeren Zeitraum die höchsten Zuwachsraten bei den Studierenden verzeichnen.

TABELLE 21

## Zuwachsrate bei den Studierenden im Vergleich der Metropolregionen

Rang	Metropolregion	WS 2013/14	Entwicklung zum WS 2007/08
1	Metropole Ruhr	261.500	+68,7 %
2	Rhein-Ruhr (ohne Metropole Ruhr)	223.500	+39,1 %
3	Frankfurt-Rhein-Main	221.900	+26,0 %
4	Berlin-Brandenburg	215.500	+20,3 %
5	Mitteldeutschland	204.800	-2,9 %
6	München	167.000	+38,7 %
7	Hamburg	127.000	+37,6 %
8	Stuttgart	122.000	+45,6 %
9	Hannover-Braunschweig-Göttingen	141.100	+27,3 %
10	Erlangen-Nürnberg	94.200	+48,8 %
11	Rhein-Neckar	84.800	+43,0 %
12	Bremen-Oldenburg	58.800	+19,1 %

Quelle: Wissenschaftsregion Ruhr; Hg. RVR; Prof. Kriegesmann et al.; IAI 2015

Aber nicht nur die Quantität der Hochschullandschaft ist herausragend:

- Die drei Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen haben sich zur „Universitätsallianz Ruhr“ zusammengeschlossen und bündeln seit 2007 Kompetenzen und Ressourcen, um ihre Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit weiter auszubauen. Unter dem Motto „gemeinsam besser“ eröffnen sie Forscherinnen und Forschern vielfältige Möglichkeiten zur Kooperation und Vernetzung. Die Studierenden profitieren von dem großen Angebot an Bachelor- und Masterstudiengängen mit zahlreichen Spezialisierungsmöglichkeiten. Insgesamt sind bereits über 100 Kooperationen in Forschung, Lehre und Verwaltung entstanden.
- Mit der Ruhr-Universität Bochum und der Universität Duisburg-Essen befinden sich zwei von nur insgesamt sechs deutschen Volluniversitäten inklusive Ingenieurwissenschaften und Medizin in der Metropole Ruhr.
- Mit der Fernuniversität Hagen wurde die erste und einzige staatliche Fernuniversität 1974 in Ruhr gegründet, die heute nach Studierendenzahlen die größte Hochschule Deutschlands ist.
- Die Universität Witten-Herdecke war die erste private Universität Deutschlands (gegründet 1983).
- Im Jahr 2010 eröffnete in Bochum die erste staatliche Hochschule für Gesundheitsberufe, die zur Akademisierung der Pflegeberufe beiträgt.

Die **Wissenschaftseinrichtungen** in der Metropole Ruhr schaffen nicht nur eine wichtige Fachkräftebasis und liefern „Vorleistungen“ für Innovationen, sondern sind auch selbst **Wirtschaftsfaktor**.

Durch die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen werden knapp 2,5 Milliarden € in der Metropole Ruhr nachfragewirksam. Davon stehen 1,7 Milliarden € in direktem Zusammenhang mit Investitions- und Sachausgaben der Wissenschaftseinrichtungen. Weitere 770 Millionen € führen über Konsumausgaben der Beschäftigten und Studierenden zu Umsätzen in anderen Branchen wie Wohnungswirtschaft, Handel, Gastronomie, Handwerk etc.

Von Bedeutung ist auch, dass die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen insbesondere über Forschungstätigkeiten Mittel der Europäischen Union, des Bundes, von Stiftungen oder Unternehmen akquirieren. Jeder Euro aus der Grundfinanzierung des Landes erzeugt wiederum 39 Cent an Drittmittel.

Etwa 25.000 Menschen sind direkt in Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Studierendenwerken beschäftigt, weitere circa 22.000 Arbeitsplätze in anderen Wirtschaftszweigen werden durch die ausgelöste Nachfrage gesichert beziehungsweise geschaffen.

Insgesamt rund 47.000 Beschäftigte sind also direkt oder indirekt für hiesige Wissenschaftseinrichtungen tätig, das entspricht rund 3% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Wissenschaftsregion Ruhr; Hg. RVR; Prof. Kriegesmann et al.; IAI 2015).

## 9. Raum ohne Gründer

Eine allgemein verbreitete Einschätzung: Im „Ruhrgebiet“ gibt es wenig Start-ups; Unternehmensgründer haben es hier besonders schwer.

**Tatsächlich gibt es in der Metropole Ruhr eine breite Gründerszene – sie entfaltet sich insbesondere rund um die Hochschulen und in den großen Städten.**

### Die Fakten:

In den letzten Jahren entwickelt sich das „Ruhrgebiet“ mehr und mehr zum Hotspot für Gründerinnen und Gründer. Einige Highlights sind im Folgenden aufgelistet.

#### Duisburg/Essen:

- Auf dem ehemaligen Bahngelände in Wedau wird der Campus Wedau mit Einrichtungen der Universität Duisburg-Essen entstehen.
- IDE – Kompetenzzentrum für Innovation und Unternehmensgründung an der Universität Duisburg-Essen. Seit mehr als 20 Jahren steht das Team Gründungsinteressierten zur Seite. Erfolg bei der Einwerbung des Innovationslabors „Future Champions Accelerator Rhein-Ruhr“.
- neuer Masterstudiengang „Innopreneurship“
- Gründerallianz Ruhr, initiiert vom Initiativkreis Ruhr, RAG-Stiftung, RAG Aktiengesellschaft und Evonik Industries als zentrale Anlaufstelle für die Ruhr-Wirtschaft und Gründer. Hauptsitz in Haus 5 auf Zeche Zollverein. Das Gesicht der Gründerallianz ist Gründerkoordinator Christian Lüdtke.
- ruhr:HUB: wurde Ende 2016 als Teil der Initiative Digitale Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen ins Leben gerufen, um im „Ruhrgebiet“ als Zentralstelle für die Digitalisierung in der Region sowie als Matchmaker zwischen den Akteuren zu fungieren und insbesondere die Gründerkultur und Community zu fördern. Mit Sitz in Essen für die gesamte Region.

#### Region Dortmund:

- TU Dortmund erfolgreich im Wettbewerb Exzellenz Start-up Center.NRW des MWIDE im Januar 2019
- 2017 hat die TU Dortmund das Centrum für Entrepreneurship & Transfer (CET) als zentrale universitäre Serviceeinrichtung gegründet, um ihren Mitgliedern auch konkret bei der Gründung von Unternehmen, bei der Bewertung, Anmeldung und Verwertung von Erfindungen und Patenten, bei der Kooperation mit Unternehmen sowie bei der Ausbildung von unternehmerischen Kompetenzen zu helfen.
- 2018 war das CET erfolgreich bei der Einwerbung des Innovationslabors StartUP.InnoLab.

- TechnologieZentrumDortmund: Deutschlands größtes Technologiezentrum (mehr als 10.000 Mitarbeiter/-innen). Seit mehr als 30 Jahren renommierte Adresse für technologieorientierte Jungunternehmen und Start-ups.

Bochum:

- RUB erfolgreich im Wettbewerb Exzellenz Start-up Center.NRW des MWIDE im Januar 2019.
- Cube 5 als vom BMBF geförderter Gründungsinkubator für IT-Sicherheit seit Dezember 2017. Angesiedelt am Horst Görtz Institut (HGI).
- Das HGI hat seit seiner Gründung 16 Start-ups im Bereich IT-Sicherheit hervorgebracht (deutscher Spitzenreiter). Diese wurden dann unter anderem von Google, Bosch, Rohde & Schwarz und dem TÜV Rheinland übernommen. Escrypt (Start-up der ersten Generation des HGI, übernommen von Bosch) siedelt sich nun auf MARK 51°7 an und schafft bis zu 2.000 Arbeitsplätze
- Auf MARK 51°7 hat die RUB die Hälfte des ehemaligen Verwaltungsgebäudes gemietet und baut dort einen Makerspace auf.
- Worldfactory als eines der zentralen Transfer- und Gründungsprojekte der Ruhr-Universität Bochum
- 2017 gründete die RUB das Centrum für Entrepreneurship, Innovation und Transformation (CEIT) als Verbindungselement und Katalysator für wirtschaftswissenschaftlich fundierte Projekte in Forschung und Praxis.

## 10. Raum ohne Kultur

Die Metropole Ruhr wird hinsichtlich ihrer kulturellen Bedeutung und Leistung auch gegen Ende der montanindustriellen, kulturarmen Epoche immer noch eher punktuell über einzelne Ausstellungen, Theateraufführungen, Konzerte oder besondere Orte wahrgenommen und weniger als großer und bedeutender Kulturraum.

**Tatsächlich verfügt die Agglomeration Ruhr über eine der dichtesten und vielfältigsten Kulturlandschaften in Europa.**

### Die Fakten:

Die kulturelle Infrastruktur ist umfassend:

6 Ruhrgebietsorchester und 11 Theater- und Opernhäuser – Ruhr gilt als die dichteste Theaterlandschaft der Welt –, 200 Museen, davon 20 national und international arbeitende Kunstmuseen zusammengeschlossen in RuhrKunstMuseen (RKM); in jeder Kommune Stadtarchive, Bibliotheken, Konzert- und Veranstaltungshallen, renommierte Tanzhäuser, allen voran PACT Zollverein, eine Vielzahl von Festivals und Events, Kulturzentren und Kinos.

Die Urbanen Künste Ruhr initiieren Projekte der Gegenwartskunst im öffentlichen Raum, Ausstellungen, Residenz-Programme und Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit lokalen und internationalen Kooperationspartnern. Und ähnlich präsentiert die viel beachtete Em-scherkunst als Triennale internationale Gegenwartskunst im öffentlichen Raum. Vor allem die Ruhrtriennale zieht internationale Aufmerksamkeit mit Theater-, Opern- und Konzertveranstaltungen sowie mit Lesungen und Diskussionsveranstaltungen auf sich.

Allein die Quantität der fast unzähligen Angebote in Ruhr stellt – ausweislich der jeweiligen lokalen Stadt- und Veranstaltungsführer und der städtischen/regionalen Annoncen für Kulturangebote, nicht zuletzt auch des Regionalverbands Ruhr – alles in den Schatten, was anderswo – in München, Hamburg oder Berlin – aufgeboten werden kann. Dieser Vergleich aber ist problematisch, weil er die Berliner Einwohnerzahl von 3,6 Millionen, von Hamburg

mit 1,8 Millionen und von München mit 1,5 Millionen in Beziehung zur Metropole Ruhr mit 5 Millionen Einwohnern setzt.

Ebenso anfällig ist ein **qualitativer Vergleich**: Das Museum Folkwang, das Ruhr Museum, das Lehmbruck Museum oder das Osthaus Museum gegen die Hamburger Kunsthalle oder die Deichtorhallen, die Münchener Pinakotheken oder das Lenbachhaus in Stellung zu bringen, die Philharmonie in Essen gegen die Bayerische Staatsoper oder die Hamburger Staatsoper, das Bochumer Schauspielhaus gegen das Nationaltheater München oder das Schauspielhaus Hamburg auszuspielen, ist wenig seriös. Was wäre der Maßstab, um die Bedeutung der Ruhrtriennale im Verhältnis etwa zum Hamburger Theaterfestival oder zum Münchner Filmfest auszumessen?

Und die Berliner Museums-, Theater-, Opern- und Filmlandschaft ist wegen des Charakters der nationalen Hauptstadt und ihrer herausgehobenen Förderung durch den Bund sowie infolge der langjährigen weit überproportionalen Kulturförderung auf beiden Seiten der Mauer in der ehemals geteilten Stadt unvergleichbar.

Nicht weniger überzeugend wäre ein zahlenmäßiger Vergleich der **Berichterstattung in den Medien** über kulturelle Veranstaltungen in München, Hamburg, Berlin und Ruhr. Die Zeitungslandschaft in Deutschland ist so gestaltet, dass die überregionalen Zeitungen und Fachzeitschriften Berlin und in Abstufungen München und Hamburg im Fokus haben, weit abgeschlagen danach Ruhr. Selbst international hochgelobte Aufführungen etwa der Ruhrtriennale unter der Leitung exzellenter Intendanten wie Gerard Mortier, Jürgen Flimm, Willy Decker, Heiner Goebbels und Johan Simons haben es schwer gegen das, was von Bayreuth bis zur Berlinale medial ausgelöst wird.

Völlig unübersichtlich wird die Szenerie, wenn man die **spartenübergreifenden kulturellen Einrichtungen** von Ruhr, Berlin, Hamburg oder München zueinander in Beziehung setzt. Ein Blick in die lokalen Veranstaltungsanzeiger zeigt, wie vielfältig und unvergleichbar, aber auch wie schnell wandelbar diese Art der kulturellen Infrastruktur ist: soziokulturelle Zentren, die in Ruhr ihren historischen Ausgangspunkt hatten, Bürgerhäuser, Kulturläden, interkulturelle Begegnungsstätten, Dritte-Welt-Läden, Tanz-, Theater-, Musik- und Kulturforen oder Einrichtungen der kulturellen Jugendarbeit. Ruhr als Stammland der Soziokultur weist auch heute noch etwa 1,8 Millionen jährlicher Besucher auf.

Feldforschungen für derartige spartenübergreifende kulturelle Einrichtungen und Angebote in Ruhr fehlen allerdings leider ebenso wie für Berlin, Hamburg oder München. Insofern lassen sich valide Vergleiche nicht anstellen. Die Hypothese allerdings, dass diese „Alltagskultur“-Angebote und Szeneattraktionen in Ruhr jedenfalls nicht seltener sind als in den anderen Metropolen, ist sehr plausibel.

## 11. Raum ohne Grün

Auch das „graue Ruhrgebiet“ ist ein vielfach verwendetes Stereotyp – vornehmlich in der Wahrnehmung von außen, aber ebenso in der medialen Kommunikationslandschaft.

**Tatsächlich verfügt die Agglomeration Ruhr trotz der dichten Besiedelung über signifikante Grünanteile – auch im Vergleich mit anderen Großstädten.**

### Die Fakten:

Ein gemeindefreies Bild der Grünanteile in den Städten mit bundesweiter Vergleichbarkeit bietet der „Normalized Difference Vegetation Index (NDVI)“. Auf der Basis von Landsat-Bildern können hierüber die **realen Grünanteile** in den 79 deutschen Großstädten ermittelt werden. Dabei wird das Stadtgrün nicht nur sichtbar, sondern auch zähl- und ver-

gleichbar. Neben Parkanlagen und Sportflächen werden so auch private Gärten, Alleen und begrünte Höfe einbezogen.

Für Groß- und Mittelstädte in der Agglomeration Ruhr ergibt sich ein nahezu durchgehend positives Bild. So liegt der Grünanteil in Städten wie Dortmund, Duisburg oder Essen gleichauf mit oder deutlich über Städten wie Düsseldorf und Köln. Die Stadt Hagen liegt mit einem Grünanteil von rund 81 % in der Spitzengruppe aller 79 untersuchten Städte. Auch bei den mittelgroßen Kommunen weisen Städte wie Moers oder Recklinghausen hohe Werte zwischen rund 66 % und rund 71 % auf.

TABELLE 22

**Grünanteil in Städten im Vergleich**

Stadt	Anteil Pflanzengrün
Duisburg	56,7 %
Herne	58,3 %
Gelsenkirchen	63,7 %
Moers	66,2 %
Essen	68,0 %
Bochum	69,4 %
Dortmund	70,7 %
Recklinghausen	70,7 %
Mülheim an der Ruhr	72,6 %
Bottrop	72,9 %
Hamm	80,0 %
Hagen	81,4 %
<b>Zum Vergleich</b>	
Ludwigshafen	34,8 %
Siegen	85,8 %
Köln	58,4 %
Düsseldorf	56,7 %
Hamburg	71,3 %

Quelle: Normalized Difference Vegetation Index

Zur Veranschaulichung der Gegebenheiten in der Agglomeration Ruhr einige Beispiele unter Einbeziehung der Einwohnerzahlen pro Quadratkilometer:

- Stadt Bochum 2.504 Einwohner pro Quadratkilometer – Grünindex 69,4 % der Fläche
- Stadt Düsseldorf 2.815 Einwohner pro Quadratkilometer – Grünindex 56,7 % der Fläche
- Stadt Dortmund 2.088 Einwohner pro Quadratkilometer – Grünindex 70,7 % der Fläche
- Stadt Essen 2.769 Einwohner pro Quadratkilometer – Grünindex 68 % der Fläche
- Stadt Köln 2.618 Einwohner pro Quadratkilometer – Grünindex 58,4 % der Fläche

(Quelle Einwohnerzahlen pro Quadratkilometer: IT.NRW )

## 12. Raum ohne Raum

Die Agglomeration Ruhr ist dicht besiedelt. In der allgemeinen Wahrnehmung folgt daraus, dass für Erweiterungen der Siedlungsbereiche – zum Beispiel im gewerblichen Bereich oder beim Wohnraum – nicht genügend Fläche zur Verfügung steht.

Tatsächlich ist die Einwohnerdichte in den Städten der Metropole Ruhr wegen der besonderen Siedlungsstrukturen geringer als in anderen Ballungsräumen. Darüber hinaus ist die Region besonders erfolgreich in dem Bemühen, Altflächen für neue Nutzungen zu aktivieren. Durch die Mobilisierung ehemaliger Industrieflächen wurden in der Agglomeration Ruhr seit den 1980er-Jahren rund 54 Quadratkilometer für neue Nutzungen bereitgestellt.

### **Die Fakten:**

Die Agglomeration Ruhr hat eine durchschnittliche Bevölkerungsdichte von 1.150 Menschen pro Quadratkilometer und liegt damit deutlich unter anderen Ballungsräumen wie zum Beispiel München, Stuttgart oder Köln.

TABELLE 23: BEVÖLKERUNGSDICHTE

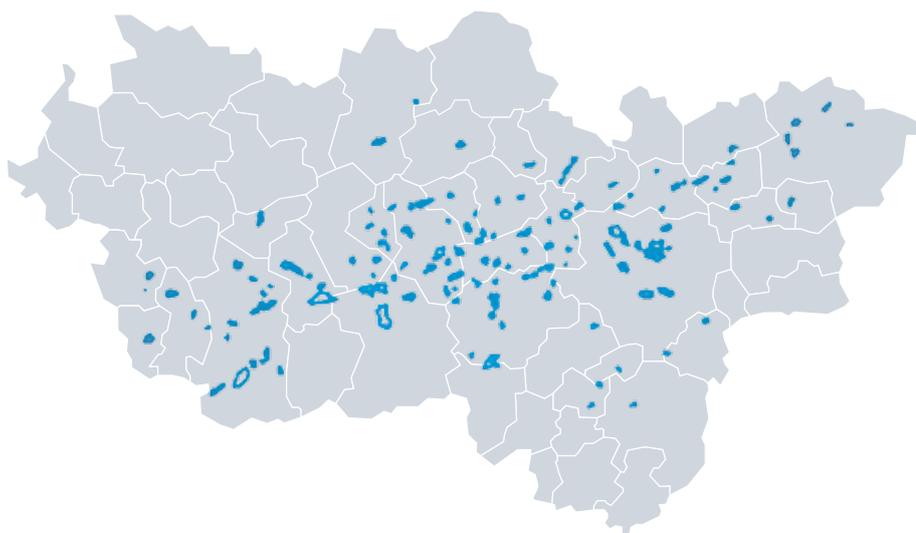
Rang	Name	Fläche in km <sup>2</sup>	Einwohner (31.12.2007)	Einwohner je km <sup>2</sup>	Kreis	Bundesland
1.	München	310,40	1.311.573	4.225	Kreisfreie Stadt	BY
2.	Berlin	891,02	3.416.255	3.834	Kreisfreie Stadt	BE
3.	Ottobrunn*	5,53	19.836	3.587	München	BY
4.	Herne	51,40	168.454	3.277	Kreisfreie Stadt	NW
5.	Gröbenzell	6,36	19.275	3.031	Fürstfeldbruck	BY
6.	Stuttgart	207,35	597.176	2.880	Stadtkreis	BW
7.	Oberhausen	77,04	217.108	2.818	Kreisfreie Stadt	NW
8.	Essen	210,37	582.140	2.767	Kreisfreie Stadt	NW
9.	Nürnberg	186,40	503.110	2.699	Kreisfreie Stadt	BY
10.	Düsseldorf	217,01	581.122	2.678	Kreisfreie Stadt	NW
11.	Frankfurt am Main	248,31	659.021	2.654	Kreisfreie Stadt	HE
12.	Offenbach am Main	44,90	118.245	2.634	Kreisfreie Stadt	HE
13.	Bochum	145,43	381.542	2.324	Kreisfreie Stadt	NW
14.	Eppelheim	5,70	14.629	2.566	Rhein-Neckar-Kreis	BW
15.	Hannover	204,14	518.069	2.538	Region Hannover	NI
16.	Unterhaching*	10,08	22.065	2.527	München	BY
17.	Gelsenkirchen	104,86	264.765	2.525	Kreisfreie Stadt	NW
18.	Köln	405,15	995.397	2.457	Kreisfreie Stadt	NW
19.	Neubiberg*	5,77	14.050	2.435	München	BY
20.	Buckenhof*	1,40	3.293	2.386	Erlangen-Höchstadt	BY
21.	Hamburg	755,16	1.770.629	2.345	Kreisfreie Stadt	HH
22.	Steinbach (Taunus)	4,40	9.954	2.262	Hochtaunuskreis	HE
23.	Schwalbach am Taunus	6,47	14.571	2.252	Main-Taunus-Kreis	HE
24.	Asperg	5,80	13.058	2.251	Ludwigsburg	BW
25.	Elmhorn	21,36	48.052	2.250	Pinneberg	SH
26.	Bonn	141,22	316.416	2.241	Kreisfreie Stadt	NW
27.	Glienicke/Nordbahn*	4,60	10.270	2.233	Oberhavel	BB
28.	Kronshagen*	5,35	11.922	2.228	Rendsburg-Eckernförde	SH
29.	Eichwalde*	2,80	6.073	2.169	Dahme-Spreewald	BB
30.	Hilden	25,95	56.180	2.165	Mettmann	NW
31.	Mannheim	144,96	309.765	2.137	Stadtkreis	BW
32.	Duisburg	232,80	496.665	2.133	Kreisfreie Stadt	NW
33.	Kornwestheim	14,65	31.136	2.125	Ludwigsburg	BW
34.	Gladbeck	35,90	75.997	2.117	Recklinghausen	NW
35.	Wuppertal	168,38	356.420	2.117	Kreisfreie Stadt	NW
36.	Ludwigshafen am Rhein	77,68	163.777	2.108	Kreisfreie Stadt	RP
37.	Dortmund	280,40	586.909	2.093	Kreisfreie Stadt	NW

Rang	Name	Fläche in km <sup>2</sup>	Einwohner (31.12.2007)	Einwohner je km <sup>2</sup>	Kreis	Bundesland
38.	Leverkusen	78,85	161.345	2.046	Kreisfreie Stadt	NW
39.	Mainz	91,74	198.118	2.027	Kreisfreie Stadt	RP
40.	Ludwigsburg	43,34	87.349	2.015	Ludwigsburg	BW
41.	Kiel	118,65	236.902	1.997	Kreisfreie Stadt	SH
42.	Esslingen am Neckar	46,42	91.557	1.972	Esslingen	BW
43.	Pinneberg	21,54	42.301	1.964	Pinneberg	SH
44.	Weißenturm	3,99	7.768	1.947	Mayen-Koblenz	RP
45.	Weingarten (Württemberg)	12,17	23.591	1.938	Ravensburg	BW
46.	Wolfratshausen	9,13	17.560	1.923	Bad Tölz-Wolfratshausen	BY
47.	Monheim am Rhein	23,12	43.353	1.875	Mettmann	NW
48.	Mülheim an der Ruhr	91,28	168.925	1.851	Kreisfreie Stadt	NW
49.	Schenefeld (Kreis Pinneberg)	9,99	18.444	1.846	Pinneberg	SH
50.	Solingen	89,48	162.575	1.817	Kreisfreie Stadt	NW

Quelle: Destatis 2016

Die systematische Mobilisierung ehemaliger Industrieflächen ist ein besonderes Merkmal der Metropole Ruhr. Die Gesamtgröße der für neue Nutzungen verfügbaren Flächen entspricht rund 54 Quadratkilometern und ist damit höher als die Grundfläche der Stadt Herne (rund 52 Quadratkilometer). Die nachfolgende Karte zeigt die Verteilung der neu genutzten Industriebrachen im Raum.

GRAFIK 6: RÄUMLICHE VERTEILUNG DER NEU GENUTZTEN INDUSTRIEBRACHEN  
**Rund 5.431 Hektar Brachen seit den 80er-Jahren ungenutzt**



Quelle: Büro für Regionalanalyse (BFR); Dortmund 2014

Die nachfolgende Tabelle zeigt, welche Nutzungen auf den neu verfügbaren Flächen vorgesehen sind beziehungsweise realisiert wurden. Rund 70 % der Brachflächen wurden für überwiegend wirtschaftsorientierte Zwecke – in Gewerbegebieten, Misch- oder Sondergebieten – genutzt oder stehen für derartige Zwecke zur Verfügung. Rund 20 % dienen der Erholung, der Land- oder der Wasserwirtschaft.

TABELLE 24

**FNP-Ausweisung der neu nutzbaren Brachflächen**

FNP-Ausweisung	in ha	in %
Wohnbaufläche	169	3,1
Mischgebiete	291	5,4
Gewerbegebiete	2.953	54,4
Sondergebiete	566	10,4
Gemeinbedarf	19	0,3
Verkehrsfläche	308	5,7
Versorgungsfläche	22	0,4
Grünfläche	687	12,7
Wasserwirtschaft	71	1,3
Landwirtschaft/Wald	299	5,5
Nutzung undefiniert	45	0,8

Quelle: Kommunale Flächennutzungspläne; Stand 2014

### 13. Raum ohne Gäste

Wer fährt schon in das „graue Ruhrgebiet“?

Tatsächlich haben die Übernachtungszahlen in der Agglomeration Ruhr seit dem Jahr 2000 überproportional zugenommen.

#### Die Fakten:

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick zur Entwicklung der Übernachtungszahlen:

TABELLE 25

**Entwicklung der Übernachtungszahlen im Vergleich**

	Zunahme absolut (Mio.)		Zunahme absolut (Mio.)	
	2000–2016	Zunahme in %	2010–2016	Zunahme in %
Deutschland	120.838	27,0	66.844	14,9
NRW	12.950	26,1	7.481	15,1
<b>Metropole Ruhr</b>	<b>3.033</b>	<b>39,4</b>	<b>1.203</b>	<b>15,6</b>

Quelle: [www.ruhr-tourismus.de](http://www.ruhr-tourismus.de)

Im Zeitraum von 2000 bis 2016 lag die Zunahme bei den Übernachtungszahlen um mehr als 12 % über den Bundes- und mehr als 13 % über den Landeswerten. Auch in der Kurzzeitbetrachtung für die Jahre 2010 bis 2016 liegen die Werte für die Metropole Ruhr über dem Bundes- und Landesdurchschnitt.

## TEIL IV HERAUSFORDERUNGEN

Ein signifikantes Merkmal des gesellschaftlichen Diskurses in der Agglomeration Ruhr besteht darin, dass

- Themen wie die mangelnde Zusammenarbeit oder Verkehrsstaus intensiv diskutiert werden, obwohl ihre faktische Bedeutung über simple Gegenevidenzen leicht zu relativieren oder gar zu widerlegen ist,
- während gleichzeitig fundamentale Herausforderungen für die Entwicklung der Metropole Ruhr in der öffentlichen Diskussion keine oder nur eine nachgeordnete Rolle spielen.

Zu den bislang in der öffentlichen Wahrnehmung nur wenig diskutierten fundamentalen Herausforderungen gehören jedoch insbesondere

- die Entwicklung des BIP, der Einkommen und des Arbeitsmarktes
- die Entwicklung bei den Sozialleistungen
- die damit zusammenhängende Situation bei den Kommunal финанzen
- die unzureichende Ausstattung der Hochschulen und der geringe Besatz mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen
- die niedrigen Werte in den Bereichen Forschung und Innovation

In den folgenden Abschnitten werden die genannten Herausforderungen inhaltlich ange-rissen und schlaglichtartig belegt:

### 1. BIP, Einkommen und Arbeitsmarkt

Das Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen hat sich zwar seit dem Jahr 2000 kontinuierlich erhöht, ist aber immer noch deutlich niedriger als im Durchschnitt des Landes NRW, dessen Wert nur in den Städten Duisburg und Essen übertroffen wird. Tatsächlich ist der Abstand zwischen den Durchschnittswerten für die Metropole Ruhr und das Land NRW seit dem Jahr 2000 nach einer zwischenzeitlichen Annäherung um das Jahr 2010 herum wieder angewachsen:

TABELLE 26

#### Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in €

Kreisfreie Stadt/Kreis	2000	2010	2016
Bochum	50.852	58.916	64.636
Bottrop	38.935	46.956	52.245
Dortmund	50.334	58.968	68.744
Duisburg	57.408	67.865	73.774
Essen	56.807	73.821	73.328
Gelsenkirchen	56.163	66.901	67.777
Hagen	48.970	58.536	63.611
Hamm	43.494	57.954	61.803
Herne	37.627	50.709	57.956
Mülheim an der Ruhr	52.964	66.085	69.222
Oberhausen	47.557	55.210	62.307
Ennepe-Ruhr-Kreis	48.872	59.804	66.258

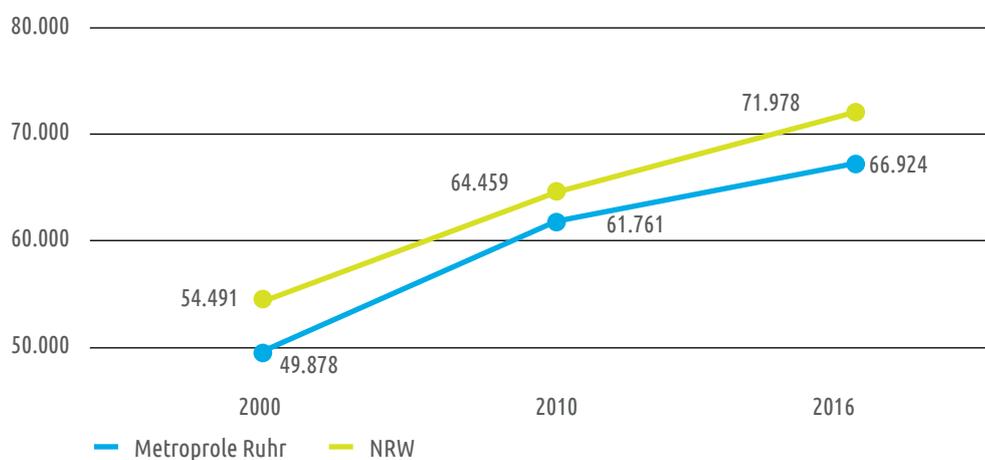
Kreisfreie Stadt/Kreis	2000	2010	2016
Kreis Recklinghausen	42.001	58.619	62.863
Kreis Unna	47.955	60.424	66.690
Kreis Wesel	46.823	57.273	64.174
<b>Metropole Ruhr</b>	<b>49.878</b>	<b>61.761</b>	<b>66.924</b>
<b>NRW</b>	<b>54.491</b>	<b>64.459</b>	<b>71.978</b>
<b>Differenz NRW zu MR</b>	<b>4.613</b>	<b>2.698</b>	<b>5.054</b>

Berechnungsstand: Juli 2018

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Landesbetrieb für Information und Technik, NRW

GRAFIK 7

### BIP je Erwerbstätigen in €



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Landesbetrieb für Information und Technik, NRW.

Diese Entwicklung spiegelt sich im Bereich der verfügbaren Einkommen pro Einwohner. Auch hier ist eine deutliche Steigerung zu verzeichnen – aber auch hier hat sich der Abstand zum Durchschnitt des Landes vergrößert:

TABELLE 27

### Verfügbares Einkommen je Einwohner

Kreisfreie Stadt/Kreis	2006	2010	2016
Bochum	16.584	17.235	19.620
Bottrop	16.272	17.481	19.674
Dortmund	18.724	19.851	18.946
Duisburg	12.391	12.973	16.881
Essen	17.752	18.490	20.159
Gelsenkirchen	14.487	14.991	16.203
Hagen	17.555	18.209	19.774
Hamm	14.712	15.764	18.006

Kreisfreie Stadt/Kreis	2006	2010	2016
Herne	14.710	15.424	17.579
Mülheim an der Ruhr	20.786	20.736	23.091
Oberhausen	15.124	16.180	18.181
Ennepe-Ruhr-Kreis	20.646	21.610	24.220
Kreis Recklinghausen	16.176	17.279	19.860
Kreis Unna	16.472	17.564	20.806
Kreis Wesel	17.164	18.478	21.372
<b>Metropole Ruhr</b>	<b>16.577</b>	<b>17.460</b>	<b>19.680</b>
<b>NRW</b>	<b>18.059</b>	<b>19.106</b>	<b>21.614</b>
<b>Differenz NRW zu MR</b>	<b>1.482</b>	<b>1.646</b>	<b>1.934</b>

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Landesbetrieb für Information und Technik, NRW

GRAFIK 8

#### Verfügbares Einkommen je Einwohner

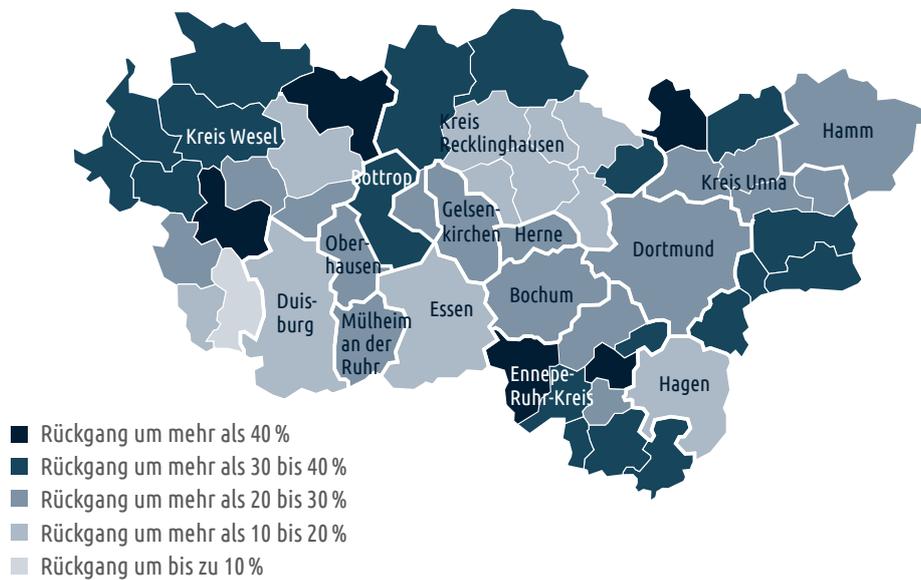


Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Landesbetrieb für Information und Technik, NRW

Die Zahl der registrierten **Arbeitslosen** hat sich im Zeitraum 2006 bis 2016 in allen Städten und Gemeinden der Agglomeration Ruhr deutlich verringert. Der kommunale Minimalwert liegt bei einer Abnahme von rund 6 %; der Spitzenwert bei einem Rückgang von rund 47 %. Die nachfolgende Karte zeigt die Verteilung der Rückgänge innerhalb der einzelnen Kommunen.

GRAFIK 9

## Entwicklung der Arbeitslosenzahl in der Metropole Ruhr 2008 bis 2016



Quelle: Karte RVR; Zahlen IT.NRW

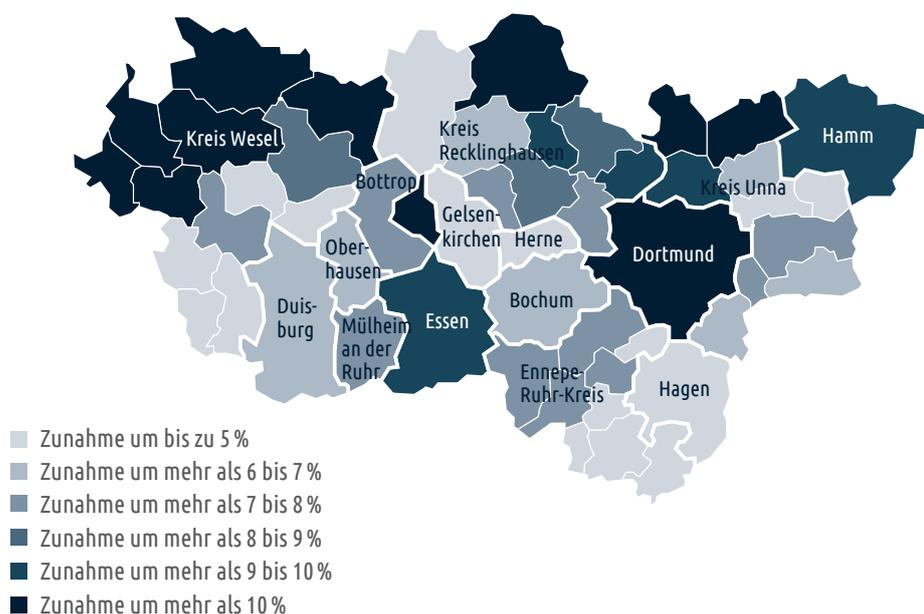
Der Durchschnittswert für die gesamte Metropole Ruhr in diesem Zeitraum beträgt  $-23,8\%$ . Dieser Wert liegt allerdings um  $4,5\%$  unter dem entsprechenden Wert für das Land Nordrhein-Westfalen ( $-28,3\%$ ) und  $16,2\%$  unter dem Vergleichswert für Deutschland ( $-40,0\%$ ).

Damit hat sich bei der Arbeitslosigkeit der Abstand zwischen der Agglomeration Ruhr einerseits und dem Landes- und Bundesdurchschnitt andererseits trotz einer anhaltend guten Wirtschaftsentwicklung nicht verkürzt.

Analog zum Rückgang der Arbeitslosigkeit hat sich ein erheblicher Anstieg bei der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse (SvB) ergeben. Zwischen 2008 und 2015 ist die Zahl der SvB in der Metropole Ruhr um durchschnittlich  $7,6\%$  gewachsen. In elf Kommunen lag der Anstieg über  $10\%$ , nur in sechs Kommunen lag er unter  $6\%$ .

GRAFIK 10

### Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Metropole Ruhr



Quelle: Regionalverband Ruhr

Allerdings sind in diesem Bereich ebenfalls höhere Vergleichswerte für NRW (+10 % gegenüber 7,6 %) und Deutschland (11,1 % gegenüber 7,6 %) zu verzeichnen. Auch hier wächst also der Abstand.

## 2. Soziale Segregation

Trotz deutlichem Rückgang der Arbeitslosigkeit, erheblichem Anstieg der sozialversicherten Beschäftigungsverhältnisse und erheblicher Steigerung des Bruttoinlandsprodukts ist in allen kreisfreien Städten und einem Kreis ein Anstieg bei den Empfängern von „Mindestsicherungsleistungen“ zu verzeichnen.

Zu den Mindestsicherungsleistungen zählen im Einzelnen:

- Leistungen nach SGB II („Hartz IV“),
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII (GSiAE),
- laufende Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen,
- (HLU-)Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG).

Im Zeitraum von 2007 bis 2017 hat sich die Quote der Empfängerinnen und Empfänger derartiger Leistungen in der Metropole Ruhr um durchschnittlich 2,2 % erhöht. Zwar verzeichnet auch das Land NRW – entgegen dem Bundestrend – für diesen Zeitraum einen Anstieg der Mindestsicherungsleistungen, dieser fällt aber mit rund 1,2 % deutlich niedriger aus. Lediglich der Ennepe-Ruhr-Kreis, der Kreis Wesel und der Kreis Unna liegen unter beziehungsweise auf der Höhe des Landesdurchschnitts:

TABELLE 28

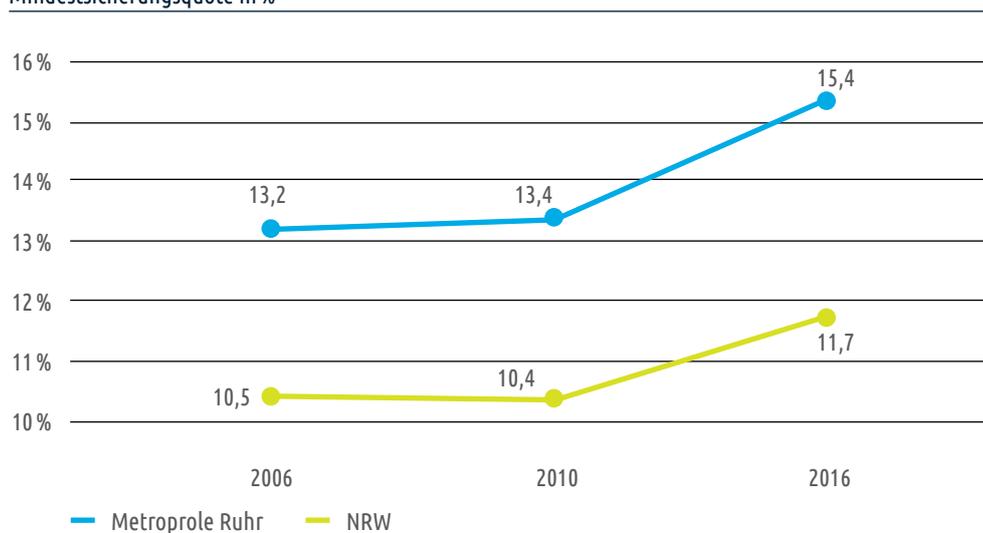
## Mindestsicherungsquote in %

Kreisfreie Stadt/Kreis	2007	2012	2017
Bochum	11,7	12,4	14,7
Bottrop	11,5	11,1	12,3
Dortmund	15,9	16,0	18,0
Duisburg	15,9	15,3	17,9
Essen	15,6	16,6	18,6
Gelsenkirchen	18,8	19,0	22,7
Hagen	14,3	13,9	17,2
Hamm	13,0	13,0	13,3
Herne	14,1	14,9	17,7
Mülheim an der Ruhr	11,6	12,6	15,4
Oberhausen	14,0	14,0	16,2
Ennepe-Ruhr-Kreis	9,0	9,5	10,8
Kreis Recklinghausen	12,4	12,7	14,5
Kreis Unna	11,0	10,9	11,7
Kreis Wesel	9,4	8,4	9,7
<b>Metropole Ruhr</b>	<b>13,2</b>	<b>13,4</b>	<b>15,4</b>
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>10,5</b>	<b>10,4</b>	<b>11,7</b>
<b>Differenz NRW zu MR</b>	<b>-2,7</b>	<b>-3,0</b>	<b>-3,7</b>

Quelle: Landesbetrieb für Information und Technik, NRW

GRAFIK 11

## Mindestsicherungsquote in %

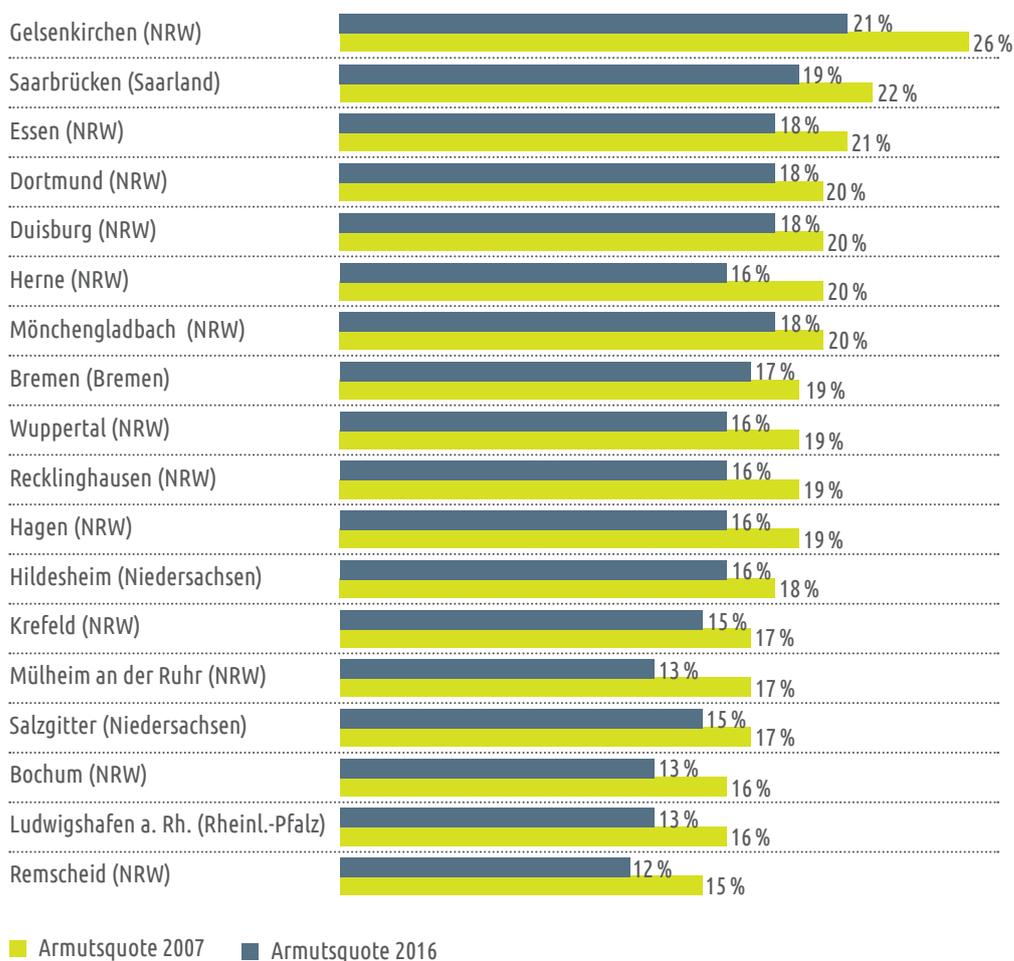


Quelle: Landesbetrieb für Information und Technik, NRW

Eine vergleichende Analyse der BertelsmannStiftung für den Zeitraum 2007 bis 2016 für alle deutschen Städte mit über 100.000 Einwohnern weist aus, dass von den 18 Städten mit den höchsten Zuwachsraten bei den Sozialleistungen insgesamt 9 in der Agglomeration Ruhr – und weitere 4 in NRW außerhalb der Metropole Ruhr – liegen (vgl. Grafik 12).

GRAFIK 12: ARMUT IN GROSSSTÄDTEN – 2007 BIS 2016

**In diesen Großstädten nimmt die Armut zu**



\* Sozialhilfeempfänger nach SGB II/SGB XII

Quelle: BertelsmannStiftung, Statistische Ämter der Länder, Bundesagentur für Arbeit, eigene Recherche

Quelle: Infografik WELT

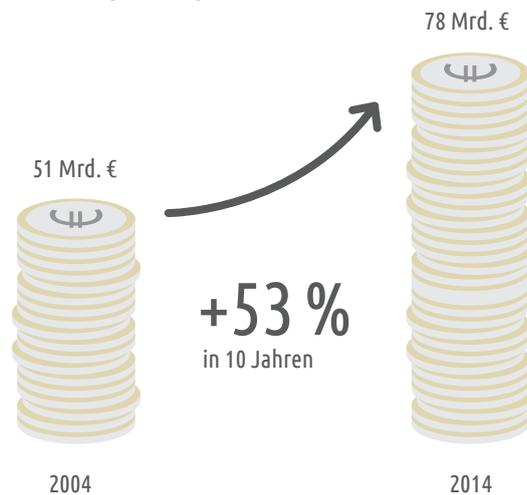
### 3. Kommunalfinanzen

Aufgrund von bundesrechtlichen Entscheidungen sind die Sozialausgaben der Kommunen in ganz Deutschland in den vergangenen 15 Jahren deutlich angestiegen:

GRAFIK 13: ANSTIEG DER KOMMUNALEN SOZIALAUSGABEN IM BUNDESGBIET

#### Sozialausgaben der Kommunen steigen ungebremst

Jährlich neue Höchststände, trotz guter Konjunktur



Quelle: Statistisches Bundesamt, Rechnungsstatistik 2004, 2014 eigene Hochrechnung

Die kommunalen Gebietskörperschaften in der Agglomeration Ruhr sind davon aufgrund der in den vorstehenden Abschnitten beschriebenen Entwicklungen besonders stark betroffen.

Die Kombination von deutlich erhöhten Aufwendungen für Sozialleistungen mit vergleichsweise geringer steigenden Einnahmen über einen langen Zeitraum führt zu einem im „Kommunalfinanzbericht Ruhr 2018“ eingängig beschriebenen „fünffachen Dilemma“:

#### Das fünffache Dilemma

Geringe Steuerkraft – hohe Sozialausgaben – niedrige Investitionen – hohe Steuersätze – hohe Altschulden

##### Steuerkraft:

Gewerbesteuer: –26,9 % unter dem Durchschnitt der West-Flächenländer und –37,2 % unter dem Durchschnitt des übrigen NRW; Gemeindeanteil an der Einkommensteuer: –17,4 % unter dem Durchschnitt der West-Flächenländer und –10,6 % unter dem Durchschnitt des übrigen NRW

##### Sozialausgaben:

+41,4 % über dem Durchschnitt der West-Flächenländer und +22,0 % über dem Durchschnitt des übrigen NRW

##### Investitionen:

–53,9 % unter dem Durchschnitt der West-Flächenländer und –18,0 % unter dem Durchschnitt des übrigen NRW

**Steuersätze:**

Gewerbesteuer: +22,7 % über dem Durchschnitt der West-Flächenländer und +11,2 % über dem Durchschnitt des übrigen NRW; Grundsteuer B: +51,1 % über dem Durchschnitt der West-Flächenländer und +30,3 % über dem Durchschnitt des übrigen NRW

**Altschulden:**

+433,7 % über dem Durchschnitt der West-Flächenländer und +349,2 % über dem Durchschnitt des übrigen NRW

Quelle: Prof. Dr. Martin Junkernheinrich/Gerhard Micosatt – Kommunalfinanzbericht Ruhr 2018; Präsentation 17.12.2018

Mit Vorlage des „Deutschlandplans“ durch die Bundesregierung hat die notwendige Diskussion über eine Reduzierung von Altschulden und die Anhebung von Bundesanteilen bei Sozialleistungen eine neue Dimension erreicht und wird sich in den nächsten Monaten weiter intensivieren.

**4. Hochschulfinanzierung**

Während die Metropole Ruhr – gemessen an der Studierendenzahl – der größte Hochschulstandort in Deutschland ist, hat die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in den Hochschulen mit diesem überproportionalen Anstieg in den letzten Jahren nicht Schritt gehalten.

Dem Anstieg der Studierendenzahl seit 2009 um deutlich mehr als 50 % steht ein Wachstum der Personaldecke von nur 20 % gegenüber.

**Im Ranking der deutschen Metropolregionen nach Beschäftigten an Hochschulen belegt die Metropole Ruhr gleichauf mit der Metropolregion Stuttgart nur den siebten Rang** (Quelle: Recherche der Universitätsallianz Ruhr 2018 aus Anlass dieser Studie).

Noch deutlicher wird das Missverhältnis, wenn die Studierenden in ein Verhältnis zu den Beschäftigten gestellt werden: Während beispielsweise die Professoren und Professorinnen etwa im Raum Berlin-Brandenburg jeweils durchschnittlich 52 Studierende betreuen, weisen die Hochschulen in der Metropole Ruhr mit 66 Studierenden die ungünstigste Betreuungsrelation in ganz Deutschland auf (Quelle: Recherche der Universitätsallianz Ruhr 2018 aus Anlass dieser Studie).

Insgesamt haben elf große außeruniversitäre Forschungseinrichtungen ihren Sitz in Ruhr: drei Max-Planck-Institute, vier Institute der Fraunhofer-Gesellschaft sowie vier Institute der Leibniz-Gemeinschaft. Diese werden von Bund, Ländern und Sitzland getragen, sind gut ausgestattet und arbeiten auf Spitzenniveau an bestimmten Themen und Fragestellungen wie beispielsweise das in Dortmund angesiedelte Max-Planck-Institut für molekulare Physiologie und die beiden Mülheimer Institute für Kohlenforschung sowie Chemische Energiekonversion. In Oberhausen ist das Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik angesiedelt, während Essen das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung beherbergt, das zur Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz gehört.

Entscheidend aber ist der nationale Vergleich – und da ist die Forschungsinfrastruktur in Ruhr eklatant vernachlässigt. In Wissenschaftsregionen wie München und Berlin sind deutlich mehr Einrichtungen der genannten Gesellschaften beheimatet. In München sind neben dem Hauptsitz der Max-Planck-Gesellschaft allein acht Institute angesiedelt, während es im gesamten Land Nordrhein-Westfalen insgesamt nur zwölf Institute gibt.

Mit einem deutschlandweiten Anteil von gerade einmal 2,5 % des insgesamt in den Fraunhofer-, Max-Planck-, Helmholtz- und Leibniz-Instituten beschäftigten Personals bleibt der Ausbau der außeruniversitären Forschungslandschaft an der Ruhr also deutlich hinter der hochschulischen Entwicklung zurück. Zum Vergleich: Auf das übrige Nordrhein-Westfalen entfallen 14,3 % der bundesweiten Beschäftigung in diesem Bereich, auf Berlin 9,8 %.

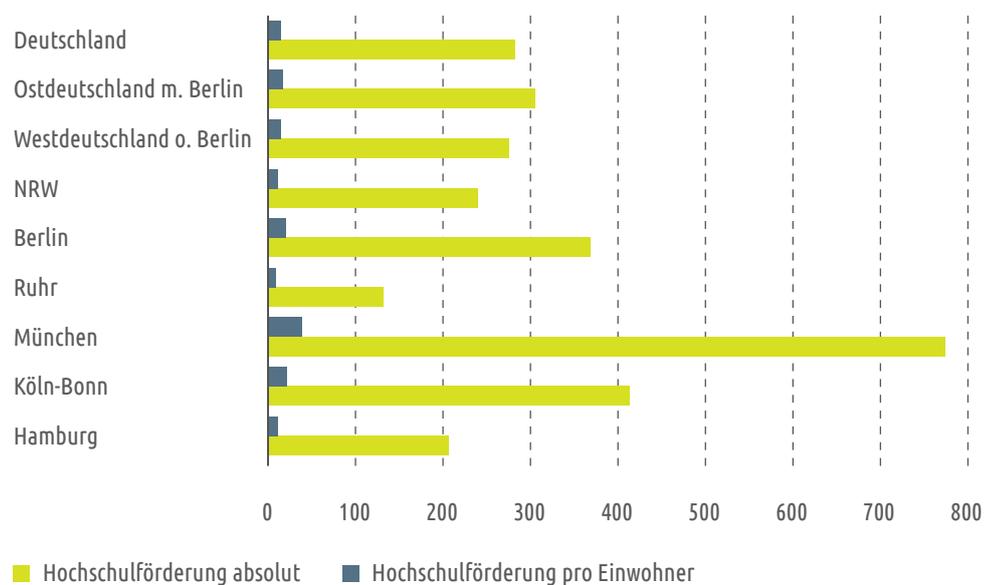
Eine vergleichbare Situation gibt es im Bereich der **Hochschulförderung des Bundes** einschließlich programmspezifischer Landesmittel. Von 1996 bis 2016 flossen aus den einschlägigen Programmen nach

- Berlin rund 365 Millionen €
- Hamburg rund 203 Millionen €
- Köln-Bonn rund 411 Millionen €
- München rund 768 Millionen €
- Ruhr rund 129 Millionen €

Die nachfolgende Grafik veranschaulicht diese Zahlen:

GRAFIK 14: HOCHSCHULFÖRDERUNG DES BUNDES 1996 BIS 2013 NACH REGIONEN

#### Hochschulförderung in €/Einwohner



Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

1996–2013: Hochschulförderung: DFG-Programmpauschale zum Hochschulpakt (Bewilligungen), Zusammenwirken von Bund und Ländern bei Forschungsbauten an Hochschulen – ohne Großgeräte (Ist-Ausgaben), Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau (Ist-Ausgaben), Hochschulsonderprogramme bis zum Jahr 2000 (Zuwendungen), Zusammenwirken von Bund und Ländern bei Forschungsbauten an Hochschulen – nur Großgeräte (DFG-Daten, Bewilligungen), Exzellenzinitiative Spitzenuniversitäten (DFG-Daten, Bewilligungen),  
2014–2016: Der Bereich Hochschulförderung umfasst die im Rahmen des Hochschulpaktes vom Bund bewilligte Programmpauschale, die Förderung von Forschungsbauten und Großgeräten an Hochschulen (Bundesanteil) und die Bewilligungen für die Exzellenzinitiative (Bundesanteil)

Die im bundesweiten Vergleich schlechte personelle Ausstattung der Hochschulen und der geringe Besatz mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen machen sich auch bei der Vergabe von Hochschulfördermitteln des Bundes bemerkbar, die vorwiegend in Wettbewerbsverfahren vergeben werden – eben weil die Grundlagen zur Erarbeitung von Anträgen für Aufrufe oder Wettbewerbe schlechter sind als anderswo.

Tabelle 28 zeigt, dass – gemessen an der Zahl der Einwohner – die Metropole Ruhr aufgrund der beschriebenen Ausgangssituation im Vergleich zu anderen Agglomerationen über einen langen Zeitraum hinweg nur wenig Hochschulförderungsmittel des Bundes erhalten hat. Dies gilt ausweislich der Zahlen in geringerem Maße auch für das Land NRW im Vergleich zu den Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern.

TABELLE 29

**Hochschulförderung des Bundes in €/Einwohner**

Agglomeration	2015	2016	2017
Aachen	53,3	50,2	41,3
Bielefeld	6,1	5,9	6,4
Bremen	25,7	25,1	20,3
Düsseldorf	4,3	4,9	6,1
Hamburg	8,1	10,2	11,2
Hannover	27,6	19,4	20,4
Karlsruhe	24,4	15,6	11,6
Köln-Bonn	15,1	15,7	17,7
Mannheim-Ludwigshafen	23,0	23,4	28,0
München	42,0	42,2	34,3
Nürnberg	18,2	17,2	20,1
Rhein-Main	15,2	14,8	12,4
<b>Ruhr</b>	<b>8,6</b>	<b>6,9</b>	<b>10,1</b>
Saar	13,2	10,8	9,6
Stuttgart	6,8	5,9	6,1
Berlin	19,0	18,8	19,7
Chemnitz	13,4	14,5	15,3
Dresden	29,8	27,9	29,3
Leipzig	8,9	13,4	8,4
<b>Agglomerationen gesamt</b>	<b>17,0</b>	<b>16,5</b>	<b>16,3</b>
<b>NRW</b>	<b>12,2</b>	<b>12,1</b>	<b>13,1</b>
<b>Bayern</b>	<b>14,2</b>	<b>14,4</b>	<b>12,5</b>
<b>Baden-Württemberg</b>	<b>17,9</b>	<b>16,3</b>	<b>16,6</b>
<b>Deutschland</b>	<b>13,1</b>	<b>12,8</b>	<b>12,7</b>

Quelle: BBSR 2019

## 5. Wirtschaftsbezogene Forschung und Innovation

Ein wesentlicher Faktor für die Zukunftsfähigkeit von Ballungsräumen ist die Innovations- und Forschungsfähigkeit der ansässigen Unternehmen.

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hat für insgesamt 19 Stadtregionen in der gesamten Bundesrepublik untersucht, wie viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte es dort jeweils in besonders innovations- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen gibt und in welchem Maße die ansässigen Unternehmen beziehungsweise Forschungsinstitutionen von europäischen Forschungsprogrammen profitieren. Auch in diesem Bereich schneidet die Agglomeration Ruhr unterdurchschnittlich ab.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick zu den regionalen Beschäftigungsanteilen in forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen – unterteilt in die Bereiche des produzierenden Gewerbes und der Dienstleistungen.

Die Werte für die Agglomeration Ruhr liegen bei

- den Beschäftigten in forschungs- und wissensintensiven Industrien
  - und den Beschäftigten in wissensintensiven unternehmensorientierten Dienstleistungen im unteren Bereich
- in der Kategorie
- Beschäftigte im wissensintensiven übrigen produzierenden Gewerbe an der Spitze und in der Kategorie
  - Beschäftigte in wissensintensiven und unternehmensorientierten Dienstleistungen im Mittelfeld.

Hingegen weisen Regionen wie Düsseldorf, Hannover, Köln-Bonn, Mannheim-Ludwigshafen oder Rhein-Main nahezu durchgehend Werte in der jeweils oberen Hälfte der verschiedenen Kategorien auf.

TABELLE 30

## Beschäftigungsanteile in forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen 2016/17 nach Regionen

Agglomeration	Beschäftigte in forschungsintensiven bzw. wissensintensiven Industrien je 10.000 Sv-Beschäftigte		Beschäftigte wissensintensives übriges produzierendes Gewerbe je 10.000 Sv-Beschäftigte		Beschäftigte in wissensintensiven Dienstleistungen insgesamt je 10.000 Sv-Beschäftigte		Beschäftigte in wissensintensiven unternehmensorientierten Dienstleistungen je 10.000 Sv-Beschäftigte	
	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017
Aachen	631	626	110	108	2.236	2.237	1.202	1.207
Bielefeld	1.172	1.179	39	39	1.584	1.573	795	789
Bremen	801	782	104	87	1.883	1.927	1.043	1.071
Düsseldorf	793	746	108	108	2.291	2.313	1.437	1.464
Hamburg	512	500	110	102	2.479	2.469	1.505	1.517
Hannover	760	755	96	94	2.333	2.288	1.236	1.208
Karlsruhe	1.366	1.373	115	113	2.464	2.429	1.527	1.521
Köln-Bonn	796	782	111	108	2.692	2.688	1.510	1.510
Mannheim-Ludwigshafen	929	910	77	88	2.142	2.149	1.216	1.225
München	868	862	87	85	3.274	3.300	2.134	2.156
Nürnberg	1.099	1.074	51	54	2.369	2.370	1.435	1.442
Rhein-Main	813	803	48	49	2.770	2.782	1.879	1.901
<b>Ruhr</b>	<b>639</b>	<b>604</b>	<b>165</b>	<b>168</b>	<b>2.068</b>	<b>2.073</b>	<b>1.031</b>	<b>1.033</b>
Saar	1.217	1.196	93	92	1.906	1.903	921	911
Stuttgart	1.891	1.891	76	74	2.471	2.506	1.652	1.685
Berlin	361	353	93	91	2.321	2.344	1.314	1.349
Chemnitz	1.125	1.115	91	89	1.409	1.415	668	668
Dresden	764	764	88	87	1.898	1.899	947	949
Leipzig	549	546	143	139	1.934	1.939	916	919
<b>Agglomerationen gesamt</b>	<b>839</b>	<b>824</b>	<b>96</b>	<b>95</b>	<b>2.358</b>	<b>2.367</b>	<b>1.388</b>	<b>1.403</b>
<b>NRW</b>	<b>841</b>	<b>815</b>	<b>108</b>	<b>108</b>	<b>2.126</b>	<b>2.134</b>	<b>1.149</b>	<b>1.158</b>
<b>Bayern</b>	<b>1.239</b>	<b>1.221</b>	<b>66</b>	<b>66</b>	<b>2.146</b>	<b>2.154</b>	<b>1.189</b>	<b>1.203</b>
<b>Baden-Württemberg</b>	<b>1.658</b>	<b>1.651</b>	<b>71</b>	<b>70</b>	<b>2.067</b>	<b>2.076</b>	<b>1.202</b>	<b>1.215</b>
<b>Deutschland</b>	<b>949</b>	<b>934</b>	<b>90</b>	<b>88</b>	<b>2.066</b>	<b>2.066</b>	<b>1.124</b>	<b>1.132</b>

Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung; 2018

Ein vergleichbares Bild ergibt sich bei der Analyse für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Bereich der Kreativ- und Kulturwirtschaft. In diesem Bereich liegt die Agglomeration Ruhr auf dem 16. Platz von insgesamt 19 untersuchten Agglomerationen (siehe Tabelle 31/Grafik 15).

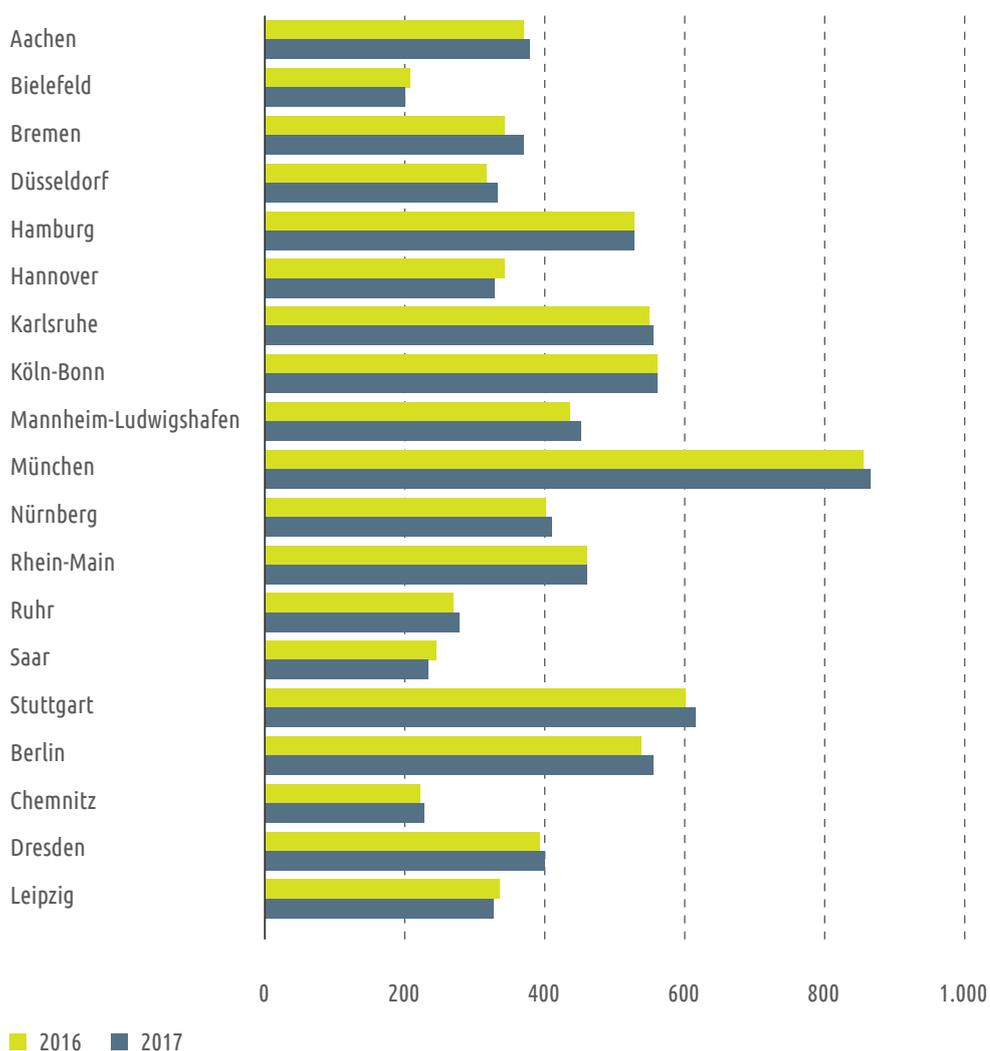
TABELLE 31: BESCHÄFTIGTE IN DER KREATIV- UND KULTURWIRTSCHAFT NACH REGIONEN 2016/17

**Beschäftigte in Kreativ- und Kulturwirtschaft je 10.000 Sv-Beschäftigte**

Agglomeration	2016	2017
Aachen	362	377
Bielefeld	210	205
Bremen	340	366
Düsseldorf	316	331
Hamburg	528	528
Hannover	342	327
Karlsruhe	547	552
Köln-Bonn	557	555
Mannheim-Ludwigshafen	435	451
München	850	862
Nürnberg	402	408
Rhein-Main	462	462
Ruhr	268	279
Saar	243	235
Stuttgart	599	615
Berlin	536	550
Chemnitz	223	226
Dresden	393	401
Leipzig	335	325
Agglomerationen gesamt	455	462
NRW	326	333
Bayern	410	415
Baden-Württemberg	415	421
Deutschland	359	363

Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung; 2018

GRAFIK 15: ANTEILIGE BESCHÄFTIGTE IN DER KREATIV- UND KULTURWIRTSCHAFT 2016/17

**Beschäftigte in Kreativ- und Kulturwirtschaft je 10.000 Sv-Beschäftigte**

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis BBSR 2018

Zusätzlich zu den Beschäftigungszahlen in forschungs- und wissensintensiven Produktions- und Dienstleistungsbereichen sowie in der Kultur- und Kreativwirtschaft hat das BBSR auch ermittelt, in welchem Maße in den letzten Jahren Fördermittel aus den einschlägigen EU-Forschungsprogrammen in die verschiedenen Städte beziehungsweise Agglomerationen geflossen sind.

Um eine direkte Vergleichbarkeit zu ermöglichen, wurde die jeweilige Gesamtförderung auf die Einwohnerzahl umgerechnet.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die Werte für die Agglomeration Ruhr durchgehend deutlich unter den Vergleichszahlen für die anderen Städte/Agglomerationen und deutlich unter dem Wert für NRW liegen (Tabelle 32 und Grafik 17).

Diese Ergebnisse korrespondieren mit den oben dargestellten Ergebnissen für die Innovationskraft und Wissensorientierung in der regionalen Wirtschaft, aber auch mit den ebenfalls referierten Herausforderungen bei der Ausstattung der Hochschulen und der vergleichsweise niedrigen Zahl von außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der Metropole Ruhr.

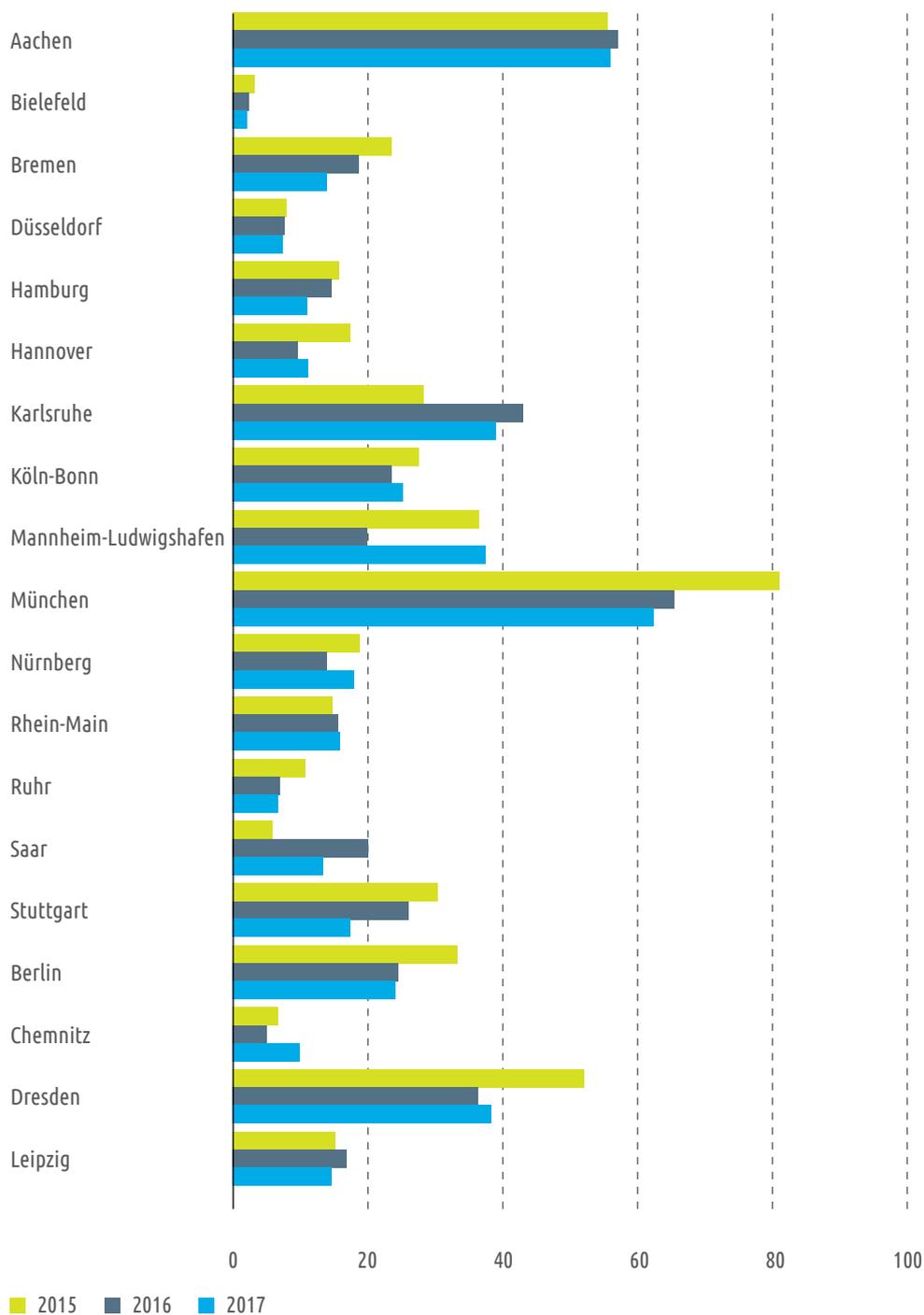
TABELLE 32: FÖRDERUNG AUS EU-FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMM 7 UND HORIZONT 2020 NACH REGIONEN 2015 BIS 2017  
**Förderung aus EU-Forschungsrahmenprogramm 7 und Horizont 2020 in €/Einwohner**

Agglomeration	2015	2016	2017
Aachen	55,7	57,2	56,0
Bielefeld	3,4	2,5	2,2
Bremen	23,7	18,9	14,2
Düsseldorf	8,0	7,9	7,6
Hamburg	15,9	14,8	11,2
Hannover	17,6	9,6	11,4
Karlsruhe	28,4	43,1	39,0
Köln-Bonn	27,7	23,8	25,3
Mannheim-Ludwigshafen	36,6	20,0	37,5
München	80,9	65,4	62,5
Nürnberg	18,7	14,1	18,2
Rhein-Main	14,8	15,7	16,1
<b>Ruhr</b>	<b>10,8</b>	<b>7,1</b>	<b>7,0</b>
Saar	6,1	20,0	13,7
Stuttgart	30,8	26,2	17,6
Berlin	33,2	24,5	24,1
Chemnitz	6,8	5,2	10,1
Dresden	52,2	36,6	38,5
Leipzig	15,2	17,2	14,8
<b>Agglomerationen gesamt</b>	<b>25,4</b>	<b>21,3</b>	<b>21,2</b>
<b>NRW</b>	<b>15,6</b>	<b>13,6</b>	<b>13,7</b>
Bayern	23,8	19,7	20,1
Baden-Württemberg	26,1	22,6	22,1
<b>Deutschland</b>	<b>18,3</b>	<b>16,0</b>	<b>15,1</b>

Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung; 2019

GRAFIK 16: FÖRDERUNG AUS EU-FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMM 7 UND HORIZONT 2020 NACH REGIONEN 2015 BIS 2017

## Förderung aus EU-Forschungsrahmenprogramm 7 und Horizont 2020 in €/Einwohner



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis BBSR 2019

Auch bei den allgemeinen Projektförderungen von Bundesressorts (Zuwendungen, Ist-Ausgaben) im Zeitraum 2015 bis 2017 entfallen nach Recherchen des BBSR auf die Metropole Ruhr unterdurchschnittliche Mittelanteile pro Einwohner. In der Darstellung enthalten (vgl. Tabelle 33/Grafik 17) sind Angaben von BMBF, BMEL, BMFSFJ, BMI-BAMF, BMUB, BMVI, BMWi.

TABELLE 33: PROJEKTFÖRDERUNG BUNDESRESSORTS NACH REGIONEN 2015 BIS 2017

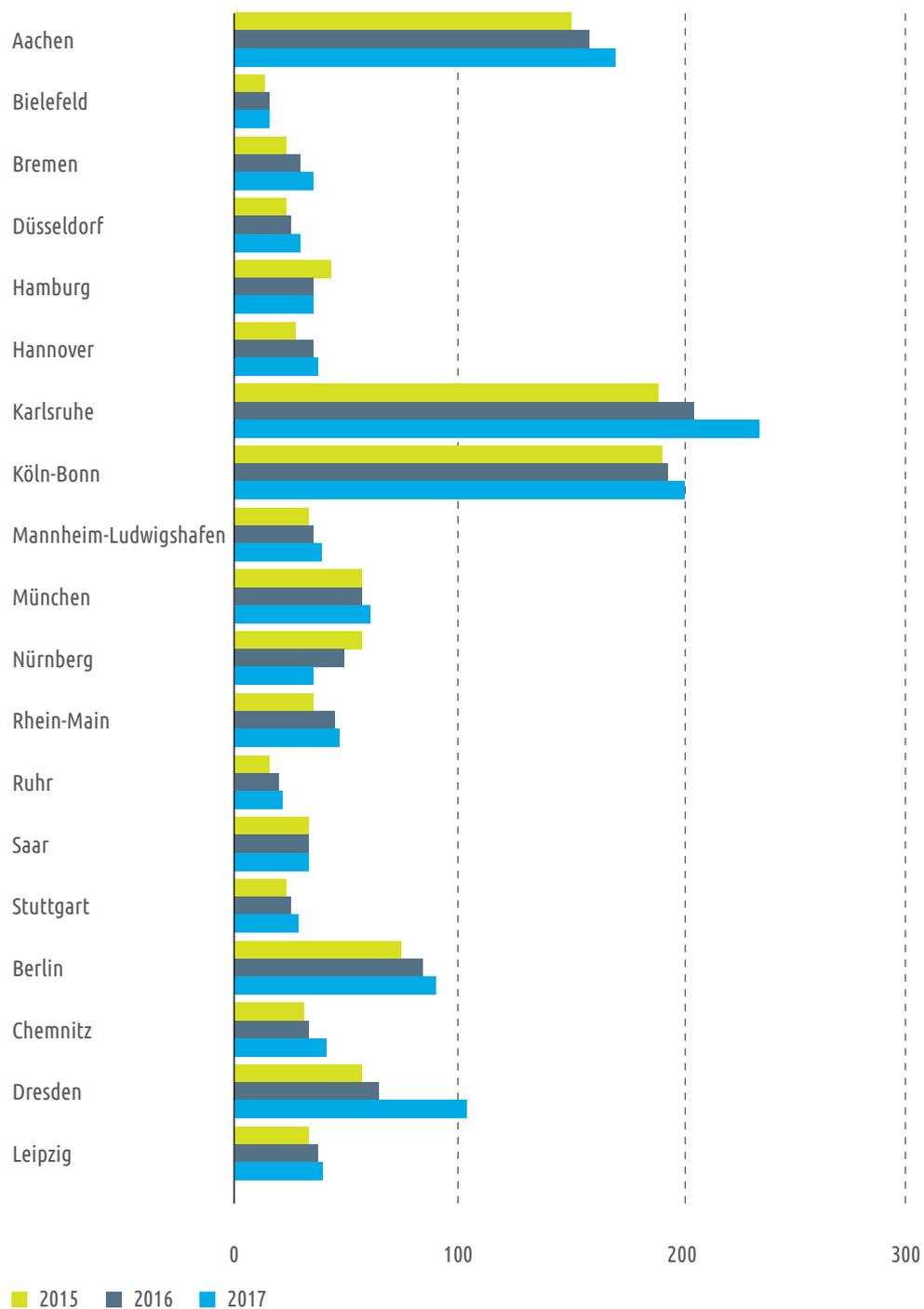
**Projektförderung Bundesressorts in €/Einwohner**

Agglomeration	2015	2016	2017
Aachen	150,8	159,0	170,0
Bielefeld	14,5	16,3	16,1
Bremen	25,1	29,7	35,9
Düsseldorf	23,4	27,0	30,4
Hamburg	43,3	35,9	35,0
Hannover	28,6	35,2	38,7
Karlsruhe	189,5	205,7	233,2
Köln-Bonn	191,0	193,5	201,3
Mannheim-Ludwigshafen	32,7	35,5	40,8
München	57,9	57,3	59,9
Nürnberg	57,0	49,2	35,3
Rhein-Main	34,6	45,3	47,5
<b>Ruhr</b>	<b>17,6</b>	<b>19,9</b>	<b>23,0</b>
Saar	32,9	32,9	34,1
Stuttgart	23,4	25,3	30,4
Berlin	74,7	83,9	90,8
Chemnitz	31,3	33,2	41,7
Dresden	56,8	64,9	104,0
Leipzig	33,0	36,9	39,7
Agglomerationen ges.	56,1	59,8	65,0
NRW	<b>60,7</b>	<b>63,5</b>	67,8
Bayern	25,3	25,2	25,8
Baden-Württemberg	41,4	45,2	51,9
Deutschland	<b>39,1</b>	<b>42,1</b>	46,1

QUELLE: BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG; 2019

GRAFIK 17: PROJEKTFÖRDERUNG BUNDESRESSORTS NACH REGIONEN 2015 BIS 2017

## Projektförderung Bundesressorts in €/Einwohner



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis BBSR 2018

## 6. Wirtschaftsförderung

Das klassische Instrument des Bundes und der Länder zur Wirtschaftsförderung in strukturschwachen Regionen ist die „Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung (GRW). Sie ruht auf zwei Säulen:

- dem Bereich „gewerbliche Wirtschaft“ zur Unterstützung von Unternehmensinvestitionen in definierten Wirtschaftszweigen
- und dem Bereich „wirtschaftsnahe Infrastruktur“ zur Förderung von gewerblichen Flächenentwicklungen.

Ausweislich der Untersuchungen des BBSR auf der Grundlage von ausgereichten Fördermitteln pro Einwohner liegen die Werte für die Metropole Ruhr im Bereich „gewerbliche Wirtschaft“ im Durchschnitt deutlich unter denjenigen von Agglomerationen in den neuen Bundesländern und Berlin. In die strukturschwachen Regionen in Bayern sind – gemessen an der Bevölkerungszahl – in diesem Bereich in etwa gleich hohe Mittelanteile geflossen. Auch im Bereich der „wirtschaftsnahen Infrastruktur“ wurden für die Metropole Ruhr gemessen am Durchschnitt aller Agglomerationen vergleichsweise niedrige Fördermittel pro Einwohner ausgereicht.

TABELLE 34

GRW-Bereich gewerbliche Wirtschaft (bewilligte Zuschüsse in €/Einwohner)

Agglomeration	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Aachen	0,9	0,7	0,5	0,2	1,6	2,1	5,0
Bielefeld	1,3	2,6	3,0	2,5	1,6	1,3	2,4
Bremen	1,5	1,2	0,7	1,8	2,8	4,4	4,2
Düsseldorf	0,1	0,1	0,3	1,0	1,2	1,4	0,4
Hamburg	0,3	0,0	0,0	0,0	0,1	0,5	0,2
Hannover	0,1	0,2	1,2	0,4	4,6	1,1	1,0
<b>Ruhr</b>	<b>3,8</b>	<b>2,8</b>	<b>1,9</b>	<b>1,8</b>	<b>2,4</b>	<b>2,9</b>	<b>3,4</b>
Saar	9,2	4,4	15,2	12,2	4,8	15,6	8,5
Berlin	31,4	29,3	32,1	53,4	16,5	19,2	30,9
Chemnitz	98,9	82,6	85,1	83,4	28,2	31,4	73,0
Dresden	58,6	135,8	71,8	64,4	24,4	24,0	70,6
Leipzig	17,1	24,3	17,4	43,1	11,8	15,0	25,1
<b>Agglomerationen gesamt</b>	<b>9,5</b>	<b>11,1</b>	<b>9,5</b>	<b>12,6</b>	<b>4,6</b>	<b>5,4</b>	<b>9,4</b>
<b>NRW</b>	<b>1,3</b>	<b>1,1</b>	<b>0,9</b>	<b>1,0</b>	<b>1,2</b>	<b>1,4</b>	<b>1,7</b>
<b>Bayern</b>	<b>3,1</b>	<b>4,6</b>	<b>4,2</b>	<b>2,4</b>	<b>1,3</b>	<b>2,1</b>	<b>2,0</b>
<b>Westdeutschland ohne Berlin</b>	<b>1,8</b>	<b>2,0</b>	<b>2,1</b>	<b>2,1</b>	<b>1,7</b>	<b>2,4</b>	<b>2,4</b>
<b>Ostdeutschland mit Berlin</b>	<b>56,5</b>	<b>58,9</b>	<b>54,9</b>	<b>63,5</b>	<b>24,6</b>	<b>29,1</b>	<b>53,5</b>
<b>Deutschland</b>	<b>12,6</b>	<b>13,2</b>	<b>12,5</b>	<b>14,2</b>	<b>6,2</b>	<b>7,6</b>	<b>12,4</b>

Quelle: BBSR 2019

TABELLE 35

**GRW-Bereich wirtschaftsnahe Infrastruktur (bewilligte Zuschüsse in Euro/Einwohner)**

Agglomeration	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Aachen	5,0	0,3	0,0	0,3	0,2	0,2	0,0
Bielefeld	0,0	8,5	2,2	0,0	0,0	3,7	6,0
Bremen	0,2	2,7	3,4	5,7	10,2	10,0	4,0
Düsseldorf	0,0	0,0	0,0	1,2	0,3	0,1	5,3
Hamburg	0,0	0,2	0,6	0,0	0,1	0,0	0,0
Hannover	1,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ruhr	1,0	1,9	1,0	13,0	6,0	1,7	3,9
Berlin	21,7	19,4	20,4	18,5	13,7	21,5	22,0
Chemnitz	7,5	6,5	7,8	4,1	17,6	14,7	11,4
Dresden	37,6	5,4	3,5	7,0	9,1	12,3	12,2
Leipzig	19,6	6,7	17,4	14,9	6,1	5,0	4,2
<b>Agglomerationen gesamt</b>	<b>4,8</b>	<b>3,4</b>	<b>3,6</b>	<b>4,7</b>	<b>3,6</b>	<b>4,1</b>	<b>4,5</b>
NRW	0,6	1,4	0,5	4,0	1,9	0,9	2,7
Westdeutschland ohne Berlin	0,9	1,0	0,9	1,3	1,1	0,8	1,2
Ostdeutschland mit Berlin	22,5	16,3	16,8	14,8	20,1	21,9	14,8
Deutschland	5,2	4,0	4,0	4,0	4,9	4,9	3,9

Quelle: BBSR 2019

## VERZEICHNIS DER GRAFIKEN UND TABELLEN

Grafik 1:	Image der Metropole Ruhr aus Sicht von Unternehmen	46
Grafik 2:	Relevanz von Standortfaktoren für Unternehmen in Deutschland	47
Grafik 3:	Industriebeschäftigte in Großstädten 2008 bis 2016	61
Grafik 4:	Anzahl der Beteiligungen an Kooperationen	65
Grafik 5:	Anzahl der Beteiligungen an Kooperationen	66
Grafik 6:	Räumliche Verteilung der neu genutzten Industriebrachen	77
Grafik 7:	BIP je Erwerbstätigen in €	80
Grafik 8:	Verfügbares Einkommen je Einwohner	81
Grafik 9:	Entwicklung der Arbeitslosenzahl in der Metropole Ruhr 2008 bis 2016	82
Grafik 10:	Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Metropole Ruhr	83
Grafik 11:	Mindestsicherungsquote in %	84
Grafik 12:	Armut in Großstädten	85
Grafik 13:	Anstieg der kommunalen Sozialausgaben im Bundesgebiet	86
Grafik 14:	Hochschulförderung des Bundes 1996 bis 2013 nach Regionen	88
Grafik 15:	Anteilige Beschäftigte in der Kreativ- und Kulturwirtschaft 2014/15	93
Grafik 16:	Förderung aus EU-Forschungsrahmenprogramm 7 und Horizont 2020 nach Regionen 2015 bis 2017	95
Grafik 17:	Projektförderung Bundesressorts nach Regionen 2015 bis 2017	97
Tabelle 1:	Zuwachs Einwohner zwischen 1815 und 1910	11
Tabelle 2:	Trümmermenge	18
Tabelle 3:	Trümmermengen je Einwohner in m <sup>3</sup>	18
Tabelle 4:	Wohnungsverluste	18
Tabelle 5:	Wohnungsverluste im Verhältnis zum Bestand	19
Tabelle 6:	Bevölkerungsabnahme	19
Tabelle 7:	BIP pro Kopf der Wohnbevölkerung 1957 in DM	23
Tabelle 8:	Arbeitnehmer in den Verwaltungsbezirken nach Wirtschaftsbereichen im Jahr 2015	32
Tabelle 9:	Börsenliga deutscher Städte 2019	52
Tabelle 10:	Prognose zur Bevölkerungsentwicklung in den kreisfreien Städten und Kreisen des Ruhrgebiets 2008 bis 2030	57
Tabelle 11:	Bevölkerungsprognose RVR 2014 bis 2040	58
Tabelle 12:	Bevölkerung mit Migrationshintergrund im interkommunalen Vergleich	59
Tabelle 13:	Erwerbstätige in der Metropole Ruhr	60
Tabelle 14:	Erwerbstätige in der Metropole Ruhr 2005 bis 2016	62
Tabelle 15:	Erwerbstätige im Regionalverband Ruhr (RVR) in den Jahren von 2005 bis 2016	63
Tabelle 16:	Einnahmen ausgewählter Städte im Haushaltsjahr 2016	64
Tabelle 17:	Zusätzliche Eigenmittel ausgewählter Städte bei Anwendung des Konnexitätsprinzips (2016)	64
Tabelle 18:	Stauzeiten in Agglomerationen und Kosten	68
Tabelle 19:	Top 12 Most Congested Cities in Germany	68
Tabelle 20:	TomTom Traffic Index 2018	69
Tabelle 21:	Zuwachsrate bei den Studierenden im Vergleich der Metropolregionen	70
Tabelle 22:	Grünanteil in Städten im Vergleich	74
Tabelle 23:	Bevölkerungsdichte	76
Tabelle 24:	FNP-Ausweisung der neu nutzbaren Brachflächen	78
Tabelle 25:	Entwicklung der Übernachtungszahlen im Vergleich	78
Tabelle 26:	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in €	79

Tabelle 27: Verfügbares Einkommen je Einwohner	80
Tabelle 28: Mindestsicherungsquote in %	84
Tabelle 29: Hochschulförderung des Bundes in € pro Einwohner	89
Tabelle 30: Beschäftigungsanteile in forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen 2016/17 nach Regionen	91
Tabelle 31: Beschäftigte in der Kreativ- und Kulturwirtschaft nach Regionen 2016/17	92
Tabelle 32: Förderung aus EU-Forschungsrahmenprogramm 7 und Horizont 2020 nach Regionen 2015 bis 2017	94
Tabelle 33: Projektförderung Bundesressorts nach Regionen 2015 bis 2017	96
Tabelle 34: GRW-Bereich gewerbliche Wirtschaft	98
Tabelle 35: GRW-Bereich wirtschaftsnahe Infrastruktur	99

## Impressum

Herausgegeben von:  
Stiftung Mercator GmbH  
Huysenallee 40, 45128 Essen  
[www.stiftung-mercator.de](http://www.stiftung-mercator.de)

Redaktion:  
Felix Streiter, Philipp Tybus

Verantwortlich:  
Wolfgang Roters,  
Gerhard Seltmann,  
Christoph Zöpel

Gestaltung:  
Ines Meyer, Gütersloh

© 2019 Stiftung Mercator GmbH, Essen

Die verantwortlichen Autoren dieser Publikation geben ihre persönlichen Ansichten wieder; diese stimmen nicht notwendigerweise mit denen der Stiftung Mercator überein.



